



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsschutz

Information und Kommunikation

3 | 2015



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

der richtige Umgang mit Information als zentralem Kommunikationselement gewinnt im Bevölkerungsschutz einen immer größeren Stellenwert. Die umfängliche, schnelle und zielgerichtete Verfügbarkeit von relevanten Informationen in der Prozesskette Informationsgewinnung, Informationsverarbeitung, Informationsanalyse und -bewertung sowie Ableitung und Weitergabe von Handlungsopti-



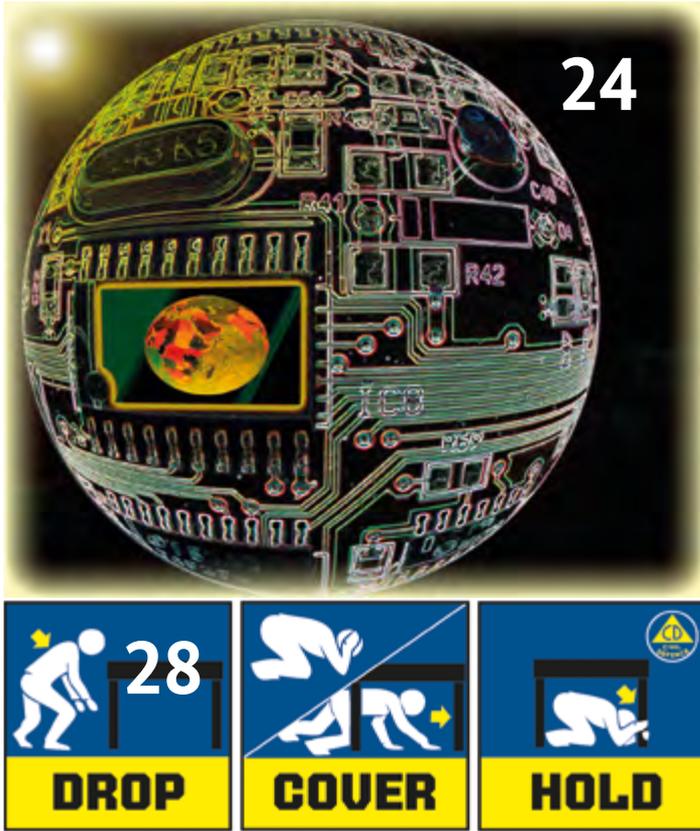
Dr. Wolfram Geier ist
Leiter der Abteilung II
„Risikomanagement,
Internationale
Angelegenheiten“
im Bundesamt für
Bevölkerungsschutz und
Katastrophenhilfe.

onen, sind für die erfolgreiche Bewältigung von Schadensereignissen und die Begrenzung von Schadensfolgen von größter Bedeutung. In Echtzeit gefütterte Datenbanken und Geoinformationssysteme, globale, regionale und lokale internetbasierte Informations-, Warn- und Kommunikationstools sowie Soziale Netzwerke beschleunigen dabei den Austausch von Informationen und aktives Handeln mit einem rasanten, bislang nicht gekanntem Tempo. Für den behördlich verfassten und hierarchisch organisierten Bevölkerungsschutz sind diese auf technischem Fortschritt beruhenden neuen Kommunikationsformen sowohl eine Chance als auch eine große Herausforderung, der man sich mittlerweile auch in Ländern und Kommunen zu stellen beginnt. Profiteur dieser Entwicklung ist neben dem Bevölkerungsschutz vor allem die Bevölkerung selbst, die – die technische Verfügbarkeit vorausgesetzt – sich schneller denn je mit Risiko- und Gefahrenhinweisen,

aber auch mit Verhaltensempfehlungen versorgen, sich aber auch selbst aktiv als Informant und Mitgestalter in eine „Lage“ einbringen kann. Um das Risiko von denkbaren Fehlentwicklungen und Fehlinformationen sowie Missbrauchsfolgen klein zu halten und die Chancen der aktuellen Entwicklungen positiv zu nutzen, ist es wichtig, sich als Behörde aktiv mit dem Thema „Information und Kommunikation“ auseinanderzusetzen. Dies sollte sowohl im klassischen Sinn mit Blick auf die Grundlagen der Risiko- und Krisenkommunikation geschehen als auch im modernen Sinn mit Blick auf die Nutzung neuer Formen der Wissens- und Informationsgewinnung einschließlich der Mehrwegkommunikation mit Hilfe heute verfügbarer Technologien. Ganz bewusst sind dabei die Bürgerinnen und Bürger als Partner und primäre „Kunden“ des Bevölkerungsschutzes einzubeziehen. Doch gerade der Bevölkerungsschutz muss auch unwahrscheinliche Szenarien bedenken, wie z. B. den Totalausfall von technikbasierten Informations- und Kommunikationstools im Falle eines langanhaltenden und großflächigen Blackouts oder von IT-Störungen. Für diese Ereignisse muss es ein robustes, ausfallsicheres Notfallkonzept geben, wie es beispielsweise die Berliner Feuerwehr mit ihrem tollen, vom Bundesforschungsministerium geförderten Projekt „KAT-Leuchttürme“ für die Bevölkerung entwickelt hat und über das Sie sich in dieser Ausgabe unseres Magazins informieren können. Ein Sprichwort sagt: „Informationen schaden nur demjenigen, der sie nicht hat“. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre dieses „Bevölkerungsschutz“ Magazins!

Ihr

Dr. Wolfram Geier



INFORMATION UND KOMMUNIKATION

Besser gewarnt, besser geschützt NINA warnt ganz Deutschland vor Gefahren	2
Katastrophenschutz-Leuchttürme Hilfe für Bürgerinnen und Bürger bei Stromausfällen aus der Perspektive von Praxispartnern	4
Kommunikation über Grenzen hinweg Unterschiedliche Ansätze – ein Ziel: Grenzüberschreitende Evakuierungsplanung	8
Notfallwissen in der Bevölkerung Deutschlands Ergebnisse einer repräsentativen Telefonbefragung	10
Notfallvorsorge und Motivation zur Vorsorge in der Bevölkerung Deutschlands Ergebnisse einer repräsentativen Telefonbefragung	15
Miteinander reden Bericht zu den Pilotseminaren: Social Media, „Spontanhelfer / Ungebundene Helfer und Bevölkerungsschutz in der Lage – Diskussionsworkshop	20
Ein deutsches VOST? Ein deutsches Virtual Operations Support Team – Potenziale für einen modernen Bevölkerungsschutz	24

RISIKOMANAGEMENT

Warum ist Prävention so wichtig? Better safe than sorry! - Vorbereitet auf den Ernstfall	27
---	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	30
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	32
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	34
Deutscher Feuerwehrverband	36
Deutsches Rotes Kreuz	38
Johanniter-Unfall-Hilfe	40
Malteser Hilfsdienst	43
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten /-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	44

RUBRIKEN

Nachrichten	47
Impressum	48

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	49
--------------------------------	----

Besser gewarnt, besser geschützt

NINA warnt ganz Deutschland vor Gefahren

Katja Evertz

Großbrände, Unwetter, Hochwasser – auch wenn wir uns in Deutschland sicher fühlen, Gefahren gibt es viele und sie können uns jederzeit begegnen. Es ist Aufgabe des Zivil- und Katastrophenschutzes, die Bevölkerung vor diesen Gefahren zu warnen. Dafür gibt es – neben den etablierten Warnkanälen von Sirene bis Rundfunk – seit Juni auch eine App: NINA



Die App informiert die Nutzer auch, wie sie für den Katastrophenfall vorsorgen und sich selbst und andere schützen können. (Foto: BBK)

NINA ist die **N**otfall-**I**nformations- und **N**achrichten-App. Sie wurde vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) entwickelt und bündelt Warnungen des Zivil- und Katastrophenschutzes, Wetterwarnungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD), Notfalltipps und weitere Informationen.

„Für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen ist Aufgabe des Staates. Deshalb gibt es in Deutschland bereits ein umfangreiches System, um die Bevölkerung vor Gefahren zu warnen. Die jetzt neu und zusätzlich entwickelte Warn-App kann von jeder Bürgerin und jedem Bürger direkt genutzt werden; sie ergänzt alle bisher vorhandenen Möglichkeiten der Warnung und ist ein weiterer Meilenstein für den Schutz der Bevölkerung,“ betonte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière zur Vorstellung der App auf der INTERSCHUTZ 2015.

NINA ist die erste Warn-App, hinter der ein deutschlandweit verfügbares Warnsystem steht – das Modulare Warnsystem (MoWaS). Dieses ist seit 2013 im Einsatz. Es wurde vom BBK auf Basis des Satellitengestützten Warnsystems (SatWas) entwickelt. Bis heute sind neben dem Bund auch

die Innenministerien aller Bundesländer an MoWaS angeschlossen, denen der Katastrophenschutz obliegt.

MoWaS kombiniert dabei bedarfsgerecht eine wachsende Zahl verschiedener Warnmittel, um die Bevölkerung gezielt, schnell und wirksam zu warnen. Leitstellen können aus unterschiedlichen Warnmitteln wählen. Über eine standardisierte Schnittstelle können alle aktuell vorhandenen oder zukünftig vorstellbaren Warnsysteme angesteuert werden.

Aktuell werden über MoWaS Gefahrenmeldungen meistens an Rundfunk- und Fernsehanstalten übermittelt. Darüber hinaus können über MoWaS Paging-Dienste, die Deutsche Bahn AG oder Internetanbieter mit Warnungen versorgt werden – und seit Juni nun auch NINA.

Wie kommt die Warnung in die App?

Ein Verantwortlicher kann innerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches eine Warnung über MoWaS einstellen. Dafür bietet das System eine grafische Oberfläche, über die die Region und die zu nutzenden Warnmittel ausgewählt werden können. MoWaS integriert dabei auch regionale Warnsysteme.

So kann ein Verantwortlicher z. B. den Stadtteil auswählen, der gewarnt werden soll, und den Rundfunk und NINA als die Kanäle, an die die Warnung geschickt werden soll. Der Verantwortliche kann dann zusätzlich z. B. Warndurchsagen und konkrete Verhaltenstipps für das aktuelle Ereignis über MoWaS eingeben. In der App NINA erscheinen diese Informationen dann als Teil der Warnmeldung, im Radio werden sie vorgelesen.

Mit einem Klick auf „Senden“ wird die gesamte Warnung dann per Satellit an den zentralen Warnserver übertragen. Dort werden über zentrale Regeln automatisch z. B. bundesländerspezifische Anforderungen berücksichtigt. Die Warnung erreicht dann gezielt die Region und die Empfänger über die gewählten Endgeräte.

NINA ist dabei ähnlich der Sirene auch ein Warnmedium mit Weckeffekt: Alle Warnmeldungen, die über MoWaS herausgegeben werden, erreichen die Nutzer der App auch als sogenannte Push-Meldung. Die App macht dabei durch Töne oder Vibration auf neue Warnungen aufmerksam. So kann man z. B. auch einen Sirenenton wählen, um über neue Meldungen informiert zu werden. Dann heult NINA bei einer eintreffenden Meldung laut los.

Diese Push-Meldung können Android-Nutzer auch nur für Ihren aktuellen Standort empfangen. Sie werden dann



Mit **NINA** sind Sie immer über aktuelle Gefahren informiert.
Die Warn-App für iOS und Android.
Mehr unter www.bbk.bund.de/NINA.

nur auf neue Warnungen aufmerksam gemacht, wenn sie sich tatsächlich in einem Bereich aufhalten, der von einer Warnung betroffen ist. (Diese Möglichkeit besteht aber nur, wenn die Standortdienste eingeschaltet sind und konkrete Koordinaten für die App bereitgestellt werden können.)

Neben dem Weckeffekt, den auch die klassische Sirene erzielt, übermittelt NINA aber auch zusätzliche Informationen und Verhaltenshinweise als Teil einer Warnung. So wissen die Nutzer der App nicht nur, dass Gefahr droht, sondern werden auch für mögliche Gefahren sensibilisiert und erfahren, wie sie für den Katastrophenfall vorsorgen und sich selbst und andere schützen können.

Gut informiert – auch für eine bessere Vorsorge

Darüber hinaus gibt NINA auch allgemeine Verhaltens- und Vorsorgetipps: Angefangen beim richtigen Verhalten bei Sturm und Unwetter bis hin zum Anlegen eines persönlichen Notvorrats helfen diese Hinweise, sich auf mögliche Gefahren vorzubereiten. NINA warnt damit nicht nur vor Gefahren, sondern klärt Nutzer ganz allgemein über ihre Möglichkeiten auf, wie sie sich selbst und andere im Katastrophenfall schützen und helfen können.

Neben den Warnungen des Zivil- und Katastrophenschutzes und den Notfalltipps liefert NINA auch weitere Informationen. Dazu gehören die Unwetterwarnungen des DWD und die Pegelstände der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV). Informationen zum BBK runden den Inhalt der App ab. In Bildergalerien erhalten die Nutzer der App auch einen Einblick in die vielseitige Arbeit des Bevölkerungsschutzes in Deutschland – ein Thema, das in der Öffentlichkeit immer noch weitestgehend unbekannt ist.

Mit dem Bereich Notfallkontakte bietet NINA zudem eine sinnvolle Funktion, um im Notfall schnell Familie, Freunde oder Bekannte zu informieren. Dabei können Nutzer ihre persönlichen Notfallkontakte individuell festlegen. Mit einem Klick können sie dann eine Nachricht per SMS oder E-Mail an diese Kontakte senden, z. B. wenn sie

sich selbst in einer Notlage befinden. Dabei kann auch der aktuelle Standort des Nutzers an die Empfänger übermittelt werden. Geht es dem Nutzer wieder gut, können die Notfallkontakte mit einem Klick auch wieder entwarnt werden.

Blick in die Zukunft

Bei der Entwicklung der App spielte auch der Datenschutz eine wichtige Rolle. Vom Standort bis zum Adressbuch des Nutzers benötigt NINA Zugriff auf unterschiedliche nutzerbezogene Daten, damit die App richtig funktionieren kann. Dabei werden alle diese Daten nur auf dem Gerät verarbeitet. Durch NINA werden keine Nutzerdaten an andere Server übermittelt oder woanders zwischengespeichert.

Viele Nutzer wünschen sich, für verschiedene Standorte (z. B. Zuhause und Arbeitsort) gewarnt zu werden. Dafür wird die App zurzeit weiterentwickelt und um eine Funktion ergänzt, mit der Nutzer Orte festlegen können, für die sie alle Warnungen erhalten möchten – unabhängig davon, wo sie sich gerade konkret befinden. Auch die technische Umsetzung der App wird aktualisiert und das Design weiterentwickelt, um Nutzern die App leichter zugänglich zu machen. In die Weiterentwicklung fließen auch Anmerkungen und Kritik ein, die uns Nutzer über die App-Stores oder auch per E-Mail haben zukommen lassen.

Der Name „NINA“ ist übrigens keine Erfindung des BBK, sondern wurde in einem mehrstufigen Verfahren von der Öffentlichkeit und einer Expertenjury gewählt. NINA ist für die Betriebssysteme iOS (ab Version 7.0) und Android (ab Version 4) verfügbar. Die App ist erhältlich über iTunes und Google Play Store. Weitere Informationen zur App finden Sie auch auf der Website des BBK unter <http://www.bbk.bund.de/NINA>.

Katja Evertz ist Referentin im Referat *Information der Bevölkerung, Selbstschutz und -hilfe* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Katastrophenschutz-Leuchttürme

Hilfe für Bürgerinnen und Bürger bei Stromausfällen aus der Perspektive von Praxispartnern

P. Bohne, N. Franke, C. Hemmert-Seegers, F. Kircher, C. Lawrenz, T. Leitert, I. Schwenzien, A. Solarek, M. Surma, R. Zückmantel

Motivation

Im Jahr 2014 gab es in der D-A-CH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz) 711 Stromausfälle mit einer Gesamtdauer von 61.259 Minuten (Quelle: Eaton Blackout Tracker 2015). Allein die diesjährigen großflächigen Blackouts (Stromausfälle) in Holland, in der Türkei und in Frankreich mit jeweils mehreren hunderttausend Betroffenen zeigen: Es kommt zu immer mehr Stromausfällen. Daher müssen sich gerade Großstädte und Ballungsräume auf



Ein Zusammenbruch der Kommunikationssysteme führt zu Problemen in der Bevölkerung. (Quelle: Projektfilm Kat-Leuchttürme, Berliner Feuerwehr, 2015)

den Fall eines längeren Stromausfalles, den sogenannten Blackout, vorbereiten. Fällt der Strom aus, sind Vorräte und Kraftstoffe bald aufgebraucht. Zudem stehen immer weniger Kommunikationsmittel zur Verfügung. Mobilfunknetze sind sofort überlastet und drohen nach spätestens ein bis zwei Stunden zusammenzubrechen. Viele Geschäfte und Banken schließen aus Sicherheitsgründen, Geldautomaten funktionieren nicht mehr. An Tankstellen stehen die Benzinpumpen still. Wenn niemand weiß, wann der Strom wieder zur Verfügung stehen wird, steigen Ungewissheit und Besorgnis bei den Bürgerinnen und Bürgern.

In einer solchen Situation sind aktuelle Informationen zur Lage und die Möglichkeit, mit Angehörigen und Freunden in Kontakt zu treten, ebenso wichtig wie die medizinische Versorgung. Wie können beispielsweise Notrufe ohne funktionierende Telefonnetze abgesetzt werden? Zur Be-

wältigung dieser und ähnlicher Herausforderungen leistet die zivile Sicherheitsforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wichtige Beiträge.

Das Forschungsprojekt

Einen Lösungsansatz bietet das Projekt „Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen (Kat-Leuchttürme)“. Ziel des Projektes unter Koordination der TimeKontor AG in Berlin ist es, Bürgerinnen und Bürgern in Krisen Hilfe und Informationen in öffentlichen Gebäuden und Plätzen anzubieten. Bei längerfristigen Stromausfällen sollen dafür Anlaufstellen eingerichtet und rund um die Uhr mit Notstrom versorgt werden. An dem Forschungsprojekt beteiligt sind neben der TimeKontor AG die Beuth Hochschule für Technik Berlin, die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR), die Humboldt-Universität zu Berlin und die Praxispartner Berliner Feuerwehr, das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und die Charité-Universitätsmedizin Berlin. Das Vorhaben wird vom Bundesforschungsministerium im Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ von August 2012 bis Oktober 2015 gefördert.

Konzept der Kat-Leuchttürme

Das Ziel, für die gesamte Bevölkerung im nahen Wohnumfeld Anlaufstellen in Krisensituationen anzubieten, machte verschiedene Ausprägungen von Kat-Leuchttürmen nötig. Die Grundidee, dass diese Anlaufstellen bekannte, notstromversorgte Orte sind und zu Fuß erreicht werden können, spielte die entscheidende Rolle. Die Katastrophenschutz-Leuchttürme (Kat-L) werden durch die Bezirke und Kommunen errichtet und betrieben. Es handelt sich um mit Personal besetzte, notstromversorgte Einrichtungen, die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten

bieten. Diese sind durch ein ausfallgeschütztes Notfunksystem mit den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und des Katastrophenschutzes verbunden. Weitere Leistungen, wie zum Beispiel eine medizinische Notversorgung, können modular ergänzt werden.

einrichtungen. Sie sollen von Spontanhelfern betrieben werden, die durch Regionalbeauftragte der betreuenden Kat-Leuchttürme mit Informationen unterstützt werden.

Am Beispiel Berlins wurde ermittelt, dass für je 50.000 bis 70.000 Menschen ein Kat-L und für 5.000 bis 7.000 ein

Kat-I eingeplant werden sollte. Insgesamt muss beispielhaft für Berlin mit ca. 60 Kat-L und 450 Kat-I gerechnet werden.

Flexible Kat-Leuchttürme als innovativer Lösungsansatz für eine Feuerwehr

BOS müssen auch bei einem Stromausfall immer Hilfe leisten können. Es kommt dabei nicht nur darauf an, die eigene Einsatzbereitschaft aufrechtzuerhalten, sondern auch, den fortwährenden Informationsaustausch mit der Bevölkerung sicherzustellen. Laut Untersuchungen der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) ist damit zu rechnen, dass viele Bürgerinnen und Bürger verstärkt Feuerwachen und Polizeidienststellen aufsuchen werden, um aktuelle Informationen und Hilfeleistungen zu erhalten. Das birgt die Gefahr, dass sich vor den Dienstgebäuden größere Menschenansammlungen bilden, die im schlimmsten Fall dazu führen, dass Einsatzfahrzeuge nicht ausrücken können. Aus diesem Grund ist der Einsatz von flexiblen Katastrophenschutz-Leuchttürmen vorgesehen. Das sind Fahrzeuge, die im Nahbereich von Feuerwachen oder Polizeidienststellen zum Einsatz kommen und mit dem portablen Katastrophenschutz-Kommunikations-System (KKS) der Kat-L ausgestattet sind. Die dafür erforderliche Ausstattung ist in Transportkisten verpackt und kann mit wenigen Handgriffen in allen gängigen Fahrzeugen in Betrieb genommen werden.

An den provisorisch errichteten Anlaufstellen geben die Fahrzeugbesetzungen aktuelle Lageinformationen weiter, unterstützen bei der Nutzung des KKS und gehen auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ein. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass der Dienstbetrieb an den Feuerwachen und Polizeidienststellen ungehindert aufrechterhalten werden kann und dabei das Informationsbedürfnis der Bevölkerung berücksichtigt wird.

Zusätzlich wird im Zusammenwirken mit den stationären Kat-L und den Kat-I die Möglichkeit geschaffen, die

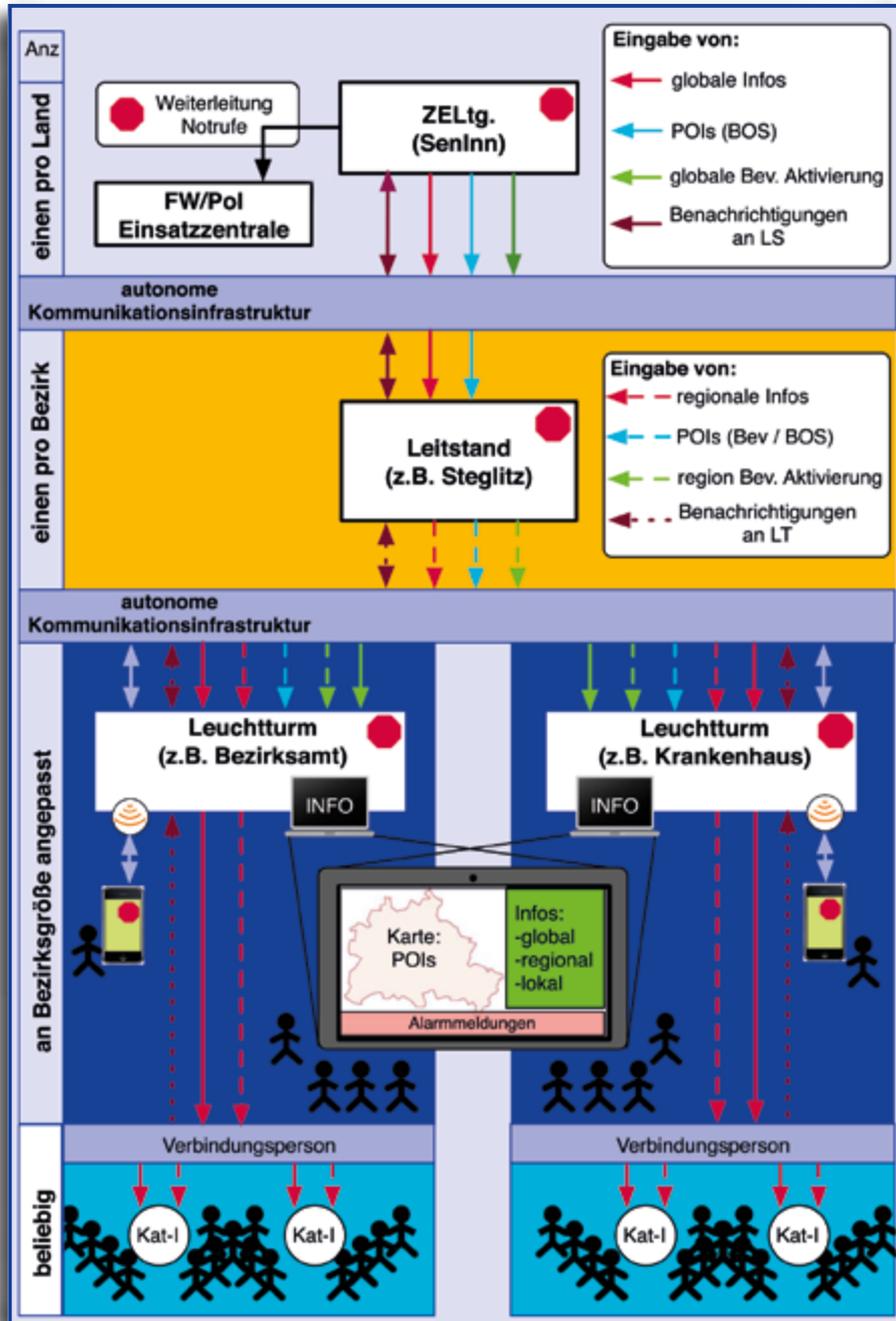


Abb. 1: System der Katastrophenschutz-Leuchttürme. (Quelle: R. Nagel, H. Barsuhn, Beuth Hochschule Berlin, 2014)

Die Katastrophenschutz-Informations-/-Interaktionspunkte (Kat-I) bilden die Basis des organisatorischen Katastrophenschutz-Leuchtturm-Systems (Kat-L-System) und dienen ebenfalls als erste Anlaufstellen für die Bevölkerung. Es handelt sich hierbei um ungeplante, sich selbst organisierende Treffpunkte, die über eine Verbindungsperson mit dem Kat-L in Kontakt treten. Die Kat-I befinden sich beispielsweise in Kiez-Cafés, an zentralen Plätzen oder in Kultur-

Bürgerinnen und Bürger in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld und auch in ländlichen Regionen zu informieren und aktiv mit in das Krisenmanagement einzubeziehen. Umgekehrt bieten die Lagemeldungen aus der Bevölkerung eine wichtige Informationsquelle für die Krisenstäbe der BOS. Auf dieser Grundlage können Einschätzungen zur Gesamtlage in den einzelnen Stadtteilen getroffen und bedarfsgerechte Sofortmaßnahmen eingeleitet werden.

Kommunale Katastrophenschutztürme im Bereich der Behörden mit Ordnungsaufgaben

Das Rathaus ist ein Ort, an dem die Bürgerinnen und Bürger Beratung und Hilfe erwarten und an dem die Stadt als Ansprechpartner für verschiedenste Belange wahrgenommen wird. Deshalb ist es wichtig, nicht nur im Normalbetrieb zu funktionieren, sondern auch, wenn sich das öffentliche Leben, wie bei einem länger anhaltenden Stromausfall, in einem Ausnahmezustand befindet.

Eine im Projekt durchgeführte Bürgerbefragung zeigte, dass die Bevölkerung nicht ausreichend auf den Katastrophenfall „Blackout“ vorbereitet ist. Gleichzeitig wird von den Kommunen erwartet, dass sie die Daseinsvorsorge als kommunale Leistung sicherstellen. Um diese Diskrepanz zwischen Erwartungen und Möglichkeiten von Hilfeleistungen zu überwinden, würden im Fall eines stadtweiten Stromausfalles Rathäuser als Anlaufstellen für die Bevölkerung eingerichtet werden. Als kommunal betriebene Kat-Leuchttürme haben sie die Aufgabe, das wachsende Bedürfnis der Bevölkerung nach Information, Kommunikation und Versorgungsleistungen zu lenken.

Wichtigste Aufgabe des Kat-L „Rathaus“ ist die Aufnahme und Weitergabe von Informationen an die Bevölkerung. Hierbei wird zwischen aktuellen Informationen zur Lage, der Weitervermittlung von Notfallmeldungen und der Vorhaltung situationsrelevanter Informationen zur persönlichen Bewältigung der Krisensituation unterschieden. Allgemeine Lageinformationen für Krisenstäbe und BOS werden über das autarke Notfunksystem erhoben und der Bevölkerung aktualisiert zur Verfügung gestellt. Akute Notfallmeldungen aus der Bevölkerung können über die gleiche Funkinfrastruktur abgesetzt werden.

Für die Bereitstellung von Informationen zur persönlichen Bewältigung der Krisensituation werden im Vorfeld alle relevanten Daten erfasst. Hierzu gehören Umgebungs-karten mit den Standorten der nächstgelegenen Trinkwassernotbrunnen, der betriebsbereiten Supermärkte und Apotheken sowie aller Krankenhäuser der näheren Umgebung.

Weitere Module an einem Kat-L „Rathaus“ sind die Bereitstellung von Räumen für Erste Hilfe (Einsatz von betrieblichen Ersthelfern), Kindernotbetreuung (für Mitarbei-

ter), psycho-soziale Betreuung (Einsatz geeigneter Mitarbeiter), Funkamateure (alternative Kommunikationstechnik) und Hilfsorganisationen (evtl. Behandlungsplatz, Feldkochherde).

Für die Ausgabe von Lebensmitteln würde auf eine eigene Organisationsstruktur mit Unterstützung der staatlichen Ernährungssicherstellung zurückgegriffen werden. Der Kat-L „Rathaus“ bietet eine lokale technische Plattform zur Akquise von freiwilligen Helfern und für die Koordination der spontanen Selbsthilfe. Zusätzlich können nicht mit Notstrom versorgte Bürodienstgebäude oder Schulen als Anlaufstellen in Betrieb genommen werden. Dazu werden die portablen Komponenten des Kat-L-Systems zu den jeweiligen Standorten gebracht. Sie sind in Transportkisten verpackt und enthalten Kommunikations- und Notstromeinheiten, Displays zur Informationsweitergabe,

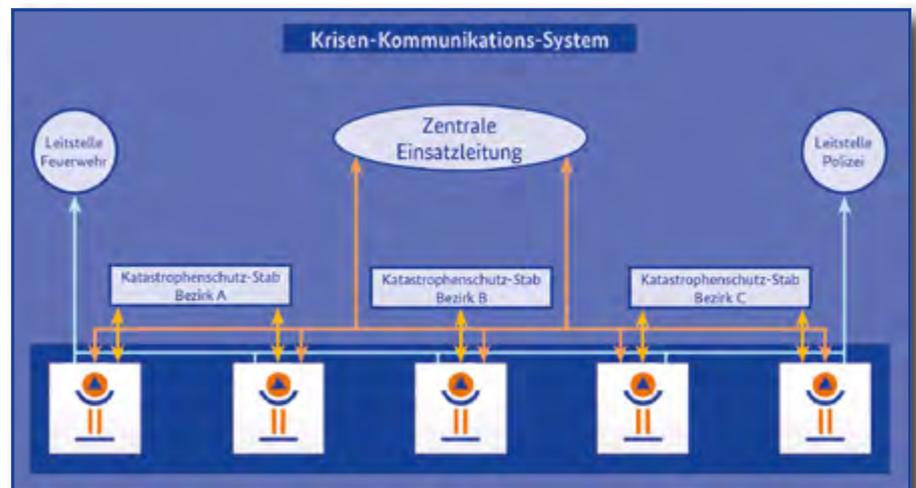


Abb. 2: System der Krisen-Kommunikation auf Basis des autarken, stadtweiten Notfunksystems (TankNotStrom)

Informationsmaterial (Merkblätter, Kartenmaterial), Aufbauanleitungen und ein Kat-L-Handbuch.

Der Betrieb eines kommunalen Kat-L wird durch Mitarbeiter des Bezirksamtes im Zwei-Schichtbetrieb sichergestellt. Bei Bedarf können Lehrer und im Vorfeld registrierte Ehrenamtliche (z. B. Baum-, Bank-, Lesepaten) zur personellen Unterstützung herangezogen werden. Der Kat-L sollte mindestens von 06:00 – 24:00 Uhr geöffnet sein. Die Alarmierung des Personals erfolgt im Wege vorher festgelegter Prozesse: Spitzenalarmempfänger, entscheidungsbefugte Funktionsträger und Verwaltungsmitarbeiter kommen auf Grundlage von hinterlegten Alarmierungslisten (z. B. Selbstalarmierung nach n-Stunden) selbstständig zum Einsatzort.

Die besondere Rolle der Krankenhäuser

Krankenhäuser müssen sich routinemäßig auf einen Massenansturm von Verletzten oder auch auf interne Schadenslagen vorbereiten. Was tut ein Krankenhaus aber, wenn es einen Massenandrang von hilfeschreitenden und hilfsbedürftigen Menschen gibt, die nach Informationen fragen, Lebensmittel und Medikamente benötigen oder sogar ihre Hilfe und Unterstützung anbieten möchten?

Da Krankenhäuser notstromversorgte Einrichtungen sind, werden diese bei einem langanhaltenden Stromausfall eine der ersten Anlaufstellen der Bevölkerung sein. Um den durch den Notstrom ohnehin eingeschränkten Krankenhausbetrieb nicht noch mehr zu behindern, müssen Strukturen und Möglichkeiten geschaffen werden, den Anforderungen der Bevölkerung gerecht zu werden. So könnte man beispielsweise an den Zugängen zum Krankenhaus große Plakate oder Infoscreens mit Informationen zur Lage anbringen oder die nächsten wichtigen Anlaufstellen, wie z. B. Apotheken beschreiben. Es sollte versucht werden, eine klare Trennung zwischen dem Angebot für die Bevölkerung und dem Krankenhaus zu schaffen. So könnten Flächen oder Räume genutzt werden, in denen keine Patientenversorgung stattfindet. An einem Infopoint

Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“

Das Projekt Kat-Leuchttürme wird vom Bundesforschungsministerium im Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ der Bundesregierung gefördert.

In diesem Programm arbeiten Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam mit Anwendern wie Feuerwehr, Polizei und Ordnungsbehörden an innovativen Lösungen. Die neuen Technologien und Konzepte sind praxisnah und passen zu unserer offenen Gesellschaft. Das Programm wird thematisch getragen von den drei Säulen Schutz und Rettung von Menschen, Schutz kritischer Infrastrukturen sowie Schutz vor Kriminalität und Terrorismus.

Seit 2007 wurden im Sicherheitsforschungsprogramm insgesamt über 220 Projekte mit mehr als 440 Millionen Euro gefördert.

Weitere Informationen finden Sie unter www.sifo.de

können Mitarbeiter der BOS detaillierte Auskünfte geben sowie Hilfesuche und Hilfeangebote koordinieren. Außerdem besteht hier die Möglichkeit für die Bevölkerung, mit einem mobilen Endgerät auf das KKS zuzugreifen. Zudem sollten die Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass sich „Spontanhelfer“ im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements selbst finden und organisieren können.

Eine große Herausforderung für das Krankenhaus wird das Wegbrechen der externen Telefon- und Internetkommunikation sein. Absprachen zwischen der Krankenhauseinsatzleitung und den Behörden sowie den Leitstellen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes wären somit nicht mehr möglich. Eine Abhilfe kann hier das autarke stadtweite Notfunksystem der Kat-Leuchttürme bieten. Damit kann die Krankenhauseinsatzleitung ihre Anfragen an die Behörden senden. Im Umkehrschluss kann der Krisenstab aktuelle Informationen an alle Kat-L über dieses System verbreiten, die dann beispielsweise an einer Infoscreen angezeigt werden.

Durch die persönliche Betroffenheit (kein Benzin, keine Kinderbetreuung) werden nach einiger Zeit auch nicht mehr alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser zum Dienst kommen können. Das wird zu einer personellen Ressourcenverknappung in den Krankenhäusern führen. Die Kat-L bieten die Möglichkeit zur Kompensation. Das heißt, es kann ein multifunktionaler Einsatz von klinikeigenem und klinikfremdem Personal ange-

strebt werden, um sowohl den Krankenhaus-, als auch den Leuchtturm-Betrieb zu ermöglichen.

Ausblick: Katastrophenschutzleuchttürme 2020

Das beschriebene Konzept der Katastrophenschutz-Leuchttürme wurde am 24. und 25. April 2015 in Berlin einem breiten Fachpublikum vorgestellt. Parallel dazu wurde seine Praxistauglichkeit im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und in weiteren Institutionen in Berlin im Rahmen eines Feldtests in Verbindung mit einer Stabsrahmenübung der Berliner Feuerwehr zum Szenario eines viertägigen Blackouts in Berlin erprobt. Dabei wurden die wichtigsten Herausforderungen bei Stromausfall bewältigt.

Dank TankNotStrom (TNS) – ein ebenfalls vom Bundesforschungsministerium gefördertes, abgeschlossenes Forschungsprojekt und seit 2013 am Markt verfügbares System – wurde die Notstromversorgung der Kat-L kontinuierlich überwacht. Das TNS-System gewährleistete zudem das stadtweite autarke Notfunksystem, mit dem die Verbindung zwischen den verschiedenen Kat-L und dem Katastrophenstab der BOS sichergestellt wurde. Dieses Notfunksystem nutzte das System der Kat-L auch für das Absetzen von Notrufen der Bevölkerung oder den Austausch von Nachrichten.

Beim Feldtest der Katastrophenschutz-Leuchttürme wurde durch die Projektpartner nicht nur erprobt, wie die Anlaufstellen im Ernstfall funktionieren, sondern auch, welche sozialpsychologischen Faktoren die Selbstorganisation der Menschen bei Stromausfall stärken. Bis zum Ende des Projekts im Oktober 2015 wird auf Basis der neuen Erkenntnisse ein Konzept für ein Netz von notstromversorgten Anlaufstellen für den Katastrophenschutz in ganz Berlin erstellt. Der Ansatz der Katastrophenschutz-Leuchttürme ist auch auf andere Städte in Deutschland und Europa übertragbar und kann von den zuständigen Verantwortlichen für Katastrophenschutz aufgegriffen werden. Auf der Internetseite www.kat-leuchtturm.de ist neben zahlreichen weiteren Informationen auch ein Projektfilm verfügbar, der anschaulich die Möglichkeiten des Kat-Leuchtturmsystems darstellt.

Frieder Kircher in seiner Funktion als Leiter der Direktion Nord sowie Patrick Bohne und Robert Zückmantel als wissenschaftliche Mitarbeiter kommen vom Praxispartner Berliner Feuerwehr; Martin Surma als Katastrophenschutzbeauftragter und Cornelia Lawrenz als wissenschaftliche Mitarbeiter vertreten den Praxispartner Bezirksamt Steglitz/Zehlendorf; Claire Hemmert-Seegers und André Solarek sind wissenschaftliche Mitarbeiter des Praxispartners Charité; Nicole Franke, Ingo Schwenzen und Thomas Leitert kommen vom Konsortialführer und Systemintegratoren TimeKontor AG (www.kat-leuchtturm.de und www.tanknotstrom.de).

Kommunikation über Grenzen hinweg

Unterschiedliche Ansätze – ein Ziel: Grenzüberschreitende Evakuierungsplanung

Patrick Horn

Landesgrenze

Verschiedene Ereignisse wie der Fund einer Fliegerbombe, ein Hochwasser oder die Havarie eines Kernkraftwerkes gefährden die Sicherheit der Bevölkerung. Diese Gefährdung kann dazu führen, dass es notwendig wird, die Bevölkerung, temporär oder sogar auf Dauer, aus dem betroffenen Gebiet zu evakuieren. Je nach Ereignis ist hierbei eine unterschiedlich große Fläche betroffen. Während der Evakuierungsradius bei dem Fund einer Fliegerbombe meist noch relativ gering ist, nimmt er bei einem Unfall in einem Kernkraftwerk mehrere Kilometer ein. Mit der Zunahme des Evakuierungsradius steigen auch die Herausforderungen. Neben der Anzahl zusätzlich betroffener Menschen kommen auch noch besondere Einrichtungen wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Justizvollzugseinrichtungen oder Schulen hinzu.

Katastrophen orientieren sich bekanntlich nicht an Staatsgrenzen.

Kommt es zu einem Schadensereignis in der Nähe einer Staatsgrenze und eine größere Fläche muss evakuiert werden, sind sehr wahrscheinlich auch Gebiete jenseits der Grenze betroffen. Dort gelten allerdings andere gesetzliche Grundlagen und Zuständigkeiten. Außerdem gibt es auch oft andere Vorgehensweisen. Beispiele hierfür sind die Alarmierung der Bevölkerung, die Fragen, welche Zonen überhaupt evakuiert werden sollen oder ob die Bevölkerung nicht besser geschützte Bereiche innerhalb des Gefährdungsbereiches aufsucht. Wie man sich leicht ausmalen kann, ist bereits eine großflächige Evakuierung innerhalb eines Landes eine enorme Herausforderung; sind jedoch Regionen an Staatsgrenzen betroffen, so steigt der Abstimmungsaufwand um ein Vielfaches.

In solchen Fällen ist eine gute Kommunikation zwischen den für den Katastrophenschutz zuständigen Stellen einerseits und der Bevölkerung andererseits von besonderer Bedeutung.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, fördert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Rahmen der Ressortforschung das Forschungsprojekt (FP410) „Grenzüberschreitende großräumige Evakuierungsplanung am Beispiel Deutschland-Schweiz“. Ziel dieses Projektes ist es, Antworten auf die Fragen der grenzüberschreitenden Evakuierung zu finden. Hierzu werden Experten des Bevölkerungsschutzes aus der Schweiz und Deutschland gemeinsam an Lösungsvorschlägen arbeiten.

Präsident Unger (BBK) und stv. Direktor Flury vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz der Schweiz (BABS) eröffneten daher am 1. Juni 2015 den Auftakt-Workshop für das Forschungsprojekt. Beide lobten die intensive deutsch-schweizerische Zusammenarbeit und sahen den Bereich grenzüberschreitende Evakuierung als lohnendes Projekt, um die bestehenden Risiko- und Krisenmanagementstrukturen noch besser aufeinander abzustimmen. Für den Projektverlauf dürften sich die Erkenntnisse aus der aktuell vorliegenden „Rahmenempfehlung für die Planung und Durchführung von Evakuierungsmaßnahmen einschließlich der Evakuierung für eine erweiterte Region“ (AG Fukushima des AK V der ständigen Konferenz der Innenminister und der Senatoren der Länder) positiv auswirken. Mit dieser liegt ein wesentliches Grundlagenwerk für die Planungen entsprechender Ereignisse vor. Hierbei hat man in der Entstehung auch Anregungen aus den entsprechenden Planungen in der Schweiz aufgenommen und diese mit berücksichtigt. Das Forschungsprojekt steht dabei ganz im Sinne des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen vom 28. November 1984.

Das Forschungsprojekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und endet im Mai 2018. Die Federführung hat das Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr (IRG) der Fachhochschule Köln. An dem Projekt beteiligen sich außerdem: Das Innenministerium Baden-Württemberg, das Regierungspräsidium Freiburg und die Landkreise Waldshut und Lörrach. Auf Schweizer Seite nehmen das BABS sowie die Kantone Aargau und Basel-Stadt teil.

Das Vorhaben verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele:

- Defizitanalyse in der grenzüberschreitenden großräumigen Evakuierungsplanung und Erstellung eines Konzeptes für eine großräumige Evakuierungsplanung am Beispiel DE/CH und
- Entwicklung eines Verfahrens zur Entscheidungsunterstützung für unterschiedliche Verwaltungsebenen im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet

Im Rahmen des Forschungsvorhabens sind die Notfallplanungen der für Evakuierungsplanungen zuständigen Behörden beiderseits der Grenze auf Konsistenz zu prüfen und Ebenen spezifisch Vorschläge (Bund – Land – Kommunen) zu entwickeln, die eine Optimierung der vorhandenen Planungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben er-

möglichen. Insbesondere sollen die Analysen Differenzen der Planungsansätze an der Staatsgrenze herausarbeiten, die die komplexen Einsatzlagen von Evakuierungen mit deren vielschichtigen Teilaspekten betreffen. Beispielsweise sollen Kommunikationsstrukturen, Datenflüsse und Schnittstellen beleuchtet werden. Die Schwerpunkte richten sich dabei an den als vordringlich erkannten Defiziten aus. In engmaschiger Zusammenarbeit mit den o. g. Partnern sollen Lösungsansätze entwickelt werden.

Entscheidungsunterstützung stellt eine wichtige Herausforderung im Risiko- und Krisenmanagement dar. Unübersichtliche und möglicherweise unvollständige Informationen, uneinheitliche Vorbereitung und eine Vielzahl von Akteuren mit verschiedenen Interessen erschweren dem Verantwortlichen, eine fundierte Entscheidung zu treffen. Hierzu soll in dem Forschungsvorhaben aus den zur Verfügung stehenden Daten und Informationen ein Verfahren (keine Softwareentwicklung sondern Entwicklung des inhaltlichen Konzeptes) entwickelt werden (z. B. mittels Entscheidungsbaumanalyse), um fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Aufgabe des Projektes ist es also, den Abstimmungsbedarf auf beiden Seiten des Rheines im Rahmen großräumiger, grenzüberschreitender Evakuierungsplanungen zu identifizieren und mögliche Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

In diesem Zusammenhang haben sich bei der Auftaktveranstaltung bereits erste Arbeitsfelder aufgetan: die Harmonisierung von Normen und Richtwerten, die grenzüberschreitende Personenzusammenführung und die Alarmierung der Bevölkerung.

Auf beiden Seiten des Rheines gibt es unterschiedliche Normen und Richtwerte. Was zu einer Situation führen kann, in der auf der einen Seite der Grenze bereits erste Maßnahmen ergriffen werden, während auf der anderen noch alles seinen gewohnten Gang geht. Hierdurch würde natürlich die Verunsicherung in der Bevölkerung extrem verstärkt. Um dies zu vermeiden ist bereits im Vorfeld eine sehr enge Abstimmung notwendig.

Das zweite Arbeitsfeld ist die Personenzusammenführung nach einer grenzüberschreitenden Evakuierung. Dank der offenen Grenzen gibt es im deutsch-schweizer Grenzgebiet intensive Pendlerbewegungen. Wenn nun Angehörige in unterschiedliche Länder evakuiert werden sollten, ergibt sich hier ein zusätzlicher grenzüberschreitender Abstimmungsbedarf.

Ein zusätzliches Arbeitsfeld ist der Bereich Alarmierung und Information der Bevölkerung sowie die Kommunikation der für den Katastrophenschutz zuständigen Stellen untereinander. Besonders die Stauseen in der Region zeigen, wie wichtig hier eine schnelle und umfangreiche Alarmierung der Bevölkerung ist, da bei einem Bruch nur wenige Minuten zur Verfügung stehen, um aus dem gefährdeten Gebiet zu entkommen. Wie dieses Beispiel zeigt, ist es hier besonders wichtig, dass die zuständigen Stellen sich kennen und über eine direkte und verlässliche, grenzüberschreitende Kommunikation verfügen. Das bereits bekannte Sprichwort der drei Ks, „In Krisen Köpfe Kennen“ wird auch hier zur Grundregel.

Quellen

Gesetz zu dem Abkommen vom 28. November 1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen vom 22. Januar 1987, BGBl. 1987 II S.74.

BABS (2014): ekom-Konzept. Gemeinsame Verbreitungskanäle für die Ereigniskommunikation. Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS <http://www.bevoelkerungsschutz.admin.ch/>

BBK (2014): Bekanntmachung Nummer 01/2014 über die Durchführung eines Forschungsvorhabens im Bereich der grenzüberschreitenden großräumigen Evakuierung vom 07. April 2014

Für die Alarmierung der Bevölkerung wird in der Schweiz ein flächendeckendes Sirenenetz betrieben. Um jedoch auf dem Stand der Technik zu bleiben, soll die Sirenenalarmierung um ein Cell-Broadcasting System erweitert werden. Hierbei wird eine Warnmeldung an alle Smartphones und Handys geschickt, die sich im Gefahrenbereich befinden und in das Handynetz eingeloggt sind (BABS 2014).

Nun stellt sich allerdings die Frage, wer denn die Sirenen oder Cell-Broadcasting Systeme auslöst, wenn es im Nachbarland zu einem Schadensereignis kommt. Gerade im Zusammenhang mit einem Staudammbruch ist diese Frage von besonderer Bedeutung. Die sehr geringe Vorwarnzeit macht hier eine sehr enge Abstimmung oder sogar eine direkte Alarmierung durch das Nachbarland notwendig. Aber auch dies muss vorher abgestimmt werden.

Um diese Arbeitsfelder möglichst realitätsnah bearbeiten zu können, soll zunächst anhand eines Beispielszenarios ein Konzept für großflächige Evakuierungen erstellt werden. Als Beispielszenario wurde die Freisetzung von radioaktiven Stoffen aus einem Kernkraftwerk in Grenznähe gewählt. Bei der Entwicklung des Konzeptes sind explizit die sich in der grenzüberschreitenden Evakuierungsplanung stellenden Fragen zu berücksichtigen. Aus den Ergebnissen dieser Arbeit soll dann ein regionales grenzüberschreitendes Evakuierungsplanungskonzept abgeleitet werden, das sich auch auf andere Schadensszenarien in anderen Grenzregionen anwenden lassen soll.

Im Ergebnis stellt das Projekt den für den Katastrophenschutz zuständigen Stellen auf schweizerischer und deutscher Seite ein Konzept für grenzüberschreitende großräumige Evakuierungsplanungen und ein in der Praxis umsetzbares Verfahren zur Entscheidungsunterstützung zur Verfügung.

Den Abschluss des Projektes bildet eine Übung, in der das Konzept einem ersten Praxistest unterzogen werden soll.

Patrick Horn ist Referent im Referat *Grundsatzangelegenheiten des Bevölkerungsschutzes, Ehrenamt, Risikoanalyse* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und betreut dort das Projekt „Grenzüberschreitende großräumige Evakuierungsplanung am Beispiel Deutschland – Schweiz“

Notfallwissen in der Bevölkerung Deutschlands

Ergebnisse einer repräsentativen Telefonbefragung

Diana Kietzmann, Daniela Knuth, Katharina Hegele und Silke Schmidt

Ein Notfall ist per Definition ein unvorhergesehenes, plötzlich eintretendes Ereignis, welches sofortige Maßnahmen erfordert, um negative Konsequenzen zu minimieren [1]. Voraussetzung für die Durchführung von sofortigen Maßnahmen, noch vor dem Eintreffen professioneller Einsatzkräfte, ist das Vorhandensein von Notfallwissen. Das heißt, die Betroffenen und/ oder Zeugen müssen wissen, wie sie sich in einer Notfallsituation verhalten sollten, beziehungs-

zum anderen Prozesse zur Aufnahme von möglichen Vorsorgemaßnahmen zu initiieren [4,5].

Über den Stand des Notfallwissens in der Bevölkerung Deutschlands gibt es derzeit keine belastbaren Daten, mit Ausnahme des Wissens für medizinisch bedingte Notfallsituationen. In einer Befragung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) wurde festgestellt, dass 73 % der Befragten sich selbst zutrauen, „Erste Hilfe leisten zu können“ [6]. Die Ergebnisse zeigten jedoch, dass jeweils weniger als die Hälfte der Befragten (46 %) angeben konnten, was bei einer stabilen Seitenlage beziehungsweise bei einem Atemstillstand (41 %) zu tun ist [6]. Das bedenklichste Ergebnis der Befragung weist darauf hin, dass lediglich 20 % der Befragten eine Herzlungen-Wiederbelebung richtig durchführen können [6]. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Rudolf Seiters, schlussfolgert, dass die „Selbsteinschätzung der Teilnehmer [...] deutlich von der tatsächlichen Hilfefähigkeit“ abweicht [6]. Als möglichen Grund für unzureichendes Erste Hilfe Wissen wird die Beständigkeit von erworbenen Wissen angegeben. So sind bereits ein Jahr

nach einem Erste-Hilfe-Kurs „[...] mehr als 50 % und nach zwei Jahren 70% der Kenntnisse und Fähigkeiten verloren gegangen“ [2].

In Abhängigkeit von der jeweiligen Notfallsituation ist unterschiedliches Wissen erforderlich. In medizinisch bedingten Notfallsituationen sind grundlegende Kenntnisse über Erste Hilfe sowie richtiges Verhalten am Unfallort notwendig. Brände hingegen erfordern Brandschutzwissen. In extremen Wetterbedingungen sind Kenntnisse über richtiges Handeln während eines Unwetters, aber auch in Bezug auf etwaige Konsequenzen, wie zum Beispiel einen Stromausfall, relevant. Die Freisetzung von radioaktiven Gefahrenstoffen stellt eine besondere Herausforderung dar, zumal die Gefährlichkeit dieser für Laien schwer erkennbar ist [7].

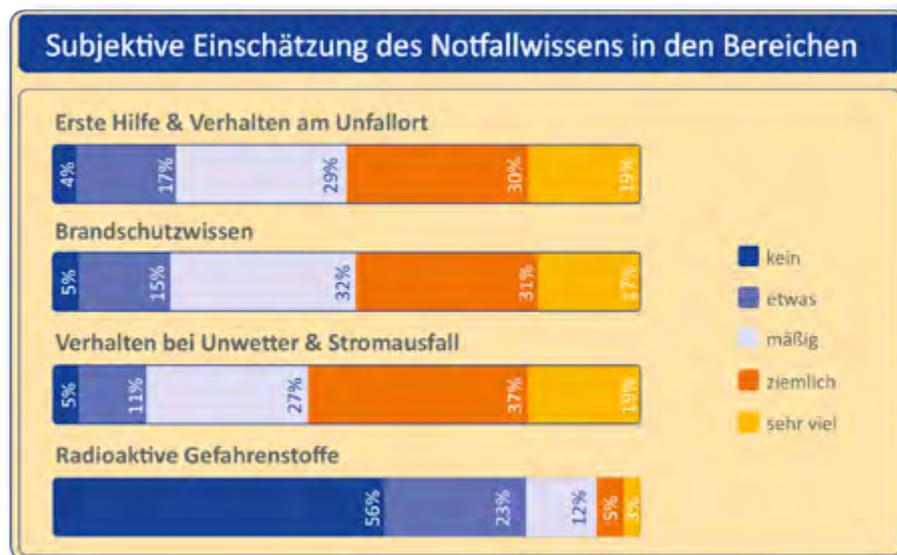


Abb. 1: Wieviel Wissen haben Sie in Bezug auf...? (N = 2.175). (Circa 0,8 % der Befragten machten keine Angaben bzw. antworteten mit „Ich weiß nicht“.)

weise welche Schritte nötig sind, um negative Konsequenzen zu minimieren. Wie wichtig Notfallwissen ist, verdeutlicht Prof. Peter Sefrin, Bundesarzt des Deutschen Roten Kreuzes [2]. Er gibt an, dass ca. 10 % der Unfallopfer hätten gerettet werden können, wenn am Unfallort Erste Hilfe geleistet worden wäre [2].

Dass Notfallwissen nicht nur bei Unfällen im Straßenverkehr überlebenswichtig sein kann, belegt eine australische Studie in Bezug auf Brände: Mehr Brandschutzwissen geht mit einer erhöhten Aufmerksamkeit für Brandschutzvorsorge sowie einem angemesseneren Verhalten einher [3]. Diese und weitere Studienergebnisse führen zu der Annahme, dass Notfallwissen als eine notwendige, wenn auch nicht ausreichende, Voraussetzung gesehen wird, sich zum einen mit möglichen Gefahren auseinander zu setzen und

Ziel der Untersuchung

Um genauere Aussagen zum Stand des Notfallwissens in der Bevölkerung Deutschlands in allen vorab genannten Bereichen vornehmen zu können, wurde eine umfangreiche bundesweite Repräsentativbefragung durchgeführt. Basierend auf den Aussagen von 2.175 Befragten im Alter von 18 bis 95 Jahren werden im Folgenden die Ergebnisse, sowohl zum subjektiv eingeschätzten Notfallwissen als auch zum objektiv vorhandenen Notfallwissen in der Bevölkerung Deutschlands, dargestellt. Die Befragung erfolgte im Rahmen des Forschungsprojektes Rettung, Hilfe und Kultur II – Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz der Universität Greifswald, welches durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gefördert wurde (Förderkennzeichen BBK-III. 1-413-10-00-396).

Ergebnisse

Subjektiv eingeschätztes Notfallwissen

Um einen Vergleich zwischen dem subjektiv eingeschätzten und dem tatsächlich vorhandenen Notfallwissen für die erwähnten Notfallsituationen vornehmen zu können, wurde zu Beginn gefragt: „Wieviel Wissen haben Sie in Bezug auf...“. Die prozentuale Verteilung der Antworten ist in Abb. 1 dargestellt.

Im Folgenden wird das tatsächlich vorhandene Notfallwissen der Befragten in den Bereichen

- 1) Erste Hilfe und Verhalten am Unfallort,
- 2) Brandschutzwissen,
- 3) Verhalten bei Unwetter und Stromausfall sowie
- 4) radioaktive Zwischenfälle dargestellt.

1) Erste Hilfe und Verhalten am Unfallort

Bezogen auf den Bereich Erste Hilfe wurden die Befragten unter anderem gebeten, ihr Verhalten auf Grundlage jeweils verschiedener Situationsbeschreibungen anzugeben, z. B. vor dem Hintergrund eines möglichen Herzinfarktes: „Beim Betriebsausflug wird Ihr Kollege plötzlich blass. Sein linker Arm und seine Brust tun ihm weh, sagt er. Er fängt an zu schwitzen und sackt auf den Boden, das Bewusstsein verliert er nicht. Was sollten Sie auf keinen Fall tun?“ Lediglich 48,6% der Befragten antworteten richtig, dass sie auf keinen Fall die Person auf den Boden legen und die Beine hoch lagern würden.

Eine weitere Situation beinhaltete die Beschreibung einer Person, die weder einen Puls, noch eine Atmung hat. Die dazugehörige Frage lautete: „Wie können Sie Erste Hilfe leisten, nachdem Sie den Rettungsdienst alarmiert haben?“ Die Befragten sollten frei antworten. Jeweils circa 68% der Befragten hätten sich richtig verhalten, indem sie angaben, eine Herzdruckmassage und / oder eine Atemspende vornehmen zu wollen. Allerdings wurden weitere essenzielle Handlungsweisen selten genannt, wie „den Mund des Betroffenen auf Essensreste überprüfen“ (6%) oder „den Kopf überstrecken“ (3%).

Zusätzlich wurde gefragt, in welchem Verhältnis Herzdruckmassage und Beatmung vorgenommen werden sollten. Die Befragten gaben im Mittel 30 zu 3 an. Empfohlen wird ein Verhältnis von 30 Mal Pressen zu 2 Atemspenden [8].

Zum Verhalten am Unfallort wurde die in Abb. 2 dargestellte Situationsbeschreibung gegeben. Die Antworten weisen darauf hin, dass 61,6% der Befragten den Helm eines verunfallten Motorradfahrers auf keinen Fall abnehmen würden [8]. Die aktuellen Empfehlungen legen nahe, den Helm bei einer bewusstlosen Person, beziehungsweise bei Personen mit Atemproblemen, abzunehmen.

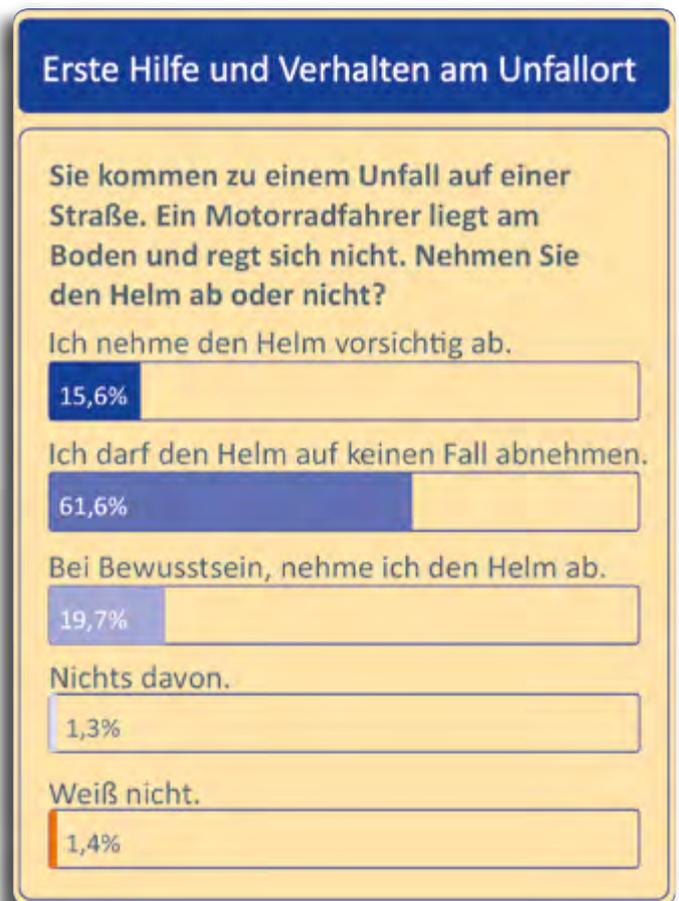


Abb. 2: Nehmen Sie den Helm ab oder nicht? (N = 2.175)

Die fünf wichtigen Fragen die bei einem Notruf beantwortet werden müssen, werden auch die fünf „Notfall-W’s“ genannt. Das Wissen der Befragten um diese „Notfall-W’s“ ist in Abb. 3 dargestellt.

ZUSAMMENFASSUNG:

50% aller Befragten schätzen ihr Wissen zu Erste-Hilfe und dem Verhalten am Unfallort als „gut“ bis „sehr gut“ ein. Diese Einschätzung differiert erheblich im Vergleich zum objektiv erhobenen Kenntnisstand. Techniken wie Herzdruckmassage und Atemspende sind bekannt, ebenso deren empfohlenes Verhältnis zueinander. Weitere wichtige Handlungen, wie das Befreien des Rachenraumes von möglichen Fremdkörpern, werden kaum genannt. Lebensbedrohliche Situationen (Herzinfarkt) werden teilweise nicht erkannt. Die hier benannten Handlungsweisen sind unvollständig bis kontraindiziert. Zu-

sätzlich gibt es Hinweise darauf, dass als überholt geltende Empfehlungen (Motorradunfall) sehr weit verbreitet sind. Regelmäßige, verpflichtende Erste-Hilfe-Kurse könnten zur Verbesserung der Versorgungs- und Kenntnislage führen.

2) Brandschutzwissen

Ein Brand in der Wohnung kann schnell außer Kontrolle geraten. Um dies zu verhindern wurde die Montage von Rauchmeldern in fast allen Bundesländern gesetzlich festgelegt. Richtlinien empfehlen die Anbringung von Rauchmeldern in allen Schlafzimmern, Fluren, Fluchtwegen und Kinderzimmern; nicht empfohlen wird die Anbringung in Küche, Bad oder Raucherzimmern [7]. Vor diesem Hintergrund wurde die Frage gestellt: „In welchen Zimmern sollte ein Rauchmelder unbedingt angebracht werden?“ Zwei Drittel der Befragten nannten die Schlafzimmer, 42% die Flure und Durchgänge und 27,7% die Kinderzimmer. 46% würden einen Rauchmelder in der Küche installieren.

Im Falle eines Brandes kann eine geringe Dosis an einatmetem Kohlenmonoxid eine tödliche Vergiftung hervorrufen. Drei Atemzüge Brandrauch sind ausreichend um das Bewusstsein zu verlieren [9]. Die entsprechenden Schätzungen der Befragten fielen mit durchschnittlich 7,7 Atemzügen Brandrauch wesentlich höher aus. 17,8% der

dicht am Boden entlang zu bewegen [7]. Ein Großteil der Befragten wusste dies (siehe Abb. 4).

ZUSAMMENFASSUNG:

45-50% der Befragten schätzen ihr subjektives Wissen über Brandschutz als „gut“ bis „sehr gut“ ein. Während bestimmtes Basiswissen (beispielsweise, dass brennendes Fett nicht mit Wasser gelöscht werden sollte) vorhanden ist, mangelt es im Kontext konkreter Brandsituationen an vollständigem Wissen. Dies kann im Ernstfall zu einer Unterschätzung der Gefahr und zu einer Überschätzung der Belastbarkeit des menschlichen Körpers führen. Eine differenzierte Aufklärung über brandspezifisches Löschen und Evakuierungsmaßnahmen kann diese Lücke schließen.

3) Verhalten bei Unwetter und Stromausfall

Weiterhin wurde das Verhalten bei Unwetter erfragt. Gegeben war ein Szenario, in dem sich der Befragte bei einem Gewitter im Freien befindet und kein Gebäude aufsuchen kann. Die offizielle Empfehlung lautet, ein niedrigeres Gelände (Mulde, Graben) aufzusuchen und sich mit möglichst eng zusammenstehenden Füßen bei wenig Bodenkontakt kleinzumachen [7]. Offenes Gelände, Bäume, Masten und Zäune sollten gemieden werden. Schutz in einem Wald zu

suchen sollte auf Grund möglicherweise herabfallender Äste vermieden werden. Der Mindestabstand zu Überlandleitungen sollte mindestens 50 Meter betragen [7].

Die Befragungsergebnisse zum Verhalten in dem beschriebenen Szenario sind in Abb. 5 dargestellt. Darüber hinaus wurde der durchschnittlich ratsame Abstand von Überlandleitungen bei einem Unwetter im Mittel mit 114 Metern beziffert.

Im Falle eines weitläufigen Stromausfalles ist es wichtig, Informationen über dessen Dauer und Hilfemöglichkeiten zu erhalten. Dazu befragt, würden 48% versuchen über Menschen in ihrer Nähe (z. B. Nachbarn) Informationen zu erhalten. Circa 27% würden zu Fuß oder mit dem Auto eine offizielle Stelle wie das Rathaus aufsuchen.

19% antworteten, dass sie nicht wüssten wie sie sich in diesem Falle zuverlässig informieren könnten.

Ein gesunder Mensch kann etwa drei Tage ohne Flüssigkeitszufuhr auskommen. Die Befragten schätzten diesen Zeitraum auf circa vier Tage ein.

Für den Fall des Abgeschnittenseins von der Versorgung mit Trinkwasser und Lebensmitteln wird empfohlen, nicht-alkoholische Getränke und Lebensmittel für 14 Tage vorrätig zu haben [7]. Durch die Befragten wurde im Mittel geschätzt, dass Haushalte zwölf Tage mit den vorhandenen Vorräten auskommen sollten.

Das Wissen für den Fall eines weitläufigen Stromausfalles und des Abgeschnittenseins von der Versorgung mit

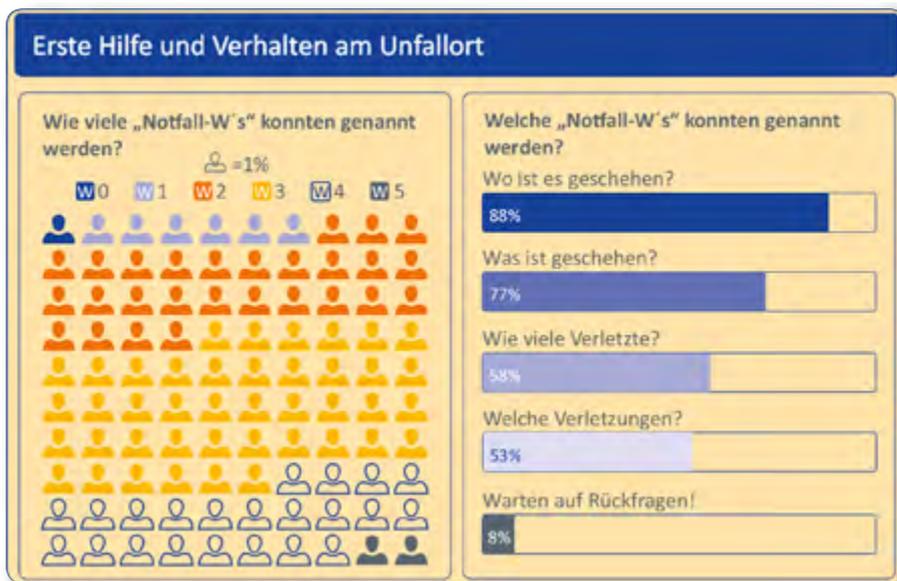


Abb. 3: Welche Angaben sollten Sie der Notrufzentrale bei einem Notruf übermitteln? (N = 2.175)

Befragten waren der Ansicht, dass 10 Atemzüge zur Bewusstlosigkeit führen würden, jeder Fünfte gab an, diese Frage nicht beantworten zu können.

Feuer, verursacht durch brennendes Fett in einer Pfanne, sollte der Sauerstoff entzogen werden. Je nach Größe des Feuers kann dies mit einem Deckel oder einem geeigneten Feuerlöscher der Brandklasse F geschehen [10]. Dazu befragt, würden lediglich 1,6% der Befragten versuchen, brennendes Fett in einer Pfanne mit Wasser zu löschen. Ein ebenfalls geringer Prozentsatz würde die Pfanne mit dem brennenden Fett aus dem Fenster werfen.

Kommt es trotz aller Vorsichtsmaßnahmen zu einer Verteilung von Brandrauch im Zimmer, wird empfohlen sich

Trinkwasser und Lebensmitteln ist vorhanden und entspricht in etwa den offiziellen Empfehlungen. 80% der Befragten sind in der Lage, Handlungsansätze zur Informationsbeschaffung zu generieren.

ZUSAMMENFASSUNG:

Umfängliches Wissen zum Verhalten bei einem Unwetter scheint vorhanden, jedoch nicht weit verbreitet zu sein. Im Umgang mit einem Unwetter zeigt sich eine Neigung zu besonderer Vorsicht. Allerdings bestehen auch hier Fehlinformationen, die korrekturbedürftig sind.

ZUSAMMENFASSUNG:

Im Zusammenhang mit radioaktiven Gefahrenstoffen schätzen nur 7,4 % ihr Wissen als „gut“ oder „sehr gut“ ein. Im Vergleich zu den anderen Notfallsituationen differiert diese Einschätzung nicht zum objektiv erhobenen Kenntnisstand. Die Informationslage zu radioaktiven Vorfällen ist ausbaufähig und weist auf weit verbreitetes Unwissen hin. Eine verstärkte Aufklärung über Wirkmechanismen radioaktiver Gefahrenstoffe und Schutzmöglichkeiten ist angezeigt.

Woher möchten Personen ihre Informationen zum richtigen Verhalten in den beschriebenen Notfallsituationen beziehen?

Um eine effektive Verbesserung im Wissensstand der Bevölkerung bewirken zu können, ist es wichtig zu wissen, von wem und auf welche Art und Weise Personen informiert werden möchten.

Generell besteht ein großes Bedürfnis Informationen von anerkannten, unabhängigen Stellen zu erhalten. So gaben die Befragten an erster und dritter Stelle an, von der Feuer-



Abb. 4: Brandschutzwissen (N = 2.175)

4) **Radioaktive Zwischenfälle**

Im Zusammenhang mit einem radioaktiven Zwischenfall/Austritt radioaktiver Stoffe wird empfohlen sich in Gebäuden möglichst in Zimmern ohne Fenster oder Lüftung aufzuhalten. Kellerräume bieten hier guten Schutz, da durch die darüber liegenden Stockwerke und das Erdreich die Strahlung abgeschwächt wird. Zudem wird das Tragen eines Mundschutzes empfohlen, um die Aufnahme von radioaktiven Stoffen über die Lunge zu vermindern [7].

Dazu befragt, gaben zwei Drittel richtig an, dass die Aussage, Keller im Fall eines radioaktiven Zwischenfalles zu meiden, falsch sei. 16% konnten die Aussage nicht beurteilen beziehungsweise antworteten „weiß nicht“. Die Aussage, dass ein Mundschutz das Eindringen radioaktiver Stoffe vermindern würde, hielten über 50% der Befragten für falsch.



Abb. 5: Verhalten bei Unwetter und Stromausfall (N = 2.175)

wehr (28%) oder anderen Hilfsorganisationen (18,3%) Informationen erhalten zu wollen. An zweiter und vierter Stelle stehen staatliche Quellen (19,5%) und kommunale Einrichtungen (16,5%) wie zum Beispiel die Gemeinde. Hier

bildet sich zum einen das Bedürfnis nach einer vertrauenswürdigen und professionellen Quelle ab. Zum anderen besteht der Wunsch nicht anonym informiert zu werden. So wurde beispielsweise wiederholt geäußert, dass die Hausbesuche der Feuerwehr wieder eingeführt werden sollten.



Abb. 6: Von wem und wie möchten Personen informiert werden? (N = 2.175)

Die Art und Weise, wie die Bevölkerung informiert werden möchte, ist vielfältig. 22,7% der Befragten legen Wert darauf durch Übungseinheiten geschult zu werden. Wiederrum knapp 30% möchten unter anderem mittels Broschüre/Flyer (13,3%) informiert werden, beziehungsweise in Form einer Briefsendung (21,0%). Ein kleiner Teil der Befragten möchte sich gerne selbstständig informieren/bilden (zum Beispiel per Internetsuche). Abb. 6 gibt einen Überblick, von wem und wie die Befragten informiert werden möchten.

Literatur

- [1] United Nations Department of Humanitarian Affairs Internationally agreed glossary of basic terms related to disaster management; United Nations: Geneva, 1992; p. 81.
- [2] Sefrin, P. Pressekonferenz – Erste-Hilfe-Umfrage von DRK und ADAC 2013.
- [3] Huseyin, I.; Satyen, L. Fire safety training : Its importance in enhancing fire safety knowledge and response to fire. Aust. J. Emerg. Manag. 2006, 21, 48–53.
- [4] Weinstein, N. D. The precaution adoption process. Health Psychol. 1988, 7, 355–386.
- [5] Weinstein, N. D.; Sandman, P. M.; Blalock, S. J. The Precaution Adoption Process Model. In Health Behavior and Health Education; Glanz, K.; Rimer, B. K.; Viswanath, K., Eds.; Jossey-Bass: San Francisco, 2008; pp. 123–147.
- [6] Seifers, R. Pressekonferenz – Erste-Hilfe-Umfrage von DRK und ADAC (EuroTest) 2013.
- [7] Katastrophalarm: Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen; Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK): Bonn, 2013; p. 35.
- [8] DRK Erste-Hilfe-Online <http://www.drk.de/angebote/erste-hilfe-und-rettung/erste-hilfe-online>.
- [9] Projekt Sicherheit MS GmbH Sicherheit und Brandschutz für ihr Zuhause - Rauchwarnmelder <http://www.schornsteinfeger-rath.de/download/ProjektSicherheit.pdf> (accessed Mar 19, 2015).
- [10] Freiwillige Feuerwehr Samtgemeinde Nenndorf Fettbrände richtig löschen [http://www.feuerwehr-sgennendorf.org/themen/thema.php?id=106&title=Fettbr%C3%A4nde richtig l%C3%B6schen](http://www.feuerwehr-sgennendorf.org/themen/thema.php?id=106&title=Fettbr%C3%A4nde%20richtig%20l%C3%B6schen) (accessed Mar 11, 2015).

ZUSAMMENFASSUNG:

Die Bevölkerung möchte gerne von anerkannten und unabhängigen Quellen informiert und geschult werden. Favorisiert werden zum einen niederschwellige Informationsangebote wie Broschüren und Flyer, die postalisch versandt werden sollten. Zum anderen sind Übungseinheiten erwünscht. Entsprechende Angebote sollten dies berücksichtigen.

Fazit und Ausblick

Es kann festgehalten werden, dass ein basales Wissen zu allen hier erfragten Notfallsituationen, ausgenommen radioaktive Zwischenfälle, in der Bevölkerung vorhanden ist. Dennoch wurde deutlich, dass Wissen zu den erfragten Notfallsituationen

häufig isoliert vorhanden ist. Beispielsweise konnten viele der Befragten angeben, dass brennendes Fett nicht mit Wasser zu löschen ist, aber die konkreten Löschmethoden, beziehungsweise korrekte Handlungsansätze, konnten nur wenige benennen. An anderen Stellen haben sich bereits überholte Empfehlungen verfestigt. Auch Unwissen, gerade im Bereich der radioaktiven Gefahrenstoffe, wurde deutlich.

Die teilweise eklatanten Wissenslücken gehen mit der Herausforderung einher, die Bevölkerung vor dem Hintergrund spezifischer Notfallsituationen zu informieren und praxisnahe Übungseinheiten vorzuhalten. Dabei sollten überholte Empfehlungen gezielt angesprochen werden, einschließlich konkreter Handlungsansätze.

Informationskampagnen sollten von offizieller, staatlicher Seite initiiert und gefördert werden. Idealerweise werden hierbei die Feuerwehren, andere Hilfsorganisationen und Behörden mit Sicherheitsaufgaben als Vermittler von Informationen und Anbieter von Übungseinheiten vor Ort eingesetzt.

Dr. Daniela Knuth ist Diplom Psychologin und arbeitet seit 12/2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Gesundheit und Prävention des Institutes für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Kontakt: daniela.knuth@uni-greifswald.de

Diana Kietzmann ist Diplom Psychologin und arbeitet seit 10/2010 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Gesundheit und Prävention des Institutes für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Kontakt: diana.kietzmann@uni-greifswald.de

Katharina Hegele ist Diplom Psychologin und arbeitete von 1/2015 bis 4/2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Gesundheit und Prävention des Institutes für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

Prof. Dr. Silke Schmidt ist Professorin des Lehrstuhles Gesundheit und Prävention am Institut für Psychologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Darüber hinaus ist sie Leiterin vieler multizentrischer Studien zur psychischen Prävention im Bereich Gesundheit und Bevölkerungsschutz.

Notfallvorsorge und Motivation zur Vorsorge in der Bevölkerung Deutschlands

Ergebnisse einer repräsentativen Telefonbefragung

Daniela Knuth, Diana Kietzmann, Katharina Hegele und Silke Schmidt

Notfälle geschehen meist plötzlich und ohne Vorwarnung. Sie erfordern sofortige Maßnahmen zur Minimierung der möglichen negativen Konsequenzen [1]. Trotz des sehr gut ausgebauten und organisierten Rettungssystems in Deutschland kann professionelle Hilfe niemals so schnell am Ort des Geschehens sein wie Betroffene bzw. Zeugen selbst [2]. Der Zeitraum zwischen Eintreten des Notfalls und dem Eintreffen professioneller Hilfe durch den Rettungsdienst oder die Feuerwehr wird auch als therapiefreies Intervall bzw. Isolationsphase bezeichnet [2]. In dieser Phase ist kompetentes Handeln, auch durch eine richtige Ausrüstung, besonders wichtig, um den weiteren Verlauf positiv zu beeinflussen und unnötige Folgeschäden zu vermeiden bzw. diese zu minimieren. Bei Großschadenslagen, welche gleichzeitig sehr viele Personen betreffen (wie z. B. ein Hochwasser), können die Rettungskräfte nicht sofort an allen Stellen bzw. bei allen Betroffenen vor Ort sein, sodass die getroffene Notfallvorsorge durch die Betroffenen selbst besonders wichtig ist.

Persönliche Notfallvorsorge (PNV, früher „Selbstschutz“) ist ein zunächst inaktives Set von erlernten Fähigkeiten, eingeübten Verhaltensweisen, Kenntnissen und spezieller Ausstattung, welches durch den Einzelnen im Falle eines Notfalles zu dessen Bewältigung eingesetzt werden kann, bis professionelle Helfer vor Ort sein können [3]. Im dritten Gefahrenbericht der Schutzkommission wird eine mögliche Motivationslücke bzw. Selbstschutzlücke in der Bevölkerung thematisiert und darüber hinaus die sinkende Beteiligung der Bevölkerung als ein Strukturproblem interpretiert, welches dringend thematisiert werden müsse [4]. Als möglicher Grund für eine geringe Vorsorge wird auch das große Vertrauen in das Funktionieren des Systems und die Fachlichkeit der Helfenden [5] angegeben, welches auch mit

einer Anspruchshaltung der sog. Vollkasko- oder Blaulichtmentalität einhergehen kann [2], [6], [7]. Darüber hinaus genießt die persönliche Notfallvorsorge keinen hohen Stellenwert in der Bevölkerung und wird nicht als dringlich empfunden [2], [4].

Weite Teile der notwendigen Maßnahmen und Vorkehrungen der PNV sind noch immer auf freiwilliger Basis zu treffen. Mittlerweile besteht jedoch in 13 Bundesländern eine Rauchmelderpflicht, auch wenn die jeweiligen Bestimmungen sowie Übergangszeiten je nach Bundesland variieren können [8]. Laut dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) sind derzeit in etwa 50 % der privaten Haushalte Rauchmelder ange-

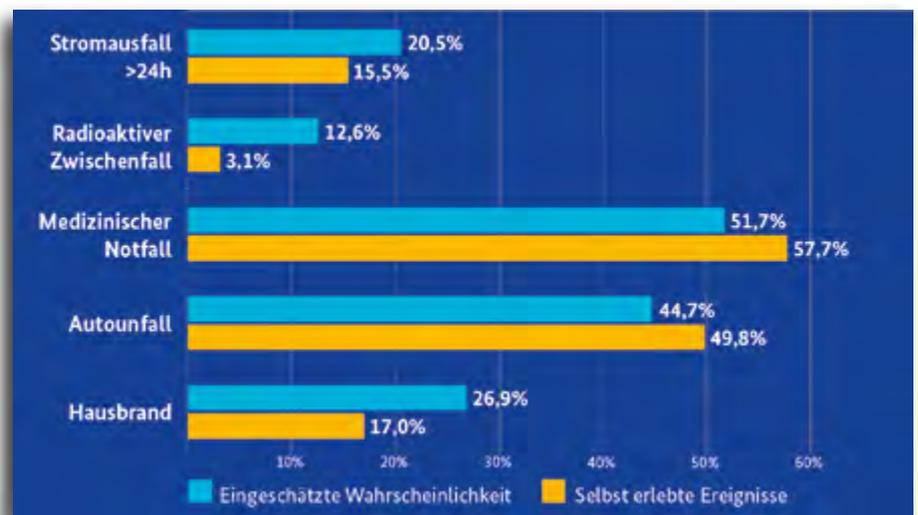


Abb. 1: Notfallerfahrung und Risikoschätzung: Tatsächliches Vorkommen vs. eingeschätzte Wahrscheinlichkeit

bracht. In den vergangenen 15 Jahren stieg der Anteil der Haushalte mit einem Rauchmelder von unter 5 % auf ca. 50 %, während sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Brandtoten von 800 auf ca. 400 im Jahr halbiert hat [8].

Zur Förderung der persönlichen Notfallvorsorge gibt es ebenfalls Ansätze wie beispielsweise die Broschüre „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“, die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz

und Katastrophenhilfe (BBK) auf Anfrage gratis versandt wird und auch online unter <http://www.bbk.bund.de/> jederzeit abgerufen werden kann. Darüber hinaus sind vereinzelte Schulungsangebote vorhanden, u. a. die „Medizinische Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten (MESI)“, konzipiert für die Zielgruppe der 10- bis 16-Jährigen. Deswegen ungeachtet existieren über das Ausmaß der PNV in der Bevölkerung Deutschlands jedoch kaum belastbare Daten. Dies ist insbesondere zur sinnvollen Ressourceneinsetzung durch den staatlichen Bevölkerungsschutz, z. B. bei Großschadenslagen, bedeutsam, da durch eine gute Kenntnis der Ausstattung der Bevölkerung realitätsnah geplant und eine passende Priorisierung der Maßnahmen getroffen werden kann. Beispielsweise kann durch eine umfassende Kenntnis über die flächendeckende Erreichbarkeit und bevorzugt genutzte Kommunikations- und Informationskanäle der Bevölkerung diese im Notfall effektiv mit den notwendigen Informationen versorgt werden.

Ziel der Untersuchung

In einer umfangreichen bundesweiten Repräsentativbefragung wurden insgesamt 2.175 in Deutschland lebende Personen in Bezug auf Ihre Notfallvorsorge befragt. Die Befragung erfolgte im Rahmen des Forschungsprojektes Rettung, Hilfe und Kultur II – Interkulturelle Kompetenz im Bevölkerungsschutz der Universität Greifswald, welches durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gefördert wurde (Förderkennzeichen BBK-III. 1-413-10-00-396). Ziel der Untersuchung war es, einen Überblick über die bereits erfolgten Notfallvorsorgemaßnahmen in der Bevölkerung zu bekommen und gleichzeitig etwas über die Motivation zur Vorsorge zu erfahren. Warum entscheiden sich Personen zur Notfallvorsorge und was könnte Personen, die noch keine Vorsorge getroffen haben, zu eben dieser motivieren?

Notfallererfahrung und Risikowahrnehmung in der Bevölkerung

Die Personen wurden zunächst zu ihren bisherigen Erfahrungen mit verschiedenen Notfällen sowie zu ihrer Wahrscheinlichkeitseinschätzung für zukünftige Notfälle befragt. Hierbei zeigte sich, dass 94,1% der Befragten schon einmal Kontakt mit mindestens einem der aufgeführten Notfälle hatten (d. h. direkt über eigene Erfahrungen oder indirekt über die Erfahrungen durch bekannte Personen). Insgesamt berichteten 82,1% der Befragten über eigene Erfahrungen, bei denen das Erleben eines medizinischen Notfalls (57,7%) oder eines Autounfalls (49,8%)

am häufigsten angegeben wurde (siehe Abb. 1). Mehr als 60% der Befragten gaben an, bereits mehrere der untersuchten Notfälle erlebt zu haben.

Tendenziell schätzen die Befragten die Wahrscheinlichkeit für zukünftige medizinische Notfälle sowie Autounfälle niedriger ein als das tatsächliche Vorkommen in der Befragung. Während 57,7% der Teilnehmer bereits einen medizinischen Notfall selbst erlebten, wurde die zukünftige Wahrscheinlichkeit des Erlebens auf ca. 50% geschätzt. Ähnliches gilt für Verkehrsunfälle. 49,8% der Befragten gaben an, bereits einen Autounfall erlebt zu haben, während die zukünftige Wahrscheinlichkeit auf ca. 45% geschätzt wurde.

Getroffene Vorsorgemaßnahmen

In Anlehnung an die Empfehlungen des BBKs wurden die Motivation und bisherige Notfallvorsorge in Bezug auf die folgenden Maßnahmen erfragt:

- das Vorhandensein einer Taschenlampe (mit zugehörigen Batterien oder Kurbel),
- das Vorhandensein eines Lebensmittel- und Getränkervorrats für zwei Wochen,
- die Anbringung eines Rauchmelders,
- das Vorhandensein eines Feuerlöschers,
- das Vorhandensein einer Löschdecke,
- das Vorhandensein eines Verbandskastens bzw. dessen Inhalts,
- das Vorhandensein eines Radios (mit zugehörigen Batterien oder Kurbel). Darüber hinaus wurde die bisherige Teilnahme an einem

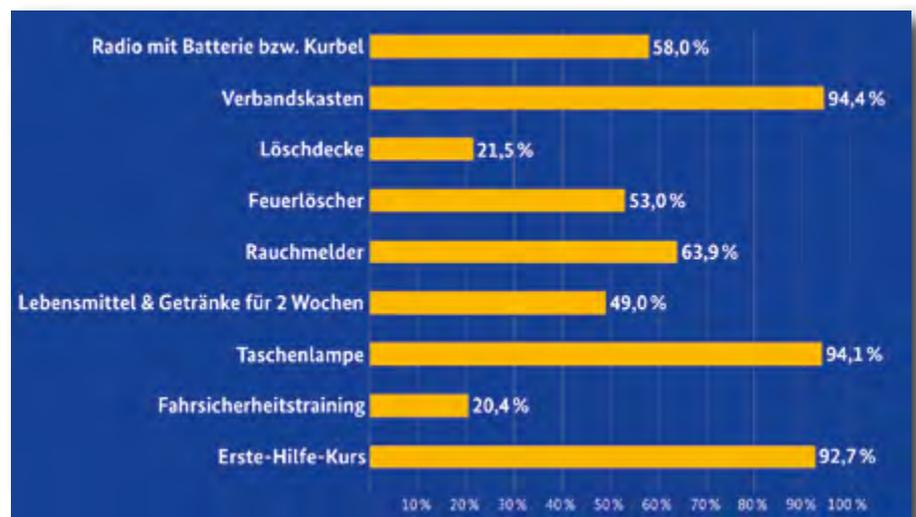


Abb. 2: Getroffene Vorsorgemaßnahmen

- Erste-Hilfe-Kurs sowie die Teilnahme an einem
- Fahrsicherheitstraining erfragt.

Zum Erlangen eines Führerscheins ist die Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs seit dem Jahr 1968 obligatorisch. Daher überrascht es nicht, dass 92,7% der Befragten

Personen bereits einen solchen absolviert haben (siehe Abb. 2). Durchschnittlich sind jedoch fast 14 Jahre seit der letzten Teilnahme vergangen. Auch im Jahre 2012 fand Goersch in seiner Befragung [9] heraus, dass die letzte Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs bereits 14 Jahre zurück liegt. Ein Fahrsicherheitstraining, wie es z.B vom ADAC angeboten wird, absolvierten lediglich 20,4% der Befragten – und das obwohl 59,5% angaben, täglich selbst Auto zu fahren. Das Fahrsicherheitstraining lag im Schnitt über neun Jahre zurück. Während 94,1% der Befragten noch eine Taschenlampe mit Batterien für den Fall eines Stromausfalles besitzen, so war die Anzahl der Haushalte mit Löschdecken mit knapp 20% sehr gering. Durchschnittlich befinden sich nur 20,6 Liter nicht-alkoholische Getränke in den Haushalten. Ein einzelner Erwachsener braucht jedoch mindestens 14 Liter Flüssigkeit in der Woche. Dennoch gaben fast 50% der Befragten an, für alle Bewohner Lebensmittel und Getränke für zwei Wochen im Haus zu haben (siehe Abb. 2). Da die durchschnittliche Haushaltsgröße bei 2,54 Personen lag müssten also mind. 56 Liter für einen 2-Personen- und 84 Liter für einen 3-Personen-Haushalt vorrätig sein.

Ein möglicher Einflussfaktor auf die Häufigkeit von Vorsorgemaßnahmen könnte die jeweilige Wohnsituation der Befragten sein. Hierbei wurde unterschieden, ob eine Person zur Miete oder im Eigentum wohnt. Es zeigte sich über alle Vorsorgemaßnahmen hinweg, dass diese häufiger von Eigentumsbesitzern unternommen wurden als von zur Miete wohnenden Personen. Besonders deutlich zeigte sich dies bei dem Vorhandensein von Feuerlöschern im Haushalt. In 70% aller Eigentumshaushalte war ein Feuerlöscher vorhanden, während dies lediglich in ca. 36% Mieter-Haushalte der Fall war. Auch die Anbringung von Rauchmeldern war häufiger bei Eigentümern (74,3%) abgeschlossen als bei Mietern (53,3%). Nur geringe Unterschiede gab es in Bezug auf das Vorhandensein einer Taschenlampe (Eigentümer=98,2% und Mieter=91,2%) und eines Verbandskastens (Eigentümer=89,2% und Mieter=79,6%).

Bestimmte Zielgruppen sollten spezifisch angesprochen werden, um so die Vorsorgeraten zu erhöhen.

Motivation für getätigte Vorsorge

Personen, die eine bestimmte Vorkehrung bereits getroffen hatten, wurden anschließend zu den Gründen für

die Vorsorgemaßnahmen befragt. Hier zeigte sich, dass das eigene Sicherheitsbedürfnis (z.B. um sichereres Gefühl zu haben bzw. zum Eigenschutz) mit jeweils über 40% der am häufigsten genannte Grund war (siehe Abb. 3).

Lediglich die Anschaffung eines batterie- oder kurbelbetriebenen Radios wurde überwiegend aus Freizeitgründen (z.B. Anschaffung für Ausflüge) getätigt. Trotz der mehrheitlich vorhandenen Rauchmelderpflicht in den Bundes-



Abb. 3: Motivation zur Vorsorge.

ländern wurde diese nicht als Hauptgrund für die Montage eines Rauchmelders angegeben. Auch hier wurde das eigene Sicherheitsbedürfnis als der häufigste Grund genannt.

Informationen zur Vorsorge sollten das eigene Sicherheitsbedürfnis ansprechen.

Motivation für zukünftige Vorsorge

Auch Personen, die keine bestimmten Vorsorgemaßnahmen getroffen haben, wurden gefragt, was sie zur Anschaffung eines Rauchmelders, eines Feuerlöschers, einer Löschdecke etc. motivieren könnte. Hier zeigte sich ein interessantes Muster (siehe Abb. 3). Die Kategorien *nichts*, *eigene Betroffenheit* (z.B. selbst einen Brand/ Stromausfall oder Verletzung erleben) und *Sicherheitsbedürfnis* wurden bei fast allen erfragten Maßnahmen am häufigsten genannt,

wobei in vier von fünf Fällen die Antwort *nichts* von den meisten Befragten genannt wurde.

Die gefundenen Hauptmotivatoren für die zukünftige Notfallvorsorge sind die eigene Betroffenheit sowie das eigene Sicherheitsbedürfnis. Wie könnte eine Informationsmaßnahme beschaffen sein, um Personen auch ohne direkte Erfahrung zu Vorsorgemaßnahmen zu motivieren? Eine eigene Betroffenheit könnte durch eine größere Realitätsnähe von Übungen integriert werden. Durch regel-

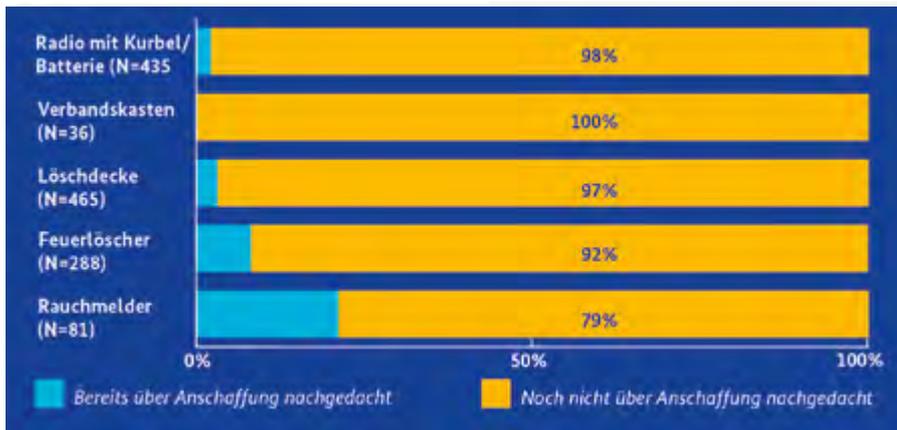


Abb. 4: Personen die „nichts“ zur Anschaffung motivieren kann, unterteilt danach ob darüber nachgedacht wurde, die Anschaffung zu tätigen.

mäßige Schulungen am Arbeits- und Ausbildungsplatz könnte das Wissen über persönliche Notfallvorsorge für viele Personen verfügbar gemacht werden. Auch Schulungsvideos sowie das Nutzen von Simulatoren könnten ein realistischeres Training ermöglichen und die gewünschten Effekte erzeugen. Es sollte jedoch immer der Wert der Maßnahme für die eigene Sicherheit integriert werden, um das Sicherheitsbedürfnis der Personen anzusprechen.

Realitätsnahe Übungs- und Trainingsmaßnahmen könnten die Motivation erhöhen.

Der Grundgedanke einer „Vollkasko-Mentalität“ beinhaltet das Problem der fehlenden Auseinandersetzung von Personen mit möglichen Notsituationen. Personen ohne eine entsprechende Vorsorgemaßnahme wurden aus diesem Grunde zusätzlich zu Ihrer bisherigen gedanklichen Auseinandersetzung mit der Maßnahme befragt. Haben Personen bereits über eine Anschaffung nachgedacht? Hierbei zeigte sich wiederum, dass die Mehrheit der Personen ohne eine entsprechende Vorsorgemaßnahme auch noch nicht über diese nachgedacht hat (Taschenlampe= 66,1%, Lebensmittelvorrat=81,1%, Feuerlöscher=76,2%, Löschdecke=89,2%, Verbandskasten=75,1%, Radio=93,4% und Rauchmelder=33,0%). In Bezug auf den Lebensmittelvorrat bedeutet dies, dass 81% der Personen ohne einen Vorrat noch nicht über die Anlegung eines ebensolchen nachgedacht haben. Dies legt den Schluss nahe, dass Personen, die über eine bestimmte Vorkehrung nachdenken, diese auch häufiger treffen. Welchen Einfluss die gedankliche Auseinandersetzung auf die zukünftige Motivation zur Vorsorge haben

kann, zeigen die Ergebnisse in Abb. 4. Personen, die nach eigenen Angaben „nichts“ zur Anschaffung der jeweiligen Vorsorgemaßnahme bewegen könnte, gaben mehrheitlich an, noch nicht über eine Anschaffung im jeweiligen Bereich nachgedacht gehabt zu haben. So zeigte sich, dass von 465 Personen, die in Bezug auf die Anschaffung einer Löschdecke die Kategorie nichts wählten, nur 3% bereits über Anschaffung nachgedacht hatten. Dies bedeutet, dass das Nachdenken über eine Anschaffung mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit einhergeht, den Kauf kategorisch auszuschließen.

Da professionelle Hilfe meist nicht so schnell vor Ort sein kann wie der Betroffene oder Zeugen selbst, ist es umso wichtiger, dass Personen sich mit möglichen Szenarien auseinandersetzen, sodass zum einen die Wahrscheinlichkeit für Vorsorgemaßnahmen steigt und zum anderen auch die Handlungskompetenz in der Situation selbst gesteigert wird.

Die gedankliche Auseinandersetzung von Personen sollte gefördert werden. Hier könnte es helfen, Personen zu verdeutlichen, was sie selbst durch geeignete Vorbereitung tun bzw. auch verhindern können.

Strategien wie die Zusammenstellung von Handlungsanweisungen und Vorsorgemaßnahmen in der BBK-Broschüre „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“ sind wichtig, um die Bevölkerung mit den nötigen Informationen zu versorgen. Es zeigte sich jedoch, dass lediglich 11,8% der Befragten diese auch kannten. Dass sich Personen durchaus für Notfallvorsorge interessieren, zeigt die hohe Bereitschaft, sich an Folgeuntersuchungen zu diesem Thema zu beteiligen. Insgesamt erklärten sich 69,7% der befragten Personen bereit, noch einmal kontaktiert zu werden. Darüber hinaus spricht auch die sehr niedrige Abbruchquote von 6,3% für die Relevanz des Themas.

Die Informationen müssen die Bürger auch erreichen. Hier ist die Weiterentwicklung von neuen Methoden notwendig.

Der Einfluss von gesetzlichen Vorschriften

Der Rauchmelder stellte in dieser Untersuchung die einzige Vorsorgemaßnahme dar, für die es in ganz Deutschland bereits eine gesetzliche Regelung gibt oder für die eine solche zumindest angedacht ist [8]. Die Analyse der motivationalen Faktoren zeigte, dass sich die Antworten bezüglich der Anschaffung eines Rauchmelders meist von den anderen Vorkehrungen unterscheiden. Die mit einer gesetzlichen Regelung verbundene Präsenz in den Medien könnte ein Grund dafür sein, dass nur wenige Personen ohne Rauchmelder (10,7%) eine zukünftige Anschaffung

komplett ablehnten. Darüber hinaus gaben zwei Drittel der Befragten ohne Rauchmelder an, sich bereits Gedanken zu einer möglichen Anschaffung gemacht zu haben. Für alle anderen Vorkehrungen lag dieser Anteil unter einem Drittel. Eine gesetzliche Regelung könnte Personen dazu anregen sich zumindest mit der Thematik auseinanderzusetzen und somit auch die tatsächliche Zahl derjenigen erhöhen, die dann auch Vorsorge treffen.

Eine gesetzliche Regelung könnte den Anteil der Personen erhöhen, die sich gedanklich mit persönlicher Notfallvorsorge auseinandersetzen und somit auch die Anzahl derer erhöhen, die tatsächlich vorsorgen.

Experten sahen zwar in der Vergangenheit verpflichtende Regelungen kritisch; die Ablehnung in der Bevölkerung war aber nicht annähernd so stark ausgeprägt wie befürchtet [3]. Auch die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass die Akzeptanz von z. B. verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen für alle Personen (nicht nur Autofahrer) sehr hoch ist (53,5%), während nur 6,6% eine solche Regelung für „überhaupt nicht sinnvoll“ halten. Darüber hinaus stößt auch eine mögliche verpflichtende Wiederholung des Erste-Hilfe-Kurses für Autofahrer alle 2 Jahre, da nach dieser Zeit bereits 70% der Kenntnisse und Fähigkeiten eines Erste-Hilfe-Kurses verloren gegangen sind [10], auf eine überwiegende Zustimmung. Insgesamt halten 58,7% der Befragten eine solche Regelung für „sehr sinnvoll“ und nur 4,4% für „überhaupt nicht sinnvoll“. Verpflichtende Regelungen ließen sich auch über andere Wege realisieren. Beispielsweise könnte der Versicherungsschutz einer Hausratsversicherung an den Nachweis bestimmter Vorkehrungen gebunden sein.

Die Akzeptanz von verpflichtenden Erste-Hilfe-Kursen und eine Wiederholung dieser für Autofahrer alle 2 Jahre ist hoch.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Ergebnisse zeigen, dass persönliche Notfallvorsorge durchaus kein Fremdwort für die in Deutschland lebende Bevölkerung ist. Dennoch zeichnen sich hier auch große Lücken und ein erhöhter Aufklärungs- und Förderbedarf ab. Gerade ein spezifisches Vorgehen, um verhältnismäßig schlechter ausgestattete Zielgruppen zu erreichen, kann von Vorteil sein und erheblich zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Verbessert werden kann die Lage am Ende nur durch die Bevölkerung selbst. Sie selbst muss aktiv werden und sich für Vorsorge entscheiden. Der Prozess zur Entscheidungsfindung kann und sollte jedoch von staatlicher bzw. professioneller Seite unterstützt und gefördert werden. Wie in Goersch (2013) bereits umfassend erläutert wurde, ist der Weg zur persönlichen Notfallvorsorge ein komplexer Prozess, in welchem sowohl motivationale als auch professionelle und inhaltliche Hürden überwunden werden müssen [2]. Die dargestellten Ergebnisse geben

Literatur

- [1] UNITED NATIONS DEPARTMENT OF HUMANITARIAN AFFAIRS: Glossary : Internationally agreed glossary of basic terms related to disaster management. Geneva : United Nations, 1992
- [2] GOERSCH, Henning Goetz: Mythen der Notfallvorsorge, Bd. 15. In: LANGE, Hans-Jürgen; ENDREß, Christian; WENDEKAMM, Michaela (Hrsg.): Versicherheitlichung des Bevölkerungsschutzes : Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013 (Studien zur Inneren Sicherheit), S. 49-70
- [3] GOERSCH, Henning Goetz ; WERNER, Ute: Empirische Untersuchung der Realisierbarkeit von Maßnahmen zur Erhöhung der Selbstschutzzfähigkeit der Bevölkerung. Bonn : Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2011 (Forschung im Bevölkerungsschutz 15)
- [4] Dritter Gefahrenbericht der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern : Bericht über mögliche Gefahren für die Bevölkerung bei Grosskatastrophen und im Verteidigungsfall. Bonn : Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, 2006 (Zivilschutzforschung n.F., Bd. 59)
- [5] KREUTZER, Rudolf: Katastrophenschutz auf dem Prüfstand : Analysen, Prognosen und Empfehlungen für Deutschland. München : Allianz Deutschland AG, 2008
- [6] SCHÖTTLER, Horst: Ist unser Bevölkerungsschutzsystem noch zukunftsfähig? : Katastrophenschutz im 21. Jahrhundert: Anspruch, Realität und notwendige Entwicklungslösungen. Bonn, 2000
- [7] EYKMAN, Peter ; HINRICH STRUVE: Aufeinander zugehen und nicht aufeinander losgehen : DFV-Präsident Hinrich Struve zur Organisation des Brand-, Katastrophen- und Zivilschutzes. In: Bevölkerungsschutz (1993), Nr. 2, S. 12-16. URL http://gsb.download.bva.bund.de/BBK/Magazin/BBK_Bevoelkerungsschutz199302.pdf
- [8] GESAMTVERBAND DER DEUTSCHEN VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT E.V.: Bilanz von „Rauchmelder retten Leben“: 15 Jahre „Rauchmelder retten Leben“ – Zahl der Brandtoten hat sich halbiert. 12.02.2015. URL <http://www.gdv.de/2015/02/zahl-der-toten-durch-wohnungsbraende-hat-sich-halbiert/> – Überprüfungsdatum 2015-02-18
- [9] GOERSCH, Henning Goetz: Empirische Untersuchung von Möglichkeiten der Förderung der Persönlichen Notfallvorsorge in Deutschland. KIT, Diss--Karlsruhe, 2010. URL <http://digbib.ukba.uni-karlsruhe.de/volltexte/1000016069>
- [10] SEFRIN, P.: Erste Hilfe Teil der Notfallmedizin (Pressekonferenz – Erste-Hilfe-Umfrage von DRK und ADAC). Berlin, 19.03.2013. URL http://www.drk.de/fileadmin/Presse/Dokumente/Erste_Hilfe_Studie_2013__Rede_Prof_Dr_Sefrin.pdf – Überprüfungsdatum 2015-02-03

Hinweise zur Optimierung der Unterstützung, um so die möglichen Hürden so gering wie möglich zu gestalten.

Miteinander reden

Bericht zu den Pilotseminaren: Social Media, „Spontanhelfer / Ungebundene Helfer und Bevölkerungsschutz in der Lage – Diskussionsworkshop“

Julia Zisgen, Sylvia Steenhoek und Stefan Voßschmidt

Relevanz

Seit das Hochwasser im Juni 2013 und der Pfingststurm Ela ein Jahr später Tausende von Menschen dazu bewegten, über Social Media den Geschädigten spontan Hilfe anzubieten und zu leisten, beobachtet der deutsche Bevölkerungsschutz dieses hierzulande recht neue Phänomen intensiv. Das Thema ist von ständig steigender Relevanz, findet seinen Eingang in Veröffentlichungen, Forschungsprojekten, Medien und Diskussionen. Auch bei dem Blitzregen in Münster konnte man die Kooperation von Hilfwilligen und um Hilfe Bittenden „live“ über Social Media-Plattformen verfolgen.

„Wir müssen mit den Spontanhelfern ins Gespräch kommen“, war daher der direkte Gedanke der AKNZ. In vier Workshops mit je 18 Unterrichtsstunden tauschten sich Fachleute des Bevölkerungsschutzes, Behördenvertreter, Vertreter der Hilfsorganisationen und Spontanhelfer auf der Grundlage von Impulsvorträgen aus. Bewusst werden mehrere Ansätze gewählt, bevor die Veranstaltung in den Lehrgangskatalog aufgenommen wird. Das Projekt soll jährlich durch einen Kongress begleitet werden, der erste

fand am 2. Oktober 2014 statt, ein weiterer folgte vom 6. bis 8. Juli 2015, der dritte soll in 2016 (voraussichtlich Ende März) stattfinden.

Die Teilnehmer vereint eine Frage: „Wie können wir besser zusammenarbeiten?“. Zunächst galt es jedoch, begriffliche Schwierigkeiten zu überwinden: Nein, nicht jeder Deutsche weiß, was der S2 tut! Auch musste zunächst Vertrauen über die Grenzen von unterschiedlichen fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen aufgebaut werden. Mitglieder der Initiative „Essen packt an“ (EPA) und der Ersteller der Hochwasser-Karte Dresden waren die richtigen Gesprächspartner aus der Praxis und fungierten gleichzeitig als Zeugen dafür, dass sich in der Gesellschaft etwas verändert hat und was alles möglich ist. Der Bevölkerungsschutz in Zeiten des demografischen Wandels begegnet besonderen Herausforderungen, setzt aber auch kreative Kräfte frei. Social Media bieten hier ungeahnte Möglichkeiten. Diese neue Welt des Web 2.0 wird aber erst sichtbar, wenn sie von Kundigen aufgeschlossen wird.

Social Media sind internetbasierte Angebote, die auf Interaktion, nutzergenerierten Inhalten und den technischen Möglichkeiten des Web 2.0 basieren. Dazu gehören

Anmerkung 1: Begriffe oder Namen sind Schall und Rauch

Welche Bezeichnung ist richtiger? Spontanhelfer? Ungebundene Helfer? Freiwillige Helfer? Spontanfreiwillige?

Die Frage dürfte schwierig zu beantworten sein. Es handelt sich um freiwillige Spontanhelfer, Helfer die sich über Social Media zusammenfinden. Es könnten vier Gruppen differenziert werden:

- diejenigen die spontan vor Ort helfen, aber Mitglied einer Hilfsorganisation (die z. B. nicht tätig wird) sind („unechte Spontanhelfer“)
- diejenigen die spontan helfen, deren Hilfe aber auf kurze Zeiträume beschränkt ist (14 Tage) („echte Spontanhelfer“)
- diejenigen die spontan helfen und dann weitermachen (EPA)
- diejenigen, die in eine Hilfsorganisation eintreten oder eine gründen.

Viele gute Anregungen kommen vom DRK. Die Verfasserinnen wollen sich noch nicht festlegen, präferieren aber „Spontanhelfer“. Die meisten Tn benutzten den Begriff Spontanhelfer. Am Beispiel „Essen packt an (EPA)“

– EPA besteht noch ein Jahr nach dem Pfingststurm Ela – zeigt sich, dass der Doppelbegriff „Spontanhelfer / Ungebundene Helfer“ etwas für sich hat. Denn: „Ist das noch spontan. Daher plädieren einige für „stand by Ehrenamt“. Allerdings ist der Begriff des „Ehrenamtes“ anders definiert. Das DRK spricht von ungebundenen Helfern. International ist der Begriff der Freiwilligen „Volunteers“ gebräuchlich.

Es gibt auch bezüglich der Begriffe weitere Fragen: Verstehen wir dasselbe unter „organisiert“? Gibt es eine Organisation ohne Hierarchie? Oder sind Spontanhelfer in anderen Strukturen organisiert?

Weiterführende Information finden sich in dem Heft 1/2014 der Zeitschrift i – com. Zeitschrift für interaktive und kooperative Medien 1/14:

Kaufhold / Reiter, Vernetzte Selbsthilfe in SM am Beispiel Hochwasser 2013
Hofmann u. a. Hands2Help – Ein App-basiertes Konzept zur Koordination freiwilliger Helfer

Zisgen u. a. # Hochwasser – Visuelle Aspekte von Social Media im BS

Al-Akkad/Boden Kreative Nutzung der verfügbaren Netzwerkinfrastruktur

Nestler Evaluation der Mensch-Computer Interaktion

und dem Tagungsband „Mensch-Computer-Interaktion und Social Computing in Krisensituationen“,

Zugriffe über

http://www.wiwi.uni-siegen.de/cscw/publikationen/dokumente/2014/2014_kaufholdreuter_vernetzteselbsthilfehochwasser_icom.pdf

http://www.wiwi.uni-siegen.de/cscw/publikationen/dokumente/2014/2014_procmci-in-krise_muc.pdf

Deutsches Rotes Kreuz, Die Rolle von ungebundenen HelferInnen bei der Bewältigung von Schadensereignissen, Teil 1 und 2, 2015, Schriften der Sicherheitsforschung, Bd. 1.

auch die großen Plattformen wie Facebook, Twitter und andere. Hier beteiligen sich die Nutzer aktiv am Geschehen, kommentieren und schreiben Beiträge, manche mehrfach täglich. Sind sie online, sind sie mitten im Geschehen, denn das Web 2.0 bildet die Realität zeitgleich „in time“ ab. Spätestens seit dem verheerenden Erdbeben in Haiti wirken soziale Medien und Freiwillige auf der Basis dieser neuen Technologien erkennbar im Bevölkerungsschutz mit. Das Web 2.0 bedeutet aber mehr als ein zusätzliches, schnelles, überall einsetzbares und weitverbreitetes Kommunikationsmittel. Es ist auch die Chance, die Trennung von Zeit und Raum, von Helfenkönnen und Nichts-tun-Können zu überwinden.

Behandelte Themen / Interessenschwerpunkte / Fragen

Die Schwerpunkte der Workshops bildeten die Elbe-Donauflut (Hochwasser Dresden) und der Pfingststurm in Nordrhein-Westfalen.

In der Diskussion kristallisierten sich einige Fragen und Probleme heraus, die den Teilnehmern besonders wichtig waren:

- Legitimation / Wer ist zu welchen Handlungen legitimiert, wer hat die Einsatzhoheit?
- Ausrüstung / Erkennbarkeit durch Westen / Uniformen / einheitliche T-Shirts
- Sicherheit für die Helfer durch geeignete Kleidung, ggf. Schutzausrüstung
- Empathie und Ausbildung der Anleiter
- Was können die Spontanhelfer tun?
- Wer ist für welche Aufgaben geeignet?
- Welche Aufgaben können die Helfer übernehmen, für die die Einsatzkräfte keine Zeit / keine Ressourcen haben?
- Berufliche und sonstige Qualifikationen der Helfer berücksichtigen
- Gleichberechtigung von Spontanhelfern und Profis, keine Über- oder Unterordnung
- Absprache mit TEL
- Fürsorgepflicht der Behörde
- Versorgung
- Versicherung
- Gefahren im Freien
- Konkurrierende Zuständigkeiten
- Positives Gefühl vermitteln: Hilft den Betroffenen auch in der Bewältigung der Katastrophe.

Auch wurden Vorschläge für Weiterentwicklungen gemacht:

- Stärkung der Selbsthilfefähigkeit / Resilienz durch Social Media und Spontanhelfer

- Bessere Akzeptanz der Spontanhelfer durch die „etablierten“ Kräfte, Willkommenskultur aufbauen
- Einbindung in die Stabsfunktionen
- Bessere Vorbereitung
- Einsatzpläne daraufhin überprüfen, ob Spontanhelfer eingesetzt werden können
- entsprechende Aufrufe vorbereiten
- eigene Nutzung von Social Media vorbereiten
- Vorab Infos voröffentlichen (Details über Einsatz, benötigte Bekleidung, Möglichkeiten der Registrierung)



Teilnehmer des Kongresses im Juli 2015.
(Foto: BBK)

- Multidimensionaler vorgeplanter Einsatz für unterschiedliche Gruppen und Tätigkeiten
- „Basisausstattung“ vorhalten
- Ansprechstellen / -personen vorbereiten / einplanen
- Kommunikations sicherstellung
- Einbindung in Teams, Teamleiter schließen sich in einer „extra Gruppe“ zusammen, um besser und effektiver handeln zu können (jedoch ohne Informationsflut)
- Einfache Zusammenarbeit zwischen Helfern und Stadt bzw. deren Vertretern
- Helfer wollen schnelle Erfolge, wollen auch sehen, worauf sie stolz sein können. Bürokratie läuft dagegen langsam, was nicht jeder versteht
- Kommunikativ ausgebildete Führungskräfte
- Einrichtung von Meldeköpfen für die Bevölkerung
- „Flohmarkt“ Betreuer / „Flohmarkt“ Registrierung, d. h. unorthodoxes, nicht hierarchisches Zusammenfinden von Angebot und Nachfrage
- Rettungssanitäter etc. einbinden
- Hilfe bei Schadensregulierung
- Bürgertelefon
- Schnelle Schadensbeseitigung.

Äußerungen der Teilnehmer

Aus Gründen der Authentizität werden einige Teilnehmer-Äußerungen ohne Wertung zitiert:

- Thema bislang nicht auf dem Schirm

- Großes Interesse am Kennenlernen der Situation des Anderen (Spontanhelfer / Verwaltung / Einsatzkräfte)
- Andere Perspektive wichtig und unbekannt
- Spontanhelfer und Behörden in der technisierten Welt sind ohne Dolmetscher und ohne gemeinsame Sprache
- Gemeinsame Worte ergeben gemeinsamen Nenner, gemeinsame Sprache ist wichtig.
- „Wie schwer ist Kommunikation“.

Kongresse

Der 2. Kongress „Social Media und Bevölkerungsschutz. Beispiel der Spontanhelfer / ungebundenen Helfer – Möglichkeiten, Erfahrungen, Praxis im Dialog [2. Congress Social Media and Civil Protection. Volunteers – opportunities, experiences and exchange (of information)]“ vermittelte viele neue Einsichten und gestattete einen intensiven Austausch zwischen den Profis (Feuerwehr, Hilfsdienste, Dozenten), der Forschung und den Spontanhelfern. Im Vergleich zum ersten Kongress am 2. Oktober 2014 sind deutliche Weiterentwicklungen und Annäherungen zu verzeichnen. Aber es war einhellige Meinung der Anwesenden: Das Thema muss weitergeführt werden. Vielen sind dabei Praxisrelevanz und Zielformulierung wichtig. Besonders diskursiv gestalteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Welt-Cafe. In wechselnden Gruppen wurden folgende Fragen diskutiert:

BevSchutz und Social Media und Spontanhelfer:

- Auch eine Frage der Ausbildung?
- Auch eine Frage der Krisen- / Risiko-Kommunikation?
- Auch eine Frage der Zukunft?

- Auch eine Frage von grenzüberschreitender Zusammenarbeit?
- Auch eine Frage des (Versicherungs-) Rechtes?

Alle Fragen wurden mit „ja“ beantwortet.

Beim Stichwort Spontanhelfer wird sehr oft die Frage nach deren Absicherung / Versicherung / Haftung gestellt. Dahinter steht die Überlegung: Wie würde ein Gericht entscheiden. Hier sind nur Prognosen, auf der Grundlage allgemeiner Prinzipien möglich. Es gibt (unsers Wissens) keine, auf konkreten aktuellen Fällen basierende, ständige Rechtsprechung.

Fakten in Deutschland sind:

Es sind keine (gemeldeten) Unfälle von Spontanhelfern z. B. aus den 2014er Ereignissen (Ela, Münster) bekannt und analysiert. Ebenso sind keine Ansprüche an Unfallkassen bekannt.

Es ist keine Inanspruchnahme von Spontanhelfern wegen ihres Handelns bekannt.

In welchem Rahmen bewegt sich nun die Diskussion:

Im Regelfall werden bei Krankheit / Verletzung Arztkosten von den Krankenkassen übernommen (Lohnfortzahlung bis 6 Wochen arbeitgeberseitig). Bei einem Unfall besteht möglicherweise ein weitergehender ggf. vorrangiger zweiter Anspruch gegen eine Unfallkasse.

Leistungen der Unfallkasse sind weitergehend, als die der Krankenkasse:

Es ist nicht nur die medizinische Standardtherapie umfasst. Für den Betroffenen dessen Arztkosten übernom-

Anmerkung 2: Versicherungsleistungen

Dazu einige Worte. Die Grundsätze finden sich in bundesgesetzlichen Regeln, die den Helfer absichern sollen. Weiterungen sind landesspezifisch. Nachweispflichten obliegen dem Geschädigten, er muss z. B. einen Unfall glaubhaft machen, z. B. durch Hinweis auf seine Registrierung als Helfer.

Unfallversicherungsleistungen SGB VII – Personenschaden

§ 1 Prävention, Rehabilitation, Entschädigung (SGB VII)

Aufgabe der Unfallversicherung ist es, nach Maßgabe der Vorschriften dieses Buches

1. mit allen geeigneten Mitteln Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sowie arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten,
2. nach Eintritt von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen und sie oder ihre Hinterbliebenen durch Geldleistungen zu entschädigen.

§ 2 Versicherung kraft Gesetzes

(1) Kraft Gesetzes sind versichert

.....

12. Personen, die in Unternehmen zur Hilfe bei Unglücksfällen oder im Zivilschutz unentgeltlich, insbesondere ehrenamtlich

tätig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen dieser Unternehmen teilnehmen

13. Personen, die
 - a) bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not Hilfe leisten oder einen anderen aus erheblicher gegenwärtiger Gefahr für seine Gesundheit retten

Nach Ansicht der Unfallkasse Rheinland-Pfalz gehören freiwillige Helfer / innen, welche nicht innerhalb einer Rettungs- oder Hilfeleistungsorganisation tätig werden, grundsätzlich zum Kreis der versicherten Personen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 13 Buchstabe a Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII). Danach sind Personen kraft Gesetzes versichert, die bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not Hilfe leisten oder einen anderen aus erheblicher gegenwärtiger Gefahr für seine Gesundheit retten. Zuständig ist für diese Personen der entsprechende örtlich zuständige gesetzliche Unfallversicherungsträger im Landesbereich bzw. kommunalen Bereich

§ 13 Sachschäden bei Hilfeleistungen

Den nach § 2 Abs. 1 Nr. 11 Buchstabe a, Nr. 12 und Nr. 13 Buchstabe a und c Versicherten sind auf Antrag Schäden, die infolge einer der dort genannten Tätigkeiten an in ihrem Besitz befindlichen Sachen entstanden sind, sowie die Aufwendungen zu ersetzen, die sie den Umständen nach für erforderlich halten durften, soweit kein anderweitiger öffentlich-rechtlicher Ersatzanspruch besteht. Versicherten nach § 2 Abs. 1 Nr. 12 steht ein Ersatz von Sachschäden nur dann zu, wenn der Einsatz der infolge der versicherten Tätigkeit beschädigten Sache im Interesse des Hilfsunternehmens erfolgte, für das die Tätigkeit erbracht wurde. Die Sätze 1 und 2 finden keine Anwendung bei Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 12 sowie bei Versicherungsfällen nach § 8 Abs. 2. § 116 des Zehnten Buches gilt entsprechend.

men werden sind die weiteren Verfahrensschritte nicht erkennbar und damit subjektiv nicht relevant. Ggf. leistet auch bei einem Unfall die Krankenkasse (d. h. sie bezahlt die Arztrechnung), ggf. erfolgt eine Verrechnung Krankenkasse / Unfallkasse.

Wann beginnt / wann endet nun der Unfallversicherungsschutz?

Auch dazu gibt es keine ständige Rechtsprechung, keine Urteile: Eine Parallelwertung zu Arbeitsunfällen und erster Hilfe ist möglich.

Die Allgemeinen Regeln werden nicht außer Kraft gesetzt: Anspruchsbegründende Tatsachen müssen glaubhaft gemacht werden, nach dem Grundsatz „Wer etwas will, muss beweisen / glaubhaft machen, dass es ihm zusteht.“ (Vgl. insgesamt: Rechtsanalyse Projekt Kat-Leuchttürme).

Diesbezüglich ist eine Information der Spontanhelfer notwendig.

Bei rechtswidriger Verletzung von Rechten Dritter kann eine Haftung der Gefahrenabwehrbehörde bestehen. Im Einsatzfall ist eine Haftung auch für Tun der Spontanhelfer möglich, wenn diese zurechenbar sind.

Eine unmittelbare Haftung der Einsatzleitung / der Einsatzkräfte sehen die Gesetze nicht vor.

Ein Rückgriff der Behörde (Regress) ist möglich nach allg. Regeln, bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.

Fazit

Bei Social Media, Bevölkerungsschutz und Spontanhelfern handelt sich um kein Randthema, sondern um ein zentrales Thema der Zukunft

Sind Social Media und Bevölkerungsschutz (noch) zwei Welten, die aufeinander prallen(?). Sie und das Recht bildeten den Rahmen des Kongresses. Hier verschränkte sich die Fragestellung mit dem (nicht neuen?) Phänomen der Spontanhelfer

Der bewusste Pilotcharakter der Veranstaltungen bringt es mit sich, dass im Anschluss eine kritische Evaluation stattfinden sollte, was bereits gut gelaufen ist, was aber noch verbessert werden sollte.

Allgemein lässt sich sagen, dass die ersten Veranstaltungen dieser Art gut gelaufen sind. Die Teilnehmer waren bunt gemischt und sehr motiviert, wodurch ein lebhafter und engagierter Austausch zustande kam. Vor allem war dadurch gewährleistet, dass sich hier einmal alle Gruppen trafen, die auch im Einsatz miteinander zu tun haben werden. Ohne den Zeitdruck einer Lage konnten Verständnisschwierigkeiten, Probleme und unterschiedliche Erwartungen diskutiert werden, was von den Teilnehmern ebenfalls als sehr positiv bewertet wurde. Auf diese Weise war es möglich, auch die „andere Seite“ zu hören und zu verstehen.

Auch positiv beurteilt wurde, dass verschiedene Aspekte des Themas beleuchtet wurden und auch Einsatzerfahrungen diskutiert werden konnte: Was hat funktioniert und was eben nicht, was können wir daraus lernen, was optimieren?

Die Vorträge waren als Mittelweg zwischen Theorie und Praxiserfahrungen konzipiert; eine Mischung, die bei den Teilnehmern gut ankam.

Vermisst wurde dagegen von manchem die Vermittlung von tiefergehenden rechtlichen Kenntnissen, insbesondere zu den allgemeinen Rechtsgrundlagen sowie zu Versicherungsfragen. Auch kamen die Themen virtuelle Hilfeleistung und Crowdsourcing etwas zu kurz.

Mitzunehmen ist auf jeden Fall, dass diese Art von Veranstaltungen stark nachgefragt ist. Das Thema sollte unbedingt weiterverfolgt werden. Es bietet noch mehr Potenzial als gedacht. Nahezu jeder aus dem Bevölkerungsschutz und auch bereits von Katastrophen betroffene Bürger haben zahlreiche Fragen, wie eine solche Lage unter Einbeziehung von sozialen Medien zu bewältigen ist. Es müssen Plattformen geschaffen werden, auf denen sich alle austauschen können. Der Erfahrung nach sollte dabei viel Zeit und Möglichkeit für Diskussionen eingeplant werden – die mehrtägigen Seminare an der AKNZ bieten hierfür gute Rahmenbedingungen, da die im Kurs angeschnittenen Themen noch abends in kleinerer Runde diskutiert werden können. Aber auch während des Seminartages kann diese Möglichkeit durch (moderierte) Diskussionen und Gruppenarbeiten geschaffen werden.

Der Einbezug von Externen, also solchen Teilnehmern, die zwar keine berufliche oder ehrenamtliche Erfahrung im Bevölkerungsschutz vorweisen können, dafür aber praktische Erfahrung im Einsatz gesammelt haben, kann aus unserer Sicht als sehr positiv und gewinnbringend bewertet werden. Auf beiden Seiten stieg das gegenseitige Verständnis.

Diese Ergebnisse des ersten haben sich in den weiteren Pilotseminaren bestätigt, so dass die Seminarreihe in den Katalog aufgenommen werden konnte. Besonders freuen wir uns auf die neuen Ergebnisse des EU Projektes INSIGHT, die die zuständige Referentin Sylvia Steenhoek vorstellt. Denn dieses Projekt, in gewissem Sinne eine Fortentwicklung des erfolgreichen Analyseprojektes VASA, welches vorführt wie z. B. mittels Scatterblogs Twitter Daten optisch dargestellt und für die „in time“ Auswertung nutzbar gemacht werden können, zeigt, wie derartige aktuelle Lagebilder sogar aus heterogenen Massedaten erzeugt und durch tools so vorgefiltert werden können, dass sie dem menschlichen Entscheider „in time“ nutzbar aufbereitet vorliegen. Der Kongress wird hier weitere spannende Einsichten bringen; Diskussionsgrundlage bilden diese vielbeachteten und erfolgreichen Forschungsprojekte des BBK.

Die Soziologin Julia Zigen war zuletzt als Projektreferentin im Fachbereich IV.2 des BBK für das Forschungsprojekt „Visual Analytics for Security Applications“ (VASA) verantwortlich.

Sylvia Steenhoek ist Projektreferentin im Forschungsprojekt INSIGHT (Intelligent Synthesis and Real-time Response using Massive Streaming of Heterogenous Data).

Der Jurist Stefan Voßschmidt ist im Fachbereich IV.1 als Seminarleiter und Dozent (Rechtsfragen / Notfallvorsorge / Soziale Medien) tätig.

Ein deutsches VOST?

Ein deutsches **V**irtual **O**perations **S**upport **T**eam – Potenziale für einen modernen Bevölkerungsschutz

Stefan Martini, Ramian Fathi, Stefan Voßschmidt, Julia Zisgen und Sylvia Steenhoek

VOST – Was ist das?

Das **V**irtual **O**peration **S**upport **T**eam (VOST) ist ein Unterstützungsteam aus qualifizierten Freiwilligen, welches dem Bevölkerungsschutz die Potenziale der Informationstechnologie, z. B. der Social Media, erschließen kann.

Im Web 2.0 findet eine bisher nicht gekannte Vernetzung von Interaktionen und Wissen statt, wobei jeder Nutzer selbst Informationen weitergeben und Inhalte erstellen kann. Für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) stellt sich hieraus die Anforderung,



Ein wesentlicher Teil der Arbeit eines VOST umfasst die Unterstützung im Umgang mit digitalen Informationen. (Grafik: Margot Kessler / pixelio.de)

Teil dieses produzierenden und konsumierenden Netzwerkes zu werden und wichtige Informationen für sich zu nutzen. Ein VOST ersetzt dabei nicht die vorhandenen Strukturen, sondern bietet Unterstützung an, wo diese hilfreich erscheint. International hat sich dieses Modell bereits an vielen Stellen als erfolgreich erwiesen. Ein deutsches VOST befindet sich derzeit in Gründung.

Welche Aufgaben kann ein VOST übernehmen?

Bei folgenden Aufgaben kann ein VOST eingesetzt werden:

Unterstützung bei der Lageerkundung und beim Social Media Monitoring

Ein wesentlicher Teil der Arbeit eines VOST umfasst die Unterstützung im Umgang mit digitalen Informationen. Diese Informationen können z. B. Bilder, Videos und Textbeiträge von Augenzeugen auf Plattformen wie YouTube,

Facebook oder Twitter sowie aus web-basierten, ad-hoc erstellten Formularen und Umfragen sein. Gerade die Bereiche Informationsaggregation und -verifikation bringen hier einen hohen Mehrwert. Die gesammelten Informationen können aufbereitet und so nutzbar gemacht werden. Eine solche Informationsbearbeitung erfolgt z. B. mittels Crowdsourcing. Neben der Identifikation von relevanten Informationen können diese dank einer entsprechenden Schulung der VOST-Mitglieder auch auf ihre Validität überprüft werden.

Ein Lagebild sagt mehr als viele Worte

Gerade in komplexen (Flächen-) Lagen mit veränderter oder zerstörter Infrastruktur ist die grafische Darstellung der notwendigen Informationen wichtig für ein gemeinsames Lagebild. Häufig handelt es sich dabei um relevante Informationen mit räumlichem Bezug, also z. B. der Lage des Schadensgebietes.

Ein VOST hilft mit der Erstellung oder Detaillierung digitaler Karten

aus aktuellen Satellitenbildern oder Drohnenaufnahmen. Hierbei können z. B. veränderte Straßenverläufe nach Erdbeben oder Überflutungen dargestellt werden. Abgerundet wird dieser Bereich durch die Darstellung der Ergebnisse aus einem Social Media Monitoring. Gerade für Einsätze in Bereichen mit geringer Kommunikationsinfrastruktur besteht die Möglichkeit, digitale Karten auszudrucken, in den

Einsatz mitzunehmen, dort zu bearbeiten und anschließend wieder zu digitalisieren.

Die Kraft der Vielen: Crowdsourcing

Gerade in Krisensituationen sind Helfer eine limitierte Ressource. Durch die Möglichkeiten des Crowdsourcings können ausgewählte Aufgaben und Fragen entweder an die gesamte Bevölkerung oder nur an ausgewählte Gruppen, wie das Digital Humanitarian Network, also Digital Volunteers (online Hilfeleistende) weitergegeben werden. Dies schont die Helfer vor Ort. Es besteht eine große Bandbreite an Problemstellungen, welche mittels Crowdsourcing gelöst werden können. Auch hier kann ein VOST Möglichkeiten aufzeigen und eine technische Umsetzung sicherstellen.

Beispiele für erfolgreiche Umsetzung sind z. B. die Übersetzung von Informationen und Hilfeanfragen (Erdbeben, Haiti 2010), Erstellung einer Liste von Gesundheitseinrichtungen (Ebola, Liberia 2015) oder auch das Sortieren von Bildern (Flut, Balkan 2014).

Die Zusammenarbeit verbessern

Gerade Kollaborationsplattformen, z. B. zum Informationsaustausch oder zur gegenseitigen Koordination und Kooperation, bieten die Möglichkeit, die eigene Arbeitsweise zu optimieren. Hierzu kann ein VOST technische Möglichkeiten aufzeigen und umsetzen. Ein Beispiel kann die Bereitstellung und der Betrieb einer Plattform zur Kooperation mit Spontanfreiwilligen sein.

Auch wenn dies zunächst als Paradox angesehen werden kann, sind die Bereiche Presse- und Medienarbeit sowie Risiko- und Krisenkommunikation ausgenommen. Die Rolle eines VOST besteht in diesen Bereichen lediglich in einer Unterstützung durch die technische Bereitstellung und Bedienung von Kommunikationskanälen. Warnungen, Hinweise und Informationen können für soziale Netzwerke aufbereitet und verbreitet werden, jedoch müssen diese durch die reguläre Organisation erstellt werden.

Wie soll das Ganze aussehen? Wie Ist der Aufbau?

Ein VOST besteht aus ausgebildeten Personen, die mithilfe von modernen Kommunikationstechnologien und dem Einsatz von Social Media Informationen und Daten so aufbereiten, dass die BOS diese gewinnbringend im Einsatzfall einsetzen kann. Die Personen, die sich am VOST beteiligen möchten, sind ausschließlich vertrauenswürdige Personen, die vorher bestimmte Voraussetzungen erfüllt haben müssen. Neben einer Mindestausbildung als Trupp-

mann kann eine berufliche Tätigkeit im Bevölkerungsschutz als Voraussetzung anerkannt werden. Darüber hinaus werden die Mitglieder in den verwendeten Tools so trainiert, dass diese im Einsatzfall einwandfrei einzusetzen sind. Dieses E-Learning-Konzept soll sicherstellen, dass das VOST jederzeit qualitativ hochwertige Ergebnisse liefern kann. Außerdem wird jedes Mitglied für die Themen Datenschutz und Geheimhaltung sensibilisiert. Die Teamleiter genießen eine spezielle Ausbildung, die der komplexen Aufgabe als Bindeglied zwischen Stab und VOST gerecht wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind organisatorische und hierarchische Regelungen notwendig. Das Team arbeitet einem Stab beziehungsweise der Einsatzleitung zu. Wenn



Die Freiwilligen müssen nicht zwingend vor Ort sein, sondern können im Prinzip von überall arbeiten, wo es einen Internetanschluss gibt.
(Foto: CC0 Public Domain / pixabay.com)

die Bedarfe kommuniziert wurden, kann das VOST die Arbeit aufnehmen und anschließend die Ergebnisse übergeben. Vorher muss jedoch die Einsatzleitung beziehungsweise eine Verbindungsperson das VOST kontaktieren, damit die Alarmierung rechtzeitig erfolgen kann.

Im Sinne eines umfassenden Vertrauensmanagements wurde ein Konzept erstellt, das die Struktur des deutschen VOST darstellt.

Deployment Leader

Der Deployment Leader, auf deutsch „Operationsleiter“, ist die zentrale Führungskraft eines VOST. Er koordiniert das Team und verteilt entsprechend den Bedarfen die Aufgaben an die Teammitglieder. Außerdem ist er, aufgrund seiner Führungsausbildung, in der Lage, den Kontakt zum Verbinder aufrecht zu halten. Der Deployment Leader kennt die technischen Plattformen, welche potenziell zum Einsatz kommen können, und ist dazu in der Lage, diese zu etablieren und administrieren. Dazu zählt auch der Kontakt zu deutschen Stäben, die Fähigkeiten des VOSTs in Anspruch nehmen wollen.

Verbinder

Der Verbinder ist die Verbindungsperson zwischen dem Virtual Operation Support Team und dem Stab und sollte auf beiden Seiten ein hohes Vertrauen genießen. Darüber hinaus kennt der Verbinder die Möglichkeiten des eigenen Teams und kann das Tätigkeitsfeld und die Optionen detailliert darstellen. Er schlägt dem Stab die Möglichkeiten der Unterstützung vor und ist Ansprechpartner für Fragen. Außerdem wird durch den Verbinder der Kontakt zwischen Deployment Leader und der anfordernden Stelle sichergestellt.



Ein VOST besteht aus ausgebildeten Personen, die mithilfe von modernen Kommunikationstechnologien und dem Einsatz von Social Media Informationen und Daten aufbereiten.
(Grafik: CC0 Public Domain / pixabay.com)

Team-Member

Die Team-Member stellen die „Mannschaft“ des VOST und führen die gestellten Aufgaben aus. Hierfür sind diverse Ausbildungen notwendig, um dem Anspruch der anfordernden Stelle gerecht zu werden. Die Team-Member sind im Umgang mit den gängigen Tools sicher und können sich schnell in neue Technologien hineindenken und einarbeiten. Dafür ist die Einhaltung von Datenschutzrichtlinien und die Geheimhaltung ein zentraler Punkt. Die Aufgaben der Team Member werden durch den Deployment Leader zugeteilt. Für die Ausführung ist nicht zwingend eine räumliche Nähe notwendig, da sich die Mannschaft mit Hilfe von neuen Technologien jederzeit austauschen kann. Der Deployment Leader gibt dabei die Kommunikationskanäle vor.

Rechtliche Bewertung

Das VOST ist im Einsatzfall einer Einsatzorganisation zugeordnet (z. B. einer unteren Katastrophenschutzbehörde). Kommuniziert wird grundsätzlich direkt mit dem Deployment Leader. Soweit es sich um einen Einsatz handelt, gilt für Fragen der Gefahrenabwehr grds. das Landesrecht des betroffenen Bundeslandes auch für ein dort tätiges (nationales oder internationales) VOST. Zudem sind die allgemeinen Regeln einschlägig (Haftung, Schadenersatz, unerlaubte Handlung, persönliche strafrechtliche Verant-

wortlichkeit jeder Person, Daten- und Persönlichkeitschutz etc.).

Bei der Nutzung von Social Media sind zudem europarechtliche und internationale Rechtsbestimmungen zu beachten. Häufig wird auch das „Internet law“ einschlägig sein (vgl. David R. Johnson, David G. Post, Law and Borders - The Rise of Law in Cyberspace, Stanford Law Review, 1996, 1367). Nur anhand von detaillierten Einzelfall Schilderungen sind spezifische Aussagen möglich. Gerade diese neue Methode der Einsatzunterstützung könnte dazu geeignet sein, eine internationale Rechtsangleichung in die Wege zu leiten.

Fazit: Warum ein deutsches VOST?

Wer sich mit Vertretern von Hilfsorganisationen oder BOS über das Thema Social Media unterhält, bekommt sehr oft die Rückmeldung, dass zwar großes Interesse da sei, es jedoch an personellen und finanziellen Ressourcen mangle. (vgl. Breuer et.al., 2014) Unklarheit besteht vor allem in der Frage, welche Stabsfunktion diese – doch recht umfangreiche und anspruchsvolle – Aufgabe übernehmen solle und welche Qualifikationen dafür notwendig sind. Insbesondere sind dies spezifische Fachkenntnisse über Plattformen, Möglichkeiten und vor allem der jeweils dort vorherrschenden Sprache und Themen.

Die Vorteile eines VOST sind, dass man auf einen Pool von Freiwilligen zugreifen kann, die sowohl Kenntnisse im Bevölkerungsschutz als auch in Social Media haben. Auch vertrauenswürdige Experten, z. B. aus dem Bereich IT, können herangezogen werden. Diese Freiwilligen müssen nicht zwingend vor Ort sein, sondern können im Prinzip von überall arbeiten, wo es einen Internetanschluss gibt. Dadurch wird das VOST sehr flexibel und schnell einsetzbar. Durch Verbindungspersonen im Stab vor Ort ist gleichzeitig ein reibungsloser Austausch gewährleistet.

Stefan Martini: Sicherheitsingenieur, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bergischen Universität Wuppertal, Fachgebiet Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Kontakt: martini@uni-wuppertal.de

Julia Zisgen: Studium der Soziologie, Politikwissenschaften und des Öffentlichen Rechts an der Universität Freiburg. Zuletzt Projektreferentin beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Präsidentin DGSMTech e.V., Kontakt: julia@dgsmttech.de

Ramian Fathi: Sicherheitsingenieur, Wissenschaftliche Hilfskraft an der Bergischen Universität Wuppertal, Fachgebiet Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Masterstudium der Sicherheitstechnik mit der Vertiefung Brand- und Bevölkerungsschutz

Der Verein DGSMTech e.V. unterstützt die Gründung eines Vost Teams. Die Verfasser sind bzw. waren in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr tätig und sind Mitglieder des Vereinsvorstands.

Warum ist Prävention so wichtig?

Better safe than sorry! – Vorbereitet auf den Ernstfall.

Chiara Mönter

Ähnlich wie im privaten Bereich gilt auch auf Bundes- und Länderebene, dass vorbereitet sein schnelleres und effektiveres Handeln im Ernstfall ermöglicht.

Am 26. Dezember 2004 um 00:58 Uhr UTC gab es ein großes unterseeisches Megathrust-Erdbeben mit einer Magnitude von 9,1 im Indischen Ozean, das auch Sumatra-Andamanen-Beben genannt wird. Es war das drittstärkste jemals aufgezeichnete Beben und löste eine Reihe von verheerenden Tsunamis an den Küsten des Indischen Ozeans aus. Insgesamt starben durch das Beben und seine Folgen etwa 230.000 Menschen.

Ein besseres Vorwissen und Information der Menschen über Tsunamis hätte natürlich nicht alle Betroffenen retten, aber die Anzahl der Toten sicherlich deutlich verringern können. Einige Menschen liefen zum Beispiel zum Wasser, das immer weiter zurückging. Sie waren sich keiner Gefahr bewusst und wollten gucken, was da passiert. Mit besserem Wissen über Tsunamis wären sie sicherlich weg- statt hingelaufen. Das Beispiel zeigt, dass solche verheerenden Katastrophen einen dann besonders treffen wenn man am wenigsten damit rechnet.

In einigen Fällen, wie z. B. bei einer wetterbedingten Naturkatastrophe oder einem Vulkanausbruch, kann es Zeit für eine Warnung geben, aber dies ist nicht immer möglich. Alle Katastrophen haben das Potenzial, Störung und Beschädigung an Eigentum zu verursachen und auch Menschenleben zu kosten. Es ist äußerst wichtig, dass die Bevölkerung selbst vorbereitet ist und weiß, was sie zu tun hat.

Informieren der Bevölkerung

Prävention beginnt also bei der Bevölkerung. Wenn keiner weiß, wie er sich im Ernstfall verhalten soll, können auch die besten Rettungseinsätze nicht alle retten! Durch Medien wie Flyer und Broschüren wird deshalb versucht, allen Bevölkerungsgruppen eine Hilfestellung für das Verhalten in einer Katastrophe zu bieten. Ein wichtiger Nebeneffekt dieser Informationsquellen ist, dass man überhaupt erstmal begreift, WAS alles passieren kann. Denn erst wenn

man sich im Klaren darüber ist, dass so ein Ereignis eintreffen könnte, kann man sich Gedanken darüber machen, wie man mit einer Ausnahmesituation umgeht. Dies gilt übrigens nicht nur für ganz normale Bürger, sondern auch für Behörden und Einsatzkräfte.

Des Weiteren wird durch die Information der Bevölkerung über mögliche Gefahren auch die allgemeine Grund-



Die Tsunamis im Indischen Ozean kosteten im Dezember 2004 zahlreiche Menschenleben und hinterließen beträchtliche Schäden.

stimmung gehoben. Die Menschen erhalten die Sicherheit, zu wissen wie sie sich selbst helfen können.

Durch aktive Prävention kann auch das Vertrauen zwischen Staat und Bevölkerung gestärkt werden. Denn wenn die Menschen, wenn auch nur indirekt, mitbekommen, dass der Staat sie informiert und ihnen zu zeigen versucht, was sie im Falle einer Katastrophe tun können, haben sie, wenn eine Katastrophe wirklich eintritt, Vertrauen in den Staat und würden dann auch eher die Anweisungen befolgen, die ihnen erteilt werden.

Aufgaben des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

In und für Deutschland existiert ein leistungsfähiges nationales Hilfeleistungssystem, in dem Prävention eine große Rolle spielt. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist hierin ein zentraler Part-

ner. Eine Aufgabe des BBK besteht darin, Fachleute zu trainieren. Dies geschieht zum größten Teil an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ). Handeln in Extremsituationen soll von Fachleuten geübt werden. Dies gibt einen Eindruck der potenziellen Folgen und zeigt, wie die Bevölkerung sich im Ernstfall verhält. Dies ist äußerst wichtig, da ein geschulter Mensch in einer Extremsituation effektiver reagieren kann als einer ohne viel Vorwissen. Des Weiteren finden auch die sogenannten Lükex Übungen statt (Länderübergreifende Krisenmanagement Exercise). Bei dieser besonderen Katastrophenschutzübung (vorbereitet durch das BBK) liegt ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der Kommunikation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.

Eine weitere Tätigkeit des BBK ist es zu überlegen, welche Vorfälle durch geschicktes Planen verhindert werden können bzw. was nach bestimmten Ereignissen noch besser gemacht werden könnte. Dies ist vor allem im Bereich Kritische Infrastrukturen (KRITIS) und in der Risikoanalyse Bevölkerungsschutz von Bedeutung. Es ist wichtig, richtig einzuschätzen, wie nach einer Katastrophe alles weiter läuft, schon alleine um in Erfahrung zu bringen, ob die Bevölkerung sicher ist.

Der Schutz vor Katastrophen in Deutschland fällt in den Aufgabenbereich der einzelnen Länder und Gemeinden.

Der Bund stellt z. B. ergänzende Ausstattung zur Verfügung. Dieses System nennt man Subsidiaritätsprinzip. Wichtig ist hierbei, dass mögliche Katastrophen erkannt und Vorsorgemaßnahmen getroffen werden.

Abgesehen von dem sehr großen und auch sehr wichtigen Aspekt der informierten Bevölkerung und den trainierten und geschulten Fachleuten gibt es auch andere Gründe warum Prävention ganz eindeutig befürwortet wird. Prävention ist in den meisten Fällen sehr viel billiger als eine ad hoc organisierte Katastrophenhilfe, oder, ganz allgemein formuliert, Vorsorge ist billiger als Nachsorge.

Kritische Infrastrukturen bzw. Organisationen haben auch ein großes Interesse an Präventionen, da es ihr primäres Interesse ist, dass ihr Geschäft weiter läuft. Sollte aufgrund einer Katastrophe alles „lahmliegen“, können sie keine Gewinne erzielen. So hat z. B. eine Energiegesellschaft immer Ersatzressourcen, z. B. einen Trafo, auf Lager, um sie im Falle einer Katastrophe einzusetzen. Damit ist die Stromversorgung weiterhin gewährleistet, die der Bevölkerung dient und auch der Energiegesellschaft.

Wichtig ist aber auch, dass man aus früheren Ereignissen/Katastrophen lernen und sich somit besser vorbereiten kann. Dies hängt auch sehr vom internationalen Austausch ab. Durch den Austausch mit anderen Ländern erfährt man, welche anderen Katastrophen sich noch ereignen können und welche Vorbereitungsmaßnahmen man auf jeden Fall treffen sollte. Dieser Austausch an Know-how hilft Ländern dabei, ihr Vorbereitungswissen immer weiter anzupassen und zu überarbeiten.

Beispiel Neuseeland

In anderen Ländern, wie z. B. Neuseeland, ist die Prävention natürlich genau so wichtig wie in Deutschland. Durch seine geografische Lage und Umwelt steht Neuseeland vielen möglichen Katastrophen gegenüber, vor allem die Naturgewalten stellen immer eine Bedrohung dar. Neuseeland arbeitet viel im Bereich Prävention, vor allem was das Informieren der Bevölkerung angeht. Es gibt zum Beispiel eine Kampagne, mit dem leicht zu merkenden Titel „Get Ready, Get Thru“ der die Bevölkerung anleitet, sich mit einfachen aber wirkungsvollen Maßnahmen auf eine Krisensituation vorzubereiten. Die nationale „Get Ready Get Thru“ Kampagne, die im Fernsehen, Radio und Online zu finden ist, konzentriert sich darauf, Bewusstsein für die Gefahren, die in Neuseeland vorkommen, zu wecken und die Bevölkerung darauf vorzubereiten, mit Katastrophen fertig zu werden. Die Kampagne beschäftigt sich mit Themen, die mit Menschen in Neuseeland zu tun haben und gibt der Bevölkerung die Gewissheit, dass sie alles getan haben, was sie tun konnten, um vorbereitet zu sein und sich zuverlässig um ihre Familie zu kümmern.

Für den Fall eines Erdbebens soll die Bevölkerung den Kommandos „drop – cover – hold“ folgen. Diese und ähnliche Kampagnen werden überall gezeigt: Im Fernsehen,



im Radio, in sozialen Medien und so weiter. Des Weiteren werden Flyer und Broschüren an die Bevölkerung verteilt. In Neuseeland legt man außerdem viel Wert darauf, die Bevölkerung schon in einem jungen Alter zu unterrichten. So werden in Schulen Vorträge zum Katastrophenschutz gehalten, die die Kinder mit Spaß informieren sollen.

Prävention bei der EU/UN

Auch der EU ist die Prävention von Risiken sehr wichtig, vor allem für die Kommunen oder Städte, die sich in Bereichen befinden, die häufiger mit Katastrophen zu kämpfen haben (gefährdete Regionen). Wenn diese Städte gut vorbereitet sind, wird das die Anzahl der Toten und die Auswirkungen der Schäden minimieren. Dafür gibt es Programme die unter dem Namen „Disaster Risk Reduction“, oder kurz DRR, laufen. Diese Programme sind kostengünstig und sparen, auf lange Sicht betrachtet, Unterstützungsgelder. Im Durchschnitt gilt, dass jeder ausgegebene Euro im Bereich Prävention zwischen vier und sieben Euro spart, die sonst anfallen würden, um im Notfall einzugreifen.

Prävention ist ebenso ein bedeutendes Thema für die UN. In einem Interview erklärt die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Katastrophenvorsorge, Margareta Wahlström, warum die Prävention von Risiken, vor allem in Städten wichtig ist. Margareta Wahlström führt Thailand als Beispiel an, wo Überschwemmungen die Industriestädte im Norden des Landes verwüstet haben und wo daraufhin ca. 700.000 Menschen arbeitslos wurden. Die Folgen davon waren, dass der Industrieproduktions-Index von Thailand um 35,8% im Oktober gesunken ist. Wahlström berichtet, dass sie mit eigenen Augen die Verwüstung in Bangkok als Folge der Hochwasser gesehen hat. Die Folgen von Überschwemmung sind z. B., dass Menschen in ihren Häusern gefangen sind, Boote benötigt werden und dass kein direkter Zugang zu Trinkwasser oder sauberen Toiletten besteht und manchmal sogar die Stromzufuhr eingeschränkt ist. Ein normaler Alltag ist daher sehr beschwerlich und die Menschen müssen, umgeben von Abfall und schmutzigem Wasser, versuchen, ihren Lebensalltag zu bestreiten.

Wahlström erklärt weiterhin, dass diese Situation besonders schlecht für ältere Menschen und Kinder ist. Diese sind am stärksten gefährdet, weil sie Krankheiten am stärksten ausgesetzt sind. Im Katastrophenfall werden Schulen geschlossen oder als Zufluchtsorte benutzt. Es ist schwieriger für Menschen, Gesundheitseinrichtungen zu erreichen, die eventuell beschädigt oder zerstört worden sind. Straßen und andere Kritische Infrastrukturen können auch stark betroffen sein. All die Dinge, die wir in einer normalen, gut funktionierenden städtischen Umwelt für selbstverständlich halten, existieren im Ernstfall nicht mehr.

Aus diesem Grunde sind die Stadtplanung sowie die Pflege und Wartung der öffentlichen Infrastrukturen von zentraler Bedeutung. Es muss für einen Aufbau von Städten und Gemeinden gesorgt werden, die robust und widerstandsfähig sind. Da im 21. Jahrhundert die Urbanisierung immer schneller voran geht, müssen wir, so Wahlström, intelligenter planen, um mit diesem rapiden Wachstum der Städte mithalten zu können. Urbane Risikominderung bietet Chancen für Kapitalinvestitionen durch Infrastrukturverbesserungen, Gebäudenachrüstungen für Energieeffizienz und Sicherheit, Stadtsanierung und Erneuerung, sauberer Energien und Slumsanierung. Die lokalen Regierungen spielen eine sehr große Rolle in Bezug auf die Reaktion auf Krisen und Notfälle, da sie für das Wohl und die Bedürfnisse ihrer Bürger sorgen müssen.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass durch einen rasanten Anstieg der Weltbevölkerung, das vermehrte Auftreten von Megastädten, Umweltverschmutzung, Klimawandel und Armut, mehr und mehr Men-

schen mit den Auswirkungen von Katastrophen konfrontiert werden.

Vorbereitungen auf Gefahren, wie zum Beispiel extreme Wetterbedingungen, vulkanische Aktivität und Überschwemmungen können dazu beitragen, dass die Auswirkungen von solchen Katastrophen auf das Leben, den Lebensunterhalt und Gemeinschaften gemindert werden.

Fazit

Besseres Know-how, Erfahrung und Warnmechanismen, wie Frühwarnsysteme und andere Katastrophenvorsorgesysteme, können Leben retten und beschleunigen die Wiederherstellung der Gemeinschaften. Prävention beginnt vor allem mit Bildung. In Deutschland, wie in anderen Län-



Kritische Infrastrukturen, wie beispielsweise Verkehr, können schon durch kleinere Schadensereignisse stark in Mitleidenschaft gezogen werden.
(Fotos: CC0 Public Domain / pixabay.com)

dern auch, wird viel Wert darauf gelegt, die Bevölkerung zu informieren und Fachleute zu schulen. Menschen, die Bescheid wissen, sind in der Lage zu handeln. Nur durch Wissen kann man einen Plan entwickeln und auch nur dann kann man das nötige Material besorgen, welches man im Ernstfall benötigen würde. Aber auch die Selbsthilfe der Menschen ist ein Grundpfeiler des Katastrophenschutzes, da der Bund, das Land oder die (Hilfs)Organisationen nicht jedem Einzelnen sofort helfen können. Es ist daher wichtig, dass die Menschen eine Grundidee haben, was im Falle einer Katastrophe zu tun ist.

Chiara Mönter ist Schülerin der Klasse Q 1 (11) am Rhein-Sieg-Gymnasium in Sankt Augustin und hat gerade ein Schülerpraktikum beim BBK absolviert.



Im Schatten der großen Sieben

Fazit: Der ASB im G7-Einsatz

Annette Hoffmann hat schon vieles erlebt. So war die Helferin des ASB Jura im Sommer 2013 in Deggendorf im Einsatz, als die Jahrhundertflut die Stadt fest im Griff hatte. Damals rettete Annette Hoffmann Menschen aus deren Häusern – und ahnte noch nicht, wo genau sie sich zwei Jahre später befinden würde: nämlich gerade mal 300 Meter von den Mächtigen dieser Welt entfernt. Direkt vor den Toren von Schloss Elmau, dort wo Barack Obama, Angela Merkel & Co. sich mit den globalen Themen dieser Zeit beschäftigten.

Dass die Samariter aus Mittelfranken unmittelbar im höchsten Sicherheitsbereich stationiert wurden, wusste vorher niemand von ihnen. Direkt neben dem eigens errichteten Hubschrauberlandeplatz, auf dem die Gipfelteilnehmer landeten, betrieb der ASB eine Feldküche. Täglich wurden

2.000 Portionen zubereitet, um die Einsatzkräfte der Polizei im Sicherheitsbereich zu verköstigen. Es gab Pichelsteiner Eintopf, Nudeln mit Spinat, Reispfanne oder Milchreis. „Wir mussten um 4.15 Uhr aufstehen und Richtung Schloss fahren, damit wir um sechs Uhr unsere Arbeit aufnehmen konnten“, sagt Annette Hoffmann. „Die vielen Sicherheitskontrollen waren schon sehr zeitraubend. An jedem unserer Einsatztage waren wir bis zu 18 Stunden beschäftigt.“

Über 1500 Helfer im Einsatz

Annette Hoffmann war eine von insgesamt über 1.500 Helfern der bayerischen Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Bayerisches Rotes Kreuz (BRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Malteser Hilfsdienst (MHD),



Schnappschuss mit Gipfel. Viele Helfer und viel Equipment: die großen Hilfsorganisationen sicherten vor malerischer Kulisse das Treffen der Staats- und Regierungschefs. (Foto: ASB)



Gemeinsamer Einsatz beim Gipfeltreffen: Helfer des ASB Bad Windsheim.
(Foto: ASB Bad Windsheim)

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Technisches Hilfswerk (THW) und Medizinisches Katastrophen-Hilfswerk (MHW).

Das Wetter machte den Einsatz für die Helfer sehr anstrengend: „Den Hitzetagen folgten die Gewitterstürme. Das war schon eine besondere Herausforderung“, so Leonhard Stärk, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen. Die Einsatzkräfte leisteten rund 360 Mal Hilfe – in der Regel ging es dabei um kleinere Verletzungen oder Kreislaufprobleme. Aus dem Umfeld des Gipfels wurden zudem 44 Menschen zur weiteren Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. „Die für eine so große Veranstaltung relativ geringen Einsatzzahlen haben wir zu einem gewissen Teil auch den Gipfelgegnern zu verdanken, die von Gewaltaktionen weitgehend abgesehen und einen friedlichen Protest gezeigt haben, aber natürlich auch dem besonnenen Handeln der Polizeikräfte“, so Leonhard Stärk.

Erfahrungsaustausch statt Einsatz

Nico Nestler vom ASB Schweinfurt hatte vorher nicht mit einem ruhigen Einsatz gerechnet: „Ich hatte eine komplette andere Vorstellung davon, wie es ablaufen würde“, sagt er. Gemeinsam mit den ASB-Kollegen aus Coburg waren

die Unterfranken in Krün stationiert. „Vor dem Gipfel-Einsatz hatten wir an einem Deeskalationstraining in Bamberg teilgenommen“, so Nestler. Dort sei ihnen vom Einsatz 2008 in Heiligendamm berichtet worden, dem damaligen Gipfelort. „Wir wurden darauf eingestellt, dass wir voraussichtlich während der kompletten Dienstzeit den Rettungsdienst tatkräftig unterstützen müssen – letztlich blieb es aber bei der Bereitschaft; zu einem Einsatz ist es zum Glück nicht gekommen.“

Trotz zwischenzeitlicher Probleme bei der Verpflegung zieht der Schweinfurter Helfer, ebenso wie viele seiner Kolleginnen und Kollegen, ein positives Fazit: „Es war eine Zeit, in der Freundschaften geschlossen wurden. Unabhängig von der Organisationszugehörigkeit konnten wir Erfahrungen austauschen – und sind zu einer Einheit geworden.“ Seine persönlichen Höhepunkte waren der kurze Besuch der Bundeskanzlerin bei den Rettungskräften sowie das Vorbeifahren der imposanten Fahrzeugkolonne von Barack Obama.

Auch in München bestens vorbereitet

Doch nicht nur in und um Elmau, sondern auch im knapp 100 Kilometer entfernten München hatte sich der ASB ge-

wappnet. Da nämlich viele Regierungsvertreter in Hotels der Landeshauptstadt untergekommen waren und man deshalb auch in München mit Protesten und Ausschreitungen rechnen musste, wurden die Einheiten des ASB massiv aufgestockt – so etwa die sogenannten Schnelleinsatzgruppen (SEG). Zu den üblicherweise schon bereitstehenden zwei Transport- und einer Betreuungs-SEG wurde eine weitere SEG Transport, eine zweite SEG Behandlung und eine SEG Technik und Sicherheit (T&S) in Alarmbereitschaft gesetzt. Hinzu kamen Quad und Motorradstaffel. Auch der reguläre Rettungsdienst wurde verstärkt.

Da es auch in München – glücklicherweise – weitgehend ruhig geblieben ist, gab es für die Einsatzkräfte kaum etwas zu tun. „Aber dies konnte natürlich niemand voraus ahnen“, sagt Markus Bölsterl, Leiter des Katastrophenschutzes beim ASB München. Bereits im Sommer des Vorjahres hatte er mit der Planung des G7-Einsatzes begonnen. „Positiv bleibt festzuhalten, dass erstmals die Kontingente aus allen sieben bayerischen Regierungsbezirken zum Einsatz gekommen sind. Bislang gab es einen solchen Einsatz nur auf dem Papier; nun wissen wir, dass das Zusammenspiel organisationsübergreifend sehr gut funktioniert.“ Auch die Abstimmung mit dem Innenministerium im Vorfeld und während des Einsatzes habe vorbildlich geklappt.

Freunde aus Hochwassereinsatz

Zum Ende des G7-Gipfels zogen die Hilfsorganisationen eine positive Bilanz. „Unsere Planungen sind aufgegangen. Wir waren auf alle Situationen vorbereitet und konnten das Gipfeltreffen in allen Facetten und mit allen Begleitveranstaltungen sanitäts- und rettungsdienstlich absichern“, so der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Leonhard Stärk.

„Wir würden es wieder machen“, sagt auch Erich Matthis vom ASB Bad Windsheim. Genau wie die Kollegen des ASB Jura waren auch die Windsheimer dafür zuständig, rund um das Tagungsschloss die Einsatzkräfte der Polizei zu verpflegen. Und genauso wie Annette Hoffmann war auch Erich Matthis bereits im Sommer 2013 entlang der Donau im Einsatz. „Hier in Elmau haben wir viele alte Freunde aus dem Hochwassereinsatz wiedergetroffen. Das war natürlich eine große Freude.“ Und mit den Wirtsleuten, bei denen die Samariter untergebracht waren, haben sie sich so gut verstanden, dass sie in Urlaubszeiten wohl noch einmal wiederkommen.

Moritz Wohlrab, ASB München



Keine Führung ohne Kommunikation

Kommunikation kann nach Katastrophen überlebenswichtig sein. Deshalb rief das THW 1986 die Fachgruppe Führung/Kommunikation (FGr FK) ins Leben. Im Zeitalter von Mobilfunk und Internet ist die Bedeutung der Kommunikation in den letzten zwei Jahrzehnten weiter gewachsen. Denn heute gilt es nicht mehr nur altbewährte Feldfernsprecher und Analogfunk einzusetzen. Weiterentwicklungen wie der Digitalfunk bieten neue Wege der Kommunikation und erfordern Fachwissen von den ehrenamtlichen THW-Kräften.

Die Fachgruppe Führung/Kommunikation dient der Führung mehrerer THW-, sowie ihrer unterstellten Einheiten. Dazu richtet sie eine THW-Führungsstelle ein und betreibt diese. Außerdem unterstützt sie Einsatzleitungen mit Ausrüstung und Fachwissen. Bei der Arbeit der Fachgruppe geht

es jedoch nicht allein um die Kommunikation zwischen der Führungsstelle und den unterstellten Kräften, sondern auch um die Kommunikation mit anderen Führungsstellen. In der Führungsarbeit besetzt die FGr FK die gesamte THW-Führungsstelle mit eigenem Personal. Dabei kann sie durch externe Kräfte ergänzt oder ersetzt werden. Auch die Organisation von Bereitstellungsräumen oder die Durchführung von Lotsenaufgaben gehören zum Einsatzspektrum der FGr FK. Im Auslandseinsatz gilt es zudem, die Kommunikation zwischen dem Einsatzland und Deutschland sicherzustellen.

Eine der Aufgaben der Fachgruppe Führung/Kommunikation ist die Herstellung von Kommunikationsverbindungen. Anders als in den Fachgruppen Räumen, Brückenbau oder Wasserschaden/Pumpen wird dazu weniger schweres Gerät benötigt.



Seit Mai 2006 gibt es fünf Mastkraftwagen, die in den Ortsverbänden Hamburg-Harburg, Lehrte, Gelnhausen, Potsdam und Balingen stationiert sind. (Foto: THW)

Die FGf FK gliedert sich neben dem Führungspersonal in drei Trupps: den Führungstrupp, den Führungs- und Kommunikationstrupp und den Fernmeldetrupp. Des Weiteren gibt es bundesweit verteilt noch fünf Weitverkehrstrupps, die mit einem speziellen Mast-Kraftwagen über einen 40 Meter hohen Teleskopmasten verfügen, mit dem die Einsatzkräfte auch über weite Strecken kommunizieren können.

Den Aufbau einer solchen Richtfunkstrecke über eine Distanz von 46 Kilometern trainierten im März Ehrenamtliche des THW aus Balingen (Baden-Württemberg) und Gelnhausen (Hessen). Ziel der Ausbildung war es, zwischen Gernsheim und Königstein in Hessen eine Richtfunkstrecke zwischen zwei festen Punkten herzustellen, sodass Telefonge-

sprache geführt werden konnten. Diese Aufgabe übernahmen die Weitverkehrstrupps der THW-Ortsverbände Balingen und Gelnhausen.

Dazu installierten die THW-Kräfte aus Balingen am Teleskopmast des Mastkraftwagens (MastKW) zwei Richtfunklinks und zwei Analog-Rundstrahler. Parallel baute auch der Weitverkehrstrupp Gelnhausen in Königstein im Taunus seinen Mastkraftwagen auf. Nachdem beide Systeme per Richtfunk verbunden waren, konnten die Helferinnen und Helfer miteinander telefonieren. Im Ernstfall können solche Systeme beispielsweise für die Kommunikation zwischen Rettungskräften, Führungsstellen und Anfordernern genutzt werden.



Einsatzübung 2015

DLRG Landesverband Westfalen in Werne

10. Mai, 12:29 Uhr, Verfügbarkeitsabfrage – 10. Mai, 19:24 Uhr, Voralarm – 13. Mai, 17:05 Uhr, Alarm.

Mit diesen Mitteilungen über Groupalarm für die Teileinheiten der westfälischen Wasserrettungszüge (WRZ) 2, 3, 8, 9 und 10 begann die diesjährige Einsatzübung des DLRG Landesverbandes Westfalen.

Das Eintreffen in den zugewiesenen fünf Sammelräumen am 14. Mai bis 08:30 Uhr und der Marschbefehl zum Bereitstellungsraum am Anne-Frank-Gymnasium in Werne/Lippe als Zeichen des Übungsbeginns lösten die Spannung bei

Erstmals mit dabei waren sogenannte Zugtruppbegleiter. Deren Aufgabe bestand als erfahrene Zugführer hauptsächlich darin, als Coach für die jüngeren Führungskräfte zu fungieren.

Zum ersten Mal mit dabei waren auch zwei Logistiktrupps. Insgesamt elf dieser Logistiktrupps werden zur Unterstützung der WRZ derzeit in den Gliederungen vor Ort aufgebaut.

Fünf Szenarien hatten die fünf WRZ in zweieinhalb Übungstagen abzuarbeiten. Darunter waren zum Beispiel Erkundungsaufträge, Fahr- und Manövrierübungen mit Booten und Fahrzeugen sowie unterschiedliche Tauchereinsätze.



Das Szenario „Evakuierung ländlicher Gebiete“ war für die meisten Einsatzkräfte neu.

allen Einsatzkräften, die diesem Zeitpunkt entgegengefiebert hatten.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren angespannt, weil sie zum ersten Mal an einer so großen Einsatzübung teilnahmen. So erging es auch dem ein oder anderen Führungstrupp, der an diesem langen Wochenende seine Bewährungsprobe zu bestehen hatte.

Ein Highlight war sicherlich das Üben verschiedener Arten der Deichsicherung an Europas höchstem Flussdeich an der Lippe im Hammer Stadtteil Herringen. Aufgrund sogenannter Bergsenkungen (Gebiete, in denen durch den Steinkohlenabbau „unter Tage“ im Laufe der Zeit das „Deckgebirge“ nachgibt und es zu großflächigen Absenkungen der Landschaft kommt) fließt hier die Lippe deutlich oberhalb des umliegenden Landniveaus und ist durch einen 17 Meter hohen Deich gesichert.

Dieser gigantisch wirkende Deich bot landseitig ideale Voraussetzungen zum Erkennen des Deichprofils und entsprechender praktischer Schulungen zur Deichsicherung.

Dort wurde der richtige Umgang mit Sandsäcken geprobt. Dabei errichteten die Einsatzkräfte neben einer Deicherhöhung auch Quellkaden.

Nicht weit entfernt sahen sich die Wasserrettungszüge mit einem MANV-Szenario in einer Insellage zwischen Lippe



Patiententransport bei der Einsatzübung 2015 in Werne.
(Fotos: DLRG)

und Datteln-Hamm-Kanal konfrontiert. Die Schadensstelle war nicht mit Kraftfahrzeugen befahrbar, die Slipstelle für die Boote beim Yachtclub Hamm und der vorgegebene Ort der Patientensammelstelle am Ausbildungszentrum der DLRG Ortsgruppe Hamm-Nordwest lagen außerhalb des Schadensgebiets, was das Können der Zugführungen besonders forderte.

Das Szenario „Evakuierung ländlicher Gebiete“ war für die meisten Einsatzkräfte neu. Die Übungen trafen auf einer Wiese in Nähe des Datteln-Hamm-Kanals auf eine Herde von 20 Schafen, die mit Booten aus dem gedachten Überflutungsbereich verbracht werden sollten.

Alle Einsatzkräfte hatten durch einen Schäfer eine theoretische Schulung im Umgang mit Schafen erhalten, bevor sie ihr frisch erworbenes Wissen praktisch vor Ort in die Praxis umsetzen konnten. Was anfangs etwas schüchtern und unbeholfen wirkte, mauserte sich – ebenfalls unter Anleitung von Schäfern – nach einigen Ansätzen zu einem gekonnten Umgang mit den Haustieren. Vorsichtiges Treiben, Halten, Tragen, Einpferchen und letztendlich das Verfrachten in Gitterboxen waren die Hauptlehrinhalte dieser Übung.

Der Transport mit einem Boot auf dem Kanal war – je nach Bootstyp – eine weitere Herausforderung. Zwei Tierärzte des Kreisveterinäramtes waren durchgängig vor Ort und überwachten die tiergerechte Durchführung des Szenari-

os. Die beteiligten Helfer wissen jetzt im Ernstfall, wie eine solche Tierevakuierung durchzuführen ist. Den Führungskräften ist klar, welcher Personal- und Materialansatz dabei erforderlich ist.

Die hohe Zahl an Besuchern zeigte speziell bei dieser Übung das große Interesse von Politik und Verwaltung. Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister, Mitarbeiter der Feuerwehren, aber auch Mitarbeiter der Bezirksregierungen aus Arnsberg, Detmold und Münster sowie aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales NRW waren Beobachter der Szenarien.

Durch die anwesende Bundestagsabgeordnete Sylvia Jörrißen wurden zum Übungsabschluss zudem mehr als 100 Fluthelfer, die bei der Elbeflut 2013 im Salzlandkreis und in Magdeburg im Einsatz waren, mit der Einsatzmedaille Fluthilfe der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Folke Hellmig DLRG LV Westfalen



DFV sieht Löschfahrzeuge des Bundes in Gefahr

Zur Frühjahrstagung der Innenministerkonferenz (IMK) forderte der Spitzenverband der Feuerwehren die Rücknahme von Kürzungen beim Zivilschutz und Transparenz bei der Haushaltsplanung. „Der Bund gibt seit Jahren etwa neun Millionen Euro weniger, als er mit den Ländern vereinbart hat. Offenbar fehlt es hier nicht an Geld, sondern am politischen Willen“, sagte Hans-Peter Kröger, Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV).

DFV-Präsident Kröger forderte die Innenminister und -senatoren der Länder auf, sich bei der IMK in Mainz für eine Aufstockung der Haushaltsmittel im Zivilschutz einzusetzen. „Der Zivilschutz wird überwiegend ehrenamtlich geleistet, er lebt vom guten Willen der dort engagierten Feu-

erwehrfrauen und -männer. Diese Menschen verdienen ein Zeichen des guten Willens aus der Politik, denn sie gehen für diese Gesellschaft sprichwörtlich durchs Feuer“, so Kröger.

Feuerwehr-Präsident Kröger: Zivilschutz wird kaputtgespart

Nach Informationen des DFV ging es beim sogenannten Kammingespräch der Konferenz um die Verwendung zusätzlicher Gelder im Innenressort. Mit den Feuerwehren konkurrieren darum aber auch die Bereitschaftspolizeien der Länder. Eine Staatssekretärsrunde hatte zuvor dem Vernehmen nach zusätzliche Gelder verteilen sollen, aber kei-



Gruppenbild bei der Tagung der IMK, Ausschuss Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung der ständigen Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder (AFKzV)

ne Einigung erzielt. „Wir lassen uns nicht hinter verschlossenen Türen gegen die Polizei ausspielen“, betonte der Feuerwehr-Präsident. „Bund und Länder schulden den Ehrenamtlichen zumindest ein transparentes Entscheidungsverfahren und ein offenes Abstimmungsverhalten.“

Gemäß Bund-Länder-Absprache soll der Bund den Zivilschutz mit jährlich 57 Millionen Euro fördern, hat in den vergangenen Jahren aber nur jeweils rund 48 Millionen Euro veranschlagt. In diesem Jahr gibt es eine einmalige Erhöhung von fünf Millionen Euro. Der Feuerwehrverband pocht auf eine verlässliche Finanzierung, damit die 1.400 Feuerwehr-Fahrzeuge des Bundes konzeptgemäß ersetzt und damit auf den Stand der Technik gebracht werden können.

„Angesichts der aktuellen Spannungen an Europas Ostgrenzen kann der Zivilschutz nicht noch mehr kaputtgespart werden“, erläuterte DFV-Präsident Kröger.

Der Bund stellt mit seinen Löschfahrzeugen und Schlauchwagen ein Gesamtkonzept zur Verfügung, das nicht nur im Spannungsfall sinnvoll und notwendig ist.

Rund 20.000 Ehrenamtliche stehen mit diesen Fahrzeugen auch bei länderübergreifenden Hochwasserkatastrophen wie 2013, für den Schutz Kritischer Infrastrukturen sowie im Falle von Terroranschlägen zur Verfügung.

Sönke Jacobs

Interschutz: „Feuerwehrcult mit grandiosem Erfolg“

„Die Interschutz ist eine grandiose Erfolgsgeschichte. Diese Messe ist keine Verkaufsausstellung im wirklichen Sinne, sondern Feuerwehrcult!“ DFV-Präsident Hans-Peter Kröger war begeistert von der Resonanz, die der Deutsche Feuerwehrverband auf der Weltleitmesse Interschutz in Hannover erfahren hat. Ob auf dem großen Gemeinschaftsstand oder bei den wegweisenden Verbandsveranstaltungen – überall herrschte Begeisterung. Mit mehr als 157.000 Besuchern in sechs Tagen stellte der Branchentreff für Brand- und Katastrophenschutz, Rettung und Sicherheit einen neuen Rekord auf.

„Von der Messe geht eine große Kraft für das Ehrenamt aus – von Kinderfeuerwehren über Jugendfeuerwehren bis hin zu den Altersabteilungen. Diese wird uns mit großem Elan in die kommenden Jahre führen“, erklärte Kröger zum Abschluss der sechstägigen Messe. Der DFV-Gemeinschaftsstand in Halle 27 war ein Anziehungspunkt für Feuerwehrangehörige aus ganz Deutschland und dem Ausland. Engagiertes Standpersonal, interessante Themeninseln, kompetente Ansprechpartner: „Unser Auftritt war rundum ein Erfolg“, resümierte der Verbandschef.



Überall herrschte Begeisterung, auch bei den Kleinsten.

Europa und Ehrenamt: Veranstaltungen geben Impulse für die Zukunft

Impulse für die Zukunft gab der Verband mit seinen Veranstaltungen im Rahmen der Messe: Bei der Feuerwehrkonferenz Europa sprach sich eine international besetzte Runde aus Führungskräften der nationalen Feuerwehrverbände sowie der politischen Leitungsebene dafür aus, die Interessen der Feuerwehren den europäischen Gremien gegenüber künftig stärker zu vertreten. Die Teilnehmer aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich und Ungarn betonten die Grundsätze der Solidarität, der Subsidiarität und der Prävention.

Landesinnenminister Reinhold Gall (Baden-Württemberg), selbst aktiver Feuerwehrmann, betonte beim Ehrenamtskongress „Einsatzort Zukunft“ die Tradition des Ehrenamtes bei der Übernahme öffentlicher Aufgaben. „Das Ehrenamt kann man nicht mit Geld attraktiv machen, sondern nur mit guten Rahmenbedingungen!“, appellierte er. Die Präsidenten der Hilfsorganisationen, des Technischen Hilfswerkes und von Bundesbehörden diskutierten zudem über Herausforderungen und Lösungen im Ehrenamt. „Der demografische Wandel wird uns nichts anhaben, wenn wir alle an der gleichen Seite am selben Strang ziehen“, erklärte DFV-Präsident Hans-Peter Kröger.

Bereits jetzt ist klar: Das nächste Treffen der „Feuerwehrfamilie“ zur Interschutz in fünf Jahren hält noch ein besonderes Highlight parat. Parallel zur Weltleitmesse findet



Gruppenbild mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Ole Schröder (Mitte).
(Fotos: Friedrich Kulke)

dann vom 15. bis 20. Juni 2020 in Hannover auch der 29. Deutsche Feuerwehrtag statt.

Silvia Darmstädter



Nepal: Medizinische Versorgung im Erdbebengebiet

Seit dem 13.06.2015 ist das DRK zusammen mit dem Französischen und dem Finnischen Roten Kreuz im Distrikt Dolakha tätig. Geleitet vom deutschen Arzt und DRK-Delegierten Johannes Schad betreibt es zusammen mit sei-

nen Partnern in Singati eine Basisgesundheitsstation und in Jiri einen OP-Saal mit angeschlossenen Labor und Röntgeneinrichtung, da das dortige Distrikthospital nahezu vollständig zerstört wurde. In der Anfangsphase



Erfolgreiche Geburt.

wurde das DRK noch durch sogenannte Mobile Kliniken des Finnischen Roten Kreuzes unterstützt. Seit dem 13.06.2015 wurden bereits rund 700 Patienten in der Basisgesundheitsstation versorgt.



Tut nicht mehr weh.

Medizinische Versorgung für bis zu 30.000 Menschen

Am 25.4. und 12.5.2015 brachten zwei starke Erdbeben in Nepal Leid und Zerstörung. Die Basis-Gesundheitsstation des Roten Kreuzes wurde Anfang Juni 2015 per Flugzeug

nach Nepal gebracht. Die Station wird zunächst in Singati aufgebaut. Der Ort befindet sich in der besonders vom Erdbeben betroffenen Region Dolakha, 80 km nordöstlich von Kathmandu gelegen. In der bergigen und schwer zugänglichen Region sind viele Häuser komplett zerstört oder unbewohnbar.

Seit dem 13.06.2015 wurden bereits rund 700 Patienten in der Basisgesundheitsstation versorgt. Insgesamt können mehr als 30.000 Menschen notwendige Operationen erhalten und medizinisch grundversorgt werden.

Auch das Distriktkrankenhaus der Stadt Jiri wurde stark beschädigt, die Gesundheitsversorgung war praktisch zusammengebrochen. Seit Juli unterstützen die medizinischen Helfer des Roten Kreuzes auch dieses Krankenhaus und betreiben dort ein Labor und einen Operationsaal. Durch diese Aufteilung auf zwei Standorte wird die Zahl der Menschen, die medizinisch versorgt werden können, deutlich erhöht.



Schlange stehen für die Aufnahme und Behandlung.

Die Basis-Gesundheitsstation ermöglicht eine Versorgung von bis zu 30.000 Menschen nach den Standards der Weltgesundheitsorganisation. Ergänzt durch zusätzliche Kapazitäten für kleinere medizinische Operationen und Kaiserschnitte wird sie in der Bergregion eine einfache medizinische Grundversorgung möglich machen und das schwer getroffene nepalesische Gesundheitssystem ergänzen. Insgesamt können pro Tag rund 250 Menschen behandelt werden.

Über die stationäre Versorgung in der Basisgesundheitsstation hinaus wurden zu Beginn des Einsatzes mobile medizinische Teams eingesetzt. Finnische Rotkreuz-Delegierte besuchten entlegene Dörfer in der Umgebung Singatis, leisteten dort medizinische Hilfe und Gesundheitsaufklärung für die betroffene Bevölkerung.



Die Basisgesundheitsstation bei Singati.
(Fotos: DRK)

14 medizinische und technische Helfer aus Deutschland, Frankreich, Finnland, Dänemark und der Schweiz werden in der Gesundheitsstation in Singati und in Siri im Einsatz sein, davon zehn für das Deutsche Rote Kreuz. Fünf Mitarbeiter des DRK hatten sich Anfang Juni auf den Weg gemacht, um vor Ort die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu unterstützen. Mit Landrovern und zu Fuß ging es von Kathmandu aus ins entlegene Einsatzgebiet.

**DIE
JOHANNITER**



Sanitätsdienstliche Absicherung von (Groß)Veranstaltungen

Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht Standardwerk

Experten der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. haben gemeinsam mit Kollegen der anderen Hilfsorganisationen, dem Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr der FFachhochschule (FH) Köln, der Bergischen Universität Wuppertal, dem Arbeitskreis der Sicherheitsingenieure der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, der R.A.D. Sicherheit GmbH, der Berufsfeuerwehr Mün-

chen und vielen anderen versierten Fachleuten in der Arbeitsgruppe Veranstaltungssicherheit (AGSV) ein Standardwerk zur Verbesserung der Sicherheitskultur bei Veranstaltungen erarbeitet. Die Broschüre steht unter <http://www.johanniter.de/dienstleistungen/fuer-veranstaltungen/sanitaetsdienste/> zum Download bereit.

Der Blick richtete sich dabei sowohl auf die Mega-Events, vor allem aber auf die vielen anderen jeden Tag in der Republik stattfindenden Veranstaltungen, unabhängig, ob es sich um eine Veranstaltung in einer Versammlungsstätte oder unter freiem Himmel handelt. Ziel der Arbeitsgruppe war es, ein umfassendes Standardwerk aus Sicht aller Akteure, also der Veranstalter und der Dienstleister, zu entwickeln und somit die Herausforderungen an eine sichere Veranstaltung aus allen Blickwinkeln zu beleuchten.

Im Ergebnis ist eine interdisziplinäre Fachexpertise erstellt worden, die alle relevanten Aspekte berücksichtigt und die nun

sich-
der



Fachöffentlichkeit vorgestellt wird. Zentrale Begriffe wie „Sicherheitskonzept“ oder „Risikoanalyse“ werden fachlich erörtert, genauso wie Spezialleistungen wie der „Sanitätsdienst“ bei Veranstaltungen.

Der Sanitätsdienst bei Veranstaltungen

Als Hilfsorganisation haben sich die Johanniter besonders in den Themenkomplex der sanitätsdienstlichen Absicherung mit ihren jahrelangen Erfahrungen eingebracht. Hier ging es vor allem darum deutlich zu machen, dass es den „klassischen“ Sanitätsdienst nicht gibt. Jede Veranstaltung ist individuell und muss anhand der lokalen Bedingungen bewertet werden. Aus diesem Grunde wird auch keine Empfehlung für besondere Berechnungsmodi der Ressourcen ausgesprochen. Alle diese Berechnungstools haben

den Nachteil, nicht die jeweiligen spezifischen Bedingungen zu berücksichtigen und so zu ungenauen Ergebnissen zu kommen. Daher können sie immer nur „Annäherungen“ oder „Empfehlungen“ sein, die von den erfahrenen Sanitätsdienstleistern im Einzelfall auf die jeweiligen Belange angepasst werden müssen.

Das Verhältnis von Sanitätsdienst und Rettungsdienst

Deutlich betont wird der Unterschied zwischen Sanitätsdienst und dem öffentlich-rechtlichen Rettungsdienst. Vielfach werden beide Fachdienste in Unkenntnis synonym verwendet, stellen aber zwei grundsätzlich verschiedene Systeme dar. Dies auch der Veranstaltungswirtschaft deutlich zu machen, war ein wichtiges Anliegen der AGSV. Aber auch die Erbringer sanitätsdienstlicher Leistungen müssen im Blick haben, dass sie als wichtiger Baustein einer Veranstaltung ihre Leistung immer erbringen müssen. So darf es nicht sein, dass ein eingeplanter Krankenkraftwagen für einen Besuchertransport den Sanitätsdienst verlässt und somit die vertraglich geschuldete Leistung nicht erbringt. Ein solcher Fall kann beispielsweise dazu führen, dass die Veranstaltung während der Transportzeit nicht fortgesetzt werden kann und dies unter Umständen zu Regressforderungen seitens des Veranstalters führt. Daher ist es für die Sanitätsorganisation essentiell, bei möglichen Transporten immer eine ausreichende Rückfallebene vor Ort einzuplanen.

Ordnungsbehördliche Auflagen

Eine optimale Planung einer Veranstaltung berücksichtigt eine ausreichend lange Vorlaufzeit und eine frühzeitige Einbindung der notwendigen Akteure. Das gilt auch für den Sanitätsdienst. Wird eine Sanitätsorganisation mit ausreichend langer Vorlaufzeit in die Planungen eingebunden, können erforderliche Anpassungen rechtzeitig berücksichtigt werden. Der Leistungserbringer der sanitätsdienstlichen Leistung ist dann auch in der Lage, dem Veranstalter seine Fachexpertise zur Ressourcenbemessung und Einsatzplanung zuzuleiten, damit dieser sie der Genehmigungsbehörde als fachlich fundierten Vorschlag vorlegen kann. In der Praxis bedeutet das häufig, dass die Behörde dieser Expertise folgt.

Die Auswahl des Leistungserbringers sollte qualitativen Aspekten folgen

Der Sanitätsdienst ist ein wichtiger Eckpunkt bei der Durchführung einer sicheren Veranstaltung. Nach welchen Kriterien sollte ein Veranstalter einen Leistungserbringer aber auswählen? Der Preis alleine ist ein trügerischer Aspekt und kann durchaus zu einem „teuren Vergnügen“ werden. Nämlich dann, wenn die beauftragte Organisation gar nicht die Ressourcen hat, das Personal nicht qualifiziert genug ist oder den Anforderungen der behördlichen Auflagen nicht gerecht wird. Im Folgenden werden einige Kriterien aufgelistet, die ein Veranstalter bei der Auswahl berücksichtigen sollte:

- Verfügt die Organisation über hinreichende Erfahrung in der Durchführung von Sanitätsdiensten bei ähnlich großen Veranstaltungen?
- Verfügt die Organisation über die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen (auch bei kurzfristigen Bedarfserhöhungen)?
- Ist das eingesetzte Personal für diese Aufgabe geschult (z. B. Rettungssanitäter, Führungskräfte)?



Leander Strate ist seit 2012 Fachbereichsleiter für Bevölkerungsschutz in der Bundesgeschäftsstelle der Johanniter-Unfall-Hilfe in Berlin. (Fotos: JUH)

- Ist die Organisation in die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr eingebunden und insofern mit den Abläufen bei Schadenlagen vertraut?
- Besteht ausreichender Haftpflichtschutz der Organisation?
- Werden die arbeitsschutzrelevanten Vorschriften eingehalten?

Nur ein verlässlicher und erfahrener Leistungserbringer bietet die Gewähr, dass im Ernstfall eine reibungslose und abgestimmte Rettungsmaßnahme gemäß dem Stand der Technik erfolgt. Der Veranstalter vermeidet durch eine qua-

litative Auswahl im Schadenfall auch kritische Fragen nach seiner Sorgfaltspflicht.

Fazit: Es gibt keine 100%ige Sicherheit, und miteinander zu reden reduziert Fehlerquellen.

Die Handreichung stellt für alle Akteure eine sehr gute Planungsgrundlage dar. Notwendige Parameter werden erläutert, Praxistipps gegeben. Es wurde deutlich herausgearbeitet, dass es keine Standard-Planungen geben kann, da Veranstaltungen in ihrer Natur vielfältig und die örtlichen Bedingungen variabel sind. Die Akteure sollten sich darüber im Klaren sein, dass „Sicherheit“ ein theoretisches Konstrukt ist und sie dieses gestalten. Risiken müssen erkannt und bewertet werden, daraus kann dann ein Sicherheitsniveau definiert werden. Wobei immer betont werden muss, dass es keine hundertprozentige Sicherheit geben kann. Genauso wenig können Vorkehrungen für alle möglichen Gefahrenszenarien dem Veranstalter als Auflage aufgebürdet werden. Großschadenlagen beispielsweise sind nicht planbar und dürfen von daher auch nicht in die behördlichen Auflagen für Veranstalter einbezogen werden.

Eine sehr wichtige Erkenntnis ist, dass Kommunikation einen wesentlichen Baustein für das Gelingen darstellt. Kennen sich im Vorfeld alle Beteiligten und wissen um ihre Kompetenzen und Ressourcen und sind die Kommunikationswege klar und eindeutig festgelegt, verbessert dies die Arbeit im Alltag, vor allem aber in einer Krisenlage.

Die Johanniter unterstützen die weitere Fortentwicklung dieser Handreichung. Nachhaltige Fortschreibung neuer wissenschaftlicher und praktischer Erkenntnisse wird dann dazu führen, dass sich langfristig ein stabiles Grundlagenwissen verbreitet und Fehler vermieden werden können.

Die gesamte Ausarbeitung steht zum Download unter: <http://www.johanniter.de/dienstleistungen/fuer-veranstaltungen/sanitaetsdienste/> zur Verfügung.



Leander Strate



Malteser
...weil Nähe zählt.

„Als wäre ich schon immer dabei gewesen“

Die Geschichte von Angélique Marten hat im Mai nicht nur die Leser der BILD und der Rheinischen Post berührt, sondern auch auf den Facebook-Seiten der Malteser eine enorme Reichweite erzielt. Die 26-Jährige ist gehbehindert und macht derzeit bei den Moerser Maltesern eine Ausbildung zur Sanitätshelferin. Sie ist damit die erste Rollstuhlfahrerin, die bei Großveranstaltungen zum Einsatz kommen wird.

Im Frühjahr fiel der Fahrstuhl aus in dem Moerser Mehrfamilienhaus, in dem Angélique Marten wohnt. Drei Wochen dauerte es, ehe der Defekt behoben wurde. Für die meisten Hausbewohner war das ärgerlich. Für Angélique Marten, die in einem kleinen Appartement im zweiten Stock lebt, war es ein Drama. Sie ist aufgrund einer schweren, dauerhaften Erkrankung so stark gehbehindert, dass sie sich nur im Rollstuhl vorwärtsbewegen kann. Doch was als kleine Katastrophe begann, könnte für die junge Frau zu einer Bereicherung für ihr künftiges Leben werden – genauso wie für die Malteser. Durch die Panne lernte sie die Helfer der Moerser Malteser kennen, die sie drei Wochen lang die Treppe hinab- und wieder hinauftrugen.

Und nun sitzt sie im Ausbildungszentrum der Grafschafter Malteser in Moers. Denn Angélique gehört jetzt zum Team und durchläuft die geforderten Ausbildungen. Gleich beginnt der Unterricht. Auf dem Lehrplan steht der Umgang mit digitalen Funkgeräten. Aber vorher plaudert die junge Frau, die über die nagelneue Rollstuhlrampe ins Schulungszentrum gerollt ist, noch eine Weile mit dem Mann, der mit verantwortlich dafür ist, dass Angélique Marten wohl schon bald in der Einsatzbekleidung der Malteser bei öffentlichen Veranstaltungen im Sanitätsdienst mitarbeiten wird: Marcel Jansen war nämlich einer der Malteser, die Angélique während des Fahrstuhl-Defektes halfen, wenn die Moerserin zu einem ihrer vielen Arzt- und Therapietermine gebracht werden musste.

Wenn man die beiden erzählen hört, spürt man, dass es – rettungstechnisch gesehen – zwischen Patientin und Helfern sofort gefunkt haben muss. „Sie hat uns zum Kaffeetrinken eingeladen und dabei darauf bestanden, dass sie alles selbst machte. Wir durften nicht einmal eine Tasse in die Küche bringen“, berichtet Jansen, der im Moerser

Malteser Zentrum ehrenamtlich als Leiter Notfallvorsorge arbeitet. Die offene, freundliche und zupackende Art der Rollstuhlfahrerin gefiel den Helfern. Und so fragten sie Angélique, ob sie sich vorstellen könne, bei ihnen mitzumachen.



Angélique Marten freut sich, bei den Maltesern ein tolles Team gefunden zu haben.

Schon seit längerer Zeit hatten Jansen und seine Malteserkollegen den Plan, Menschen mit Behinderung in die Helferschaft zu integrieren und für den Sanitätsdienst zu ge-



„Hier herrscht eine ganz tolle familiäre Atmosphäre“: Angélique Marten mit Marcel Jansen, Leiter Notfallvorsorge der Malteser in Grafschaft Moers. (Fotos: MHD)

winnen. Das ging aber nicht, weil das Zentrum keinen behindertengerechten Zugang hatte. Doch dann wurde Ende April die neue Rampe für Rollstuhlfahrer fertig. „Da hat einfach alles zusammengepasst“, sagt Jansen.

Seine Kollegen, die Angélique Martens einweisen werden, haben bereits eine Schulung bekommen, wie sie Men-

schen mit Behinderung auf die Anforderungen des Sanitätsalltags am besten vorbereiten. Denn eines ist für alle Beteiligten klar: Angélique Marten soll keine Extrawurst bekommen, sondern ganz normal Dienst tun, wie jeder andere Malteser auch. Nun, nicht ganz wie jeder. Bei der Vorstellung, dass die zarte Angélique mit ihrem Rollstuhl einen Mann von der doch eher stattlichen Statur eines Marcel Jansen irgendwohin wuchten müsste, müssen alle Beteiligten herzlich lachen. Aber dafür ist der ehrenamtliche Dienst bei den Maltesern Teamwork. Die Aufgaben werden verteilt.

In der Ausbildung jedenfalls erhält die Moerserin eine Schulung wie alle anderen auch: Nach 80 Unterrichtseinheiten ist sie Sanitätshelferin. Dann gehört sie zu der Familie der Grafschafter Malteser. Marcel Jansen glaubt, dass Angélique seiner Truppe zudem helfen kann, sich besser in die Lage von Behinderten hineinzusetzen, die häufig zu den „Kunden“ der Helfer zählen.

Ihren ersten Einsatz soll Angélique Marten schon vom 16. bis zum 18. Juli beim Heavy-Metal-Festival Dong Open Air als Bestandteil eines dreiköpfigen Malteserteams haben und den ehrenamtlichen Profis assistieren. Bis dahin wird Angélique Marten noch einige Übungsstunden absolvieren müssen. Doch sie genießt die Zeit während der wöchentlichen Ausbildungsabende: „Hier herrscht eine ganz tolle familiäre Atmosphäre. Mir ist, als wäre ich schon immer dabei gewesen.“



Organisationsübergreifende Führung und Kommunikation

Beispiel Erkundungs- und Lotsengruppe des Kreises Groß-Gerau

Regieeinheiten werden immer mehr zum Modell für die organisations- und fachübergreifende Integration im Be-

reich Führung und Kommunikation. Auch erfahren Komponenten, die in den neunziger Jahren für nicht mehr not-



Die Erkundungs- und Lotsengruppe des Kreises Groß-Gerau.
(Foto: Kreis Groß-Gerau)

wendig gehalten wurden, wieder an Bedeutung. So sah der Kreis Groß Gerau bereits seit 2010 die Bedarfswendigkeit zur Aufstellung einer Erkundungs- und Lotsengruppe auf Kreisebene. Erfahrungen länderübergreifender Einsätze beim Oder-Hochwasser 1997 und Elbe-Hochwasser 2013 haben gezeigt, dass bei überörtlichen Flächenereignissen eine Vielzahl interner und externer Einsatzkräfte den Bereitstellungsräumen, und von dort angefordert, dann den zugewiesenen Einsatzabschnitten zuzuführen sind. Ebenso zur schnellen Lageerkundung bzw. Nachrichtenübermittlung bei gestörten oder unterbrochenen Funkverbindungen sind mobile Melder notwendig, um auch in unwegsamem Gelände, Wald, auf Hochwasserdämmen oder bei starken Verkehrsbehinderungen die Aufgaben in der Führung und Kommunikation in Katastrophenfällen effizient wahrnehmen zu können. Da auch die Nachbarkreise wie der Main-Taunus-Kreis und der Darmstadt-Dieburg-Kreis diese Problematik erkannten und mit der Einführung von Kradmeldern reagiert hatten, bildete der Kreis Groß-Gerau gemäß § 26 Abs. 3 HBKG in seiner Trä-

gerschaft (Regie) eine Erkundungs- und Lotsengruppe für die überörtliche Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz des Kreises Groß-Gerau. Die Kradstaffel (KradSt) verfügt über 7 Motorräder: Stationiert bei der Feuerwehr Wallerstädten und dem Ortsverein DRK Mainspitze in Bischofsheim. Organisationsübergreifend werden pro Krad mindestens 5 Einsatzkräfte vorgehalten. Die Personalres-





Die „Regie-Einheit für den Fachbereich Erkundungs- und Lotsendienst - für die überörtliche Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz des Kreises Groß-Gerau“ - „Die Kradstaffel“ -

DRK Ortsvereine Mainspitze und Wallerstädten,
Freiwillige Feuerwehr Wallerstädten, einzelne Helfer anderer DRK Ortsvereine

sourcen werden von Feuerwehr und Deutschem Roten Kreuz gestellt. Diese Einsatzkräfte dürfen in ihrer Organisation keine weiteren Führungsaufgaben wahrnehmen und müssen im Einsatzfall ausschließlich der Kradstaffel zur Verfügung stehen. Die Erkundungs- und Lotsengrup-

Katastrophenschutz Kradstaffel - KradSt -			
Stärke: 1/0/6=7		Stand: 01.02.2012	
Zuggruppe 01/02	Kreis GG / beordern im Bedarfsfall  ELW 1 / KdoW		
Standard Feuerwehr Malerstädten - 4/0/12	Kreis GG  Krad 650GS FL Kreis GG 15-1	Stadt GG (*)  MTF FL GG 4-19	
	Kreis GG  Krad 650GS FL Kreis GG 15-2	Kreis (**)  Motorradanhänger	
Standard DRK OV Mahnstätte - 1/1/1-5	Kreis GG  Krad K75 FL Kreis GG 15-3	DRK OV MSP (*)  ELW 1 / KdoW RK GG 14-11	
	Kreis GG  Krad K75 FL Kreis GG 15-4	DRK OV MSP (*)  MTF RK GG 14-19	
	DRK KV GG  Krad Honda Enduro RK GG 14-15-2	DRK OV MSP  Krad K75 RK GG 14-15-1	
	DRK KV GG  Krad Honda Enduro RK GG 14-15-3		

(*) Einsatzfahrzeuge bei Schlechtwetter, (**) zu beschaffen, Ersatz GW-N, DRK OV MSP, RK GG 14-64

pe ist als Regieeinheit Teil der Gesamteinsatzleitung des Kreises Groß-Gerau und operativ dem Führungsstab des Landkreises unterstellt. Der Kreis unterhält für die Kradgruppe 2 BMW- Kräder 650 GS und 2 BMW-Kräder K75. Ebenfalls in das Konzept eingebunden sind zwei Honda Enduro und eine BMW K75 des DRK. Die Ausrückzeit beträgt ca. 30 Minuten nach Alarmierung über Funkmeldeempfänger und SMS-Alarmierung.

Aufgaben der Erkundungs- und Lotsengruppe betreffen:

- Erkundungstätigkeiten (Einsatzgebiet, Zufahrtswege)
- Meldertätigkeiten (Aufträge, Nachrichten, Einsatzunterlagen)
- Lotsendienste
- Absicherung von Marschkolonnen
- Absicherung von Einsatzstellen
- Autobahneinsätze / Betreuung von Personen in Verkehrsstaus
- Kurierdienste (Dokumente, Medikamente, Blutkonserven)

- Einsätze als First Responder und
- Externe Ländereinsätze

Die Ausbildung der Helfer umfasst die

Grundausbildung

- Motorradführerschein Klasse A gemäß Fahrzeugleistung
- Ausreichende Fahrpraxis auf eigenem Motorrad (mindestens 1 Jahr)
- Ausreichende Einweisungsfahrten auf Einsatzmotorrad

Spezifische Ausbildung

- Fahrsicherheitstraining (ADAC oder andere)
- Kradmelderausbildung (z. B. über DRK LV Hessen, Bundeswehr oder andere.)

Führungs- und Leitungskräfteausbildung

- Truppführer (Mindestausbildung)
- Gruppenführer (empfohlen)
- Operativ-taktische Führung im Katastrophenschutz-
Stab (HLFS)
- Modul Führen in der Leitungsgruppe (DRK)

Ausbildung im Sanitätsdienst

- Fachdienstausbildung (oder höherwertig)
- Frühdefibrillation / Reanimation

Für die Einsatzablaufplanung bei örtlichen Großschadens- und Katastrophenlagen wurde ein Bereitstellungsraum-Konzept für den Kreis Groß-Gerau (BSR-GG) entwickelt, das für alle im Kreis an der Gefahrenabwehr beteiligten Organisationen verbindlich eingeführt und in Übungen erprobt worden ist.

Weitere Informationen unter <http://gg112.de>



Jahresbericht 2014 des BBK vorgestellt

Helfen mit Erfahrung, Erfahrung durch Übung

Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ole Schröder und Christoph Unger, Präsident



des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) haben in

Hannover den Jahresbericht 2014 des BBK vorgestellt. „Nur das kontinuierliche Üben und die stetige Vernetzung mit erfahrenen und internationalen Partnern sichern die Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutzes in Deutschland und darüber hinaus“, sagte Christoph Unger, Präsident des BBK, bei der Vorstellung des Jahresberichtes auf der internationalen Leitmesse für Brand- und Katastrophenschutz, Rettung und Sicherheit INTERSCHUTZ in Hannover.

Kooperation konkret

Das BBK und seine Partner waren von Anfang an bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien dabei. Noch wenige Monate vor Anpfiff haben sie brasilianische WM-Städte auf die Bewältigung großer Schadenereignisse vorbereitet, etwa den Massenansturm von Verletzten.

Üben und Ausbilden

Wie wichtig Kooperation und Koordination im Katastrophenfall sind, zeigte die erste Übung der Medizinischen Task Force des Bundes (MTF), die das BBK mit den Hilfsorganisationen durchgeführt hat. Durch solche Übungen bereiten sich Führungskräfte, Mediziner und Einsatzkräfte auf die Versorgung und den Transport von Men-

schen in Großschadensfällen vor, ebenso auf Dekontamination bei CBRN-Vorfällen (chemisch, biologisch, radioaktiv, nuklear) oder Pandemien wie Ebola.

Forschen und Schützen

Das BBK hat 2014 die umfassende Modernisierung und technische Weiterentwicklung in verschiedenen Bereichen vorangetrieben, vor allem in der Warnung der Bevölkerung. Hierfür entwickelte es die App NINA für mobile Geräte. Basis dafür ist das sogenannte Modulare Warnsystem (MoWaS), das bereits seit 2013 in Betrieb ist. Die App wird in das Modulare Warnsystem des Bundes integriert werden und die bereits angeschlossenen Warnmultiplikatoren (Rundfunk, Internet, Paging, Deutsche Bahn AG) ergänzen. Die gesammelten Informationen werden in der App für die Bevölkerung verständlich zusammenfasst, damit jedem Bürger Warnungen für seine Region schnellstmöglich zur Verfügung stehen. NINA ist ab sofort für die gängigen Handy-Betriebssysteme erhältlich und wurde auf der INTERSCHUTZ vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ole Schröder vorgestellt und in Betrieb genommen.

Helfen

Bereits zum sechsten Mal wurden ehrenamtliche Helfer mit der „Helfenden Hand“ geehrt, einem Preis des Innenministeriums. 2014 hat das BBK erstmals über die sozialen Medien aufgefordert, mitzumachen. So gab es einen Bewerberrekord mit 238 Einsendungen – ein Ausdruck der hohen Motivation und Hilfsbereitschaft in Deutschland. Ausgezeichnet wurden die Jugendfeuerwehr und der Landesfeuerwehrverband Bremen, die Hamburger Malteser, die DRLG Berlin und die Jugendfeuerwehr Deisel, die allesamt kreative Projekte einreichten. „Die große Resonanz mit vielen guten Vorschlägen freut mich ganz besonders“, sagte Bundesin-

nenminister Dr. Thomas de Maizière im Vorfeld. „Sie steht für die vielen guten Ideen und die beeindruckende Arbeit der Ehrenamtlichen im Bevölkerungsschutz. Die rund 1,7 Millionen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer bilden das Rückgrat unseres Hilfeleistungssystems. Ihr Engagement anzuerkennen und öffentlichkeitswirksam wert zu schätzen, ist das Ziel unseres Förderpreises. Zu diesem Zweck habe ich ihn seinerzeit 2009 ins Leben gerufen. Ich freue mich schon auf die ‚Helfende Hand 2015‘“

Vernetzen

Katastrophenschutzkonzepte „made in Germany“ und die Sicherheit der Bundesrepublik sind im internationalen Vergleich hoch angesehene Beispiele für wirksame Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz. Länder wie Jordanien, China und Tunesien, aber auch Institutionen wie die UN und die NATO profitieren von den Erfahrungen des BBK. Die internationale Vernetzung soll auf bi- und multilateraler Ebene, beispielsweise beim Schutz vor chemischen Gefahren oder Cyber-Angriffen, etwa in der Ukraine fortgesetzt werden.



Selbsthilfe

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des BBK liegt darauf, die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, sich in Katastrophensituationen selbst zu helfen, bis organisierte Hilfe die Menschen erreichen kann. Dazu betreibt das Bundesamt „Bevölkerungsschutz für Jung und Alt“. Speziell für Kinder entstand das Angebot Max und Flocke Helferland mit einer eigenen Homepage. Teil des Jahresberichtes ist auch

dieses Mal der Schülerkalender mit Max und Flocke.

Weitere Informationen finden Sie im ausführlichen Jahresbericht auf www.bbk.bund.de. Folgen Sie uns auch auf Twitter unter http://twitter.com/BBK_Bund bzw. [@BBK_Bund](https://www.instagram.com/BBK_Bund).

Die Medizinische Task Force erhält neuen Webauftritt

Seit dem 1. August 2015 erhalten Sie fachlich abgestimmte Informationen zur Medizinischen Task Force (MTF) kompakt zusammengefasst.

Die MTF ist eine bundesweit im Aufbau befindliche arztbesetzte sanitätsdienstlich taktische Einsatzabteilung mit Spezialfähigkeiten im Zivilschutz und der bundeslandübergreifenden Katastrophenhilfe. Die zusammengefassten Informationen rund um die MTF werden zeitnah aktualisiert, sobald sich Änderungen im Sachstand ergeben. Neben den aktuellen Sachständen zur MTF finden Sie ebenso nützliche Dateien zum Herunterladen sowie weiter-

führende Literaturhinweise zum Thema. Für Anregungen Ihrerseits schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: mtf@bbk.bund.de
Für Onlineausgabe hier der Link: http://www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/GesundhBev-schutz/MTF/MTF_node.html

Am 31. Juli endete die Bewerbungsfrist für die „Helfende Hand 2015“.

Auch im siebten Jahr ihres Bestehens war das Interesse an diesem Förderpreis des Bundesministeriums des Innern (BMI) ungebrochen hoch. Mit 216 Bewerbungseingängen erreichte der Wettbewerb die zweithöchste Teilnehmerzahl seit Beginn im Jahr 2009. 216 Teilnehmer/innen aus ganz Deutschland bewerben sich um die „Helfende Hand 2015 216 Teilnehmer/innen aus ganz Deutschland bewerben sich um die „Helfende Hand 2015, Bewerberlandkarte (Vergrößerung öffnet sich im neuen Fenster) 216 Teilnehmer/innen aus ganz Deutschland bewerben sich um die „Helfende Hand 2015 Quelle: Kartendaten © 2015 GeoBasis-DE/BKG, Google

Nun wird sich eine Preisjury, bestehend aus acht Fachleuten der Bevölkerungsschutz mitarbeitenden Organisationen unter dem Vorsitz des BMI mit den eingereichten Projekten und Konzepten befassen und in einer Sitzung beraten. Am Ende werden für jede der drei Preiskategorien fünf Nominierungen ausgesprochen. Diese werden dann voraussichtlich Mitte September bekanntgegeben.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
<http://www.bbk.bund.de>

Redaktion:

Ursula Fuchs (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein,
Tel.: 022899-550-3609
Margit Lehmann,
Tel.: 022899-550-3611
Petra Liemersdorf-Strunk,
Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:

30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

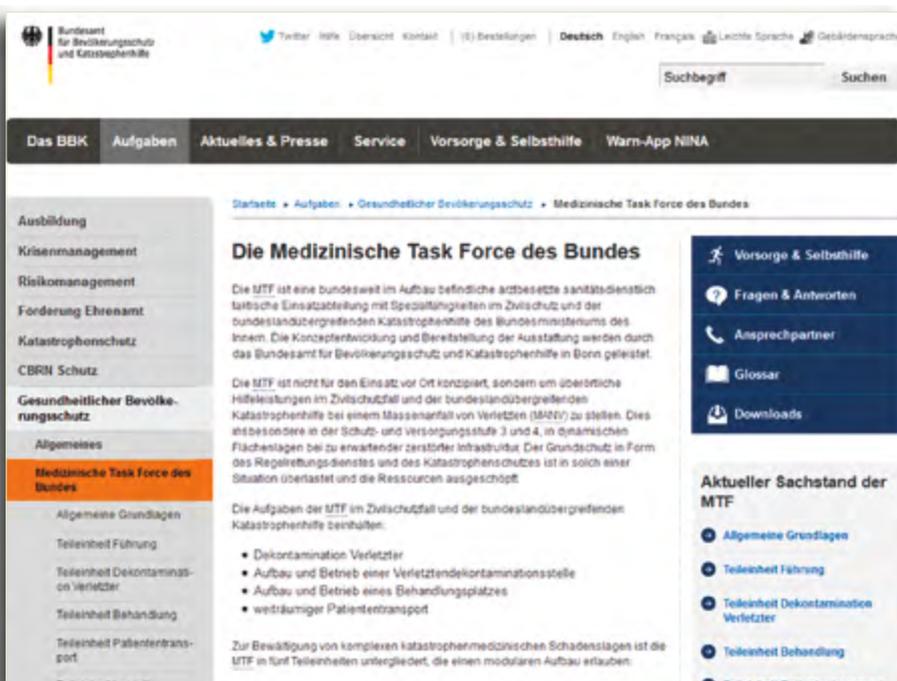
Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. **Bestellungen und Adressänderungen** bitte an: margit.lehmann@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht. (Titelfoto: Nickmard_Khoey_CC BY-SA 2.0)



Screenshot des neuen Webauftrittes der MTF.

Heute: Zentraler Bergungsort, Baden-Württemberg



Die Vernichtung oder der Verlust kulturhistorisch bedeutender Urkunden und Dokumente bedeutet unwiederbringlichen Schaden. Die Archivalien sind deswegen gegen jede Art von Beschädigung oder Zerstörung besonders schutzbedürftig. Die Menge der Archivalien und deren zufällige Standorte lässt jedoch bei Katastrophen- beziehungsweise Gefahrenlagen eine Auslagerung in nennens-



Der Stollen steht als einziges Objekt in der Bundesrepublik Deutschland unter Sonderschutz nach den Regeln der Haager Konvention. Dies wird durch das dreifach angeordnete blauweiße Kulturgutschutzzeichen am Stolleneingang kenntlich gemacht.

wertem Umfang in aller Regel nicht zu, da die hierfür erforderlichen Bergungsräume kaum vorhanden sind. Aus diesem Grunde ist die Sicherungsverfilmung eine technisch und wirtschaftlich vertretbare Alternative, um große Mengen von Archivgut zu sichern.

Seit 1961 werden die Archivalien des Bundes und der Bundesländer zu Sicherungszwecken mikroverfilmt. Die Verfilmung ist eine Bundesaufgabe im Rahmen des Zivilschutzes, die der Bund selbst und die Länder im Auftrag des Bundes ausführen.

Die Sicherungsfilme werden im Zentralen Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland, dem Barbarastollen in Oberried bei Freiburg im Breisgau eingelagert. Es handelt sich um den Untersuchungsstollen eines ehemaligen Silberbergwerkes. Er befindet sich im Gebiet des „Schauinsland“. Die geologische Struktur des Stollens besteht aus Granit und Gneis, die Decken und Wände wurden mit Schalbeton ausgekleidet und mit Drucktüren abgesichert.

Die verwaltungsmäßige Betreuung obliegt dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und wird im Wege der Amtshilfe durch das Bundesvermögensamt Freiburg im Breisgau wahrgenommen.



Regale mit Filmbehältern.

Dieser Stollen steht als einziges Objekt in der Bundesrepublik Deutschland unter Sonderschutz nach den Regeln der Haager Konvention und wurde mit Wirkung vom 22. April 1978 in das Internationale Register der Objekte unter Sonderschutz bei der UNESCO in Paris eingetragen worden. Dies wird durch das dreifach angeordnete blauweiße Kulturgutschutzzeichen am Stolleneingang kenntlich gemacht (vergleiche Artikel 8 und 17 der Haager Konvention).

Zur Zeit sind ca. 1.500 Edelstahlbehälter eingelagert, die mit den seit 1961 gefertigten Sicherungsfilmen befüllt sind. In diesen luftdichten Behältnissen wird durch vorherige Klimatisierung ein staub- und schadstofffreies Mikroklima von 35% relativer Luftfeuchte und 10°C erzeugt. Unter diesen Bedingungen ist das Filmmaterial für mindestens 500 Jahre ohne Informationsverlust lagerfähig.



In den luftdichten Edelstahlbehältern wird durch vorherige Klimatisierung ein staub- und schadstofffreies Mikroklima von 35% relativer Luftfeuchte und 10°C erzeugt. (Fotos: BBK)

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn
PVSt, Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt, G 2766

